M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Hübsche Asiatinnen
von den Philippinen wunschen Heirat. Ehevermittlung A. Schwatter, Postfach 670, 4700 Hamm 1, Tel. 0 23 81 / 1 21 52

Mittwoch, 16. Mai 19

Kinderhandel

Name:
Nation:
Religion:
Geb.-Dat.:
Größe & Gew.:
Figur:
Hautfarbe:
Haare:
Stand / Kinder:
Beruf:

Baby

Ausbildung:
Sprachen:
Hobbies:
Partnerwunsch:

ASIATINNEN auf VIDEO
suchen Ehepartner Kostenlose Informationen anfordern Kirschner, Apostelnstraße 11, 5000 Koln 1, Telefon 02 21/23 99 22.

Gebildete Damen
von den Philippinen suchen deutschen Ehepartner.
(Bild-)Zuschriften an Frau Puntz McGeady in Reso-Heiratsvermittlung, Stortsweg 12a, 4600 Dortmund 50.

ASIATINNEN
...ch uns einen Ehepartner ...n geg. Porto 1,80 DM
...d Schweikhard
...33/9, 6507 Ingelheim

PHILIPPININ
18–40 J., bildhübsch gute Ausbildung, such Info: I. M. P. Orlick Buchenweg 21, 5223 N

Heiraten

Kölner Stadt-Anzeiger

REGISTER

MENSCHENHANDEL

Nr. 148 April 1988 DM 5,00

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Gerhard Braun, Konrad Fisch, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Iris Harnischmacher, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Horst Hüncker, Anne Junk, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Roland Platz, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Norbert Stamm, Felix Tomkat, Susanne Vollmer, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 149:
11. April 1988

Anzeigenschluß für Nr. 149:
26. April 1988

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Die andere Front der Apartheid



18. Juli 1987: Die Kleinstadt Homoine wird von mehreren hundert Renamo-Rebellen überfallen. Die wenigen Regierungssoldaten ziehen sich bald zurück. Zehn Stunden halten die Rebellen den Ort, dann werden sie durch einen Gegenangriff vertrieben. 380 Tote bleiben zurück und weitere 80 Verwundete, die in den nächsten Tagen sterben werden. Alle sind Zivilisten, viele von ihnen Kranke, die in ihren Krankenhausbetten ermordet wurden. (Gn, 12.8.87)

29. Oktober 1987: In Taninga, einem Ort 90 km nördlich der Hauptstadt Maputo, formiert sich eine Lastwagen- und Buskolonne, um unter einer schwachen militärischen Bedeckung nach Norden zu fahren. 500 Meter weiter steht ein anderer Konvoi, der sich in Richtung Hauptstadt bewegen soll. Da greifen die Renamo-Rebellen an. Sie schießen vollbesetzte Busse in Brand, zerstören die Ladung der Lastwagen, z.T. Hilfssendungen aus dem Ausland. 280 Menschen sterben, weitere 100 sind verletzt. (Gn, 11.11.87)

Zwei Beispiele des immer brutaler werdenden Terrors der von Südafrika ausgebildeten, ausgerüsteten und personell unterstützten Renamo-Rebellen. Sie zerstören ganze Ortschaften, verwüsten Landstriche. Kein Gebiet Mosambiks bleibt von dem Krieg unberührt. Die Terrorgruppen verlegen je nach den Gegebenheiten ihr Aktionsfeld, hinterlassen Ruinen, vernichtete Felder, verbrannte Dörfer, eine zerstörte Infrastruktur und Tausende von Toten. Besonders haben sie es auf Objekte und Personen abgesehen, die für die Infrastruktur und damit für die Bevölkerung von besonderer Bedeutung sind, wie Verwaltungsbeamte, Lehrer und Krankenpfleger. Systematisch werden Schulen und Gesundheitsposten zerstört, die Wasserversorgung, Brücken, alles was ein organisiertes Leben ermöglicht und nicht oder nur schwer zu ersetzen ist. Der Kampf gegen die Regierungstruppen wird dabei eher vermieden. Es geht der Renamo darum, die Bevölkerung durch Terror dem Staat zu entfremden, der nichts mehr für sie tun kann.

Nicht einmal die Flucht in die Nachbarländer soll mehr einen Ausweg bieten. Die Renamo-Rebellen überschreiten auch die Grenze nach Simbabwe und Sambia, töten oder entführen Flüchtlinge (R, Jan. 87). oder sie haben es einfach auf die einheimische Bevölkerung und ihre Wirtschaftsgrundlage abgesehen. So zerstörten sie z.B. eine simbabweanische Teefabrik (NA, Sep. 87). Die Bevölkerung verläßt inzwischen in einigen Gebieten an der Grenze nachts aus Angst vor Überfällen ihre Dörfer. Das Ziel der Renamo ist dabei offensichtlich, die Menschen gegen die Politik der Unterstützung für die mosambikanische Regierung aufzubringen.

Renamo

Die „Resistência Nacional Moçambicana" hat kein konkretes Programm, das sie der Regierungspartei „Frente de Libertação de Moçambique" (Befreiungsfront Mosambiks/Frelimo) entgegen stellen kann. Ihre Sprecher im Ausland nennen lediglich Zielvorstellungen wie „eine offene Gesellschaft", in der „das Privatunternehmen eine hervorragende Rolle einnimmt" (T, 23.10.87). Der Rest ist antimarxistische Rhetorik gegen die Frelimo.

Die Renamo wurde vom südrhodesischen Geheimdienst als Waffe gegen ein Mosambik gegründet, das sich vom weißen Kolonialismus bereits befreit hatte (1975) und nun die schwarze Emanzipationsbewegung in Südrhodesien unterstützte. Als das dortige weiße Smith-Regime gefallen war, tranferierten südafrikanische Flugzeuge die Renamo-Angehörigen samt Ausrüstung in die Republik Südafrika (RSA), wo sie neu organisiert, ausgebildet und ausgerüstet wurden, um dann wieder in Mosambik tätig zu werden. (vgl. b, nr. 117, Mai 87)

Ein einheitliche Organisation gibt es nicht. Eine zentrale, militärisch gut funktionierende Gruppe schart sich um den Führer Afonso Dhlakama, einen Abtrünnigen der Frelimo. Im Wesentlichen scheint die Renamo aber aus unabhängigen marodierenden Haufen zu bestehen, die nur einen losen Zusammenhang haben (FAZ, 8.4.87).

Die Bevölkerung versucht vor den anrückenden Rebellen zu fliehen, aus Angst vor ihrem Terror und davor, sie nach der Zerstörung ihrer eigenen Lebensgrundlagen auch noch miternähren zu müssen.

Den Renamo-Rebellen — seien es die Mörder oder die Schreibtisch-Täter — ist offensichtlich gleichgültig geworden, was mit dem mosambikanischen Volk wirklich geschieht. Den einen ist der Krieg in einem von ihnen selbst zerstörten Land zum Lebensunterhalt geworden, den anderen hat er sich als ein in ihrem Sinne erfolgreiches Mittel der Politik der Destabilisierung gegen die Regierung in Maputo erwiesen.

Ihr Zynismus ist, sogar in für die Öffent-

lichkeit bestimmten Stellungnahmen, kaum noch zu übertreffen: „Chissano (der mosambikanische Präsident) und seine Bande wollen das leidende Volk und seine gerechten Anliegen nicht hören." — So einer der Renamo-Sprecher in den USA, Luis Serapião. (T, 29.10.87)

Auch wenn die Eigendynamik des Massen-Terrors manches erklärt (vgl. Kambodscha), und die Renamo ohne ihre südafrikanischen und sonstigen Mittäter nicht zu denken ist, stellt sich doch die Frage, wie sie zu einer Armee von geschätzten 25.000 Soldaten anwachsen konnte, die ca. 85% der Fläche Mosambiks zwar nicht beherrscht, aber doch die Kontrolle der Regierung entzogen hat. (NA, Mai 87).

Ohne daß die Renamo-Vertreter klarmachen können, wofür sie kämpfen, können sie doch einige Gründe nennen, warum sie gegen die Frelimo-Regierung sind. So erzählt ein Rebell, er sei der Renamo beigetreten, als die Regierung ihm 1976 den Traktor und das Moped enteignet habe (LM, 2.1.87). Andere nennen, auch wenn vieles davon Propaganda-Gerüchte sein mögen, die Korruption unter den Partei- und Staatskadern, die sich auf Kosten des Volkes bereicherten. Ein neuer Rassismus habe sich breitgemacht. Die Weißen und Mulatten seien im Regierungsapparat überrepräsentiert, was sich allerdings aus dem noch aus der Kolonialzeit herrührenden Bildungsgefälle zwischen Weißen, Mulatten und Schwarzen erklärt. Während der Krieg gegen die Portugiesen hauptsächlich von Stämmen aus dem Norden ausgefochten worden sei, habe sich jetzt in der Elite der südliche Chagane-Stamm durchgesetzt und benachteilige die anderen (NA, Sep. 87).

Die Frelimo habe nichts anderes getan, als die Politik der Kolonialisten unter anderem Namen fortzuführen, so die Zwangs-Gemeinschaftsdörfer, die Deportationen auf das Land, die Einführung von Reisedokumenten (für Reisen innerhalb Mosambiks), das Einreiseverbot oder die Internierung von gebildeten Auslands-Mosambikanern (T, 29.10.87).

Die Renamo-Propagandisten vergessen dabei aber zu erwähnen, daß die meisten dieser Fehler und Mißstände inzwischen von der Regierung eingesehen worden sind und bekämpft werden. Diese Realität zu akzeptieren würde der Renamo allerdings den letzten Rest der Rechtfertigung ihres Terrors nehmen. Selbst eine weniger einsichtige Regierung könnte nicht so viel Unheil anrichten, wie die Renamo-Terrorgruppen es getan haben.

Regierung im Wandel

Der Kampf der Frelimo gegen die portugiesischen Kolonialherren war fast ausschließlich vom Ostblock unterstützt worden. Waffen und Ausbildung kamen von dort. Auch nach dem Krieg konnte die neue Volksrepublik nicht auf Sympathien des Westens rechnen. Diese für Befreiungsbewegungen typische Situation führte zu einer Orientierung der Planung und der Vorstellungen von der neu zu schaffenden Gesellschaft nach dem sowjetischen Muster, ohne die Berücksichtigung von Alternativen, die den spezifischen Bedingungen des Landes besser entsprochen hätten.

Durch den Abzug der Portugiesen verlor Mosambik schlagartig fast alle Fachleute und Führungskräfte. Außer der Plantagenwirtschaft für den Export war hauptsächlich Substistenzwirtschaft betrieben worden. Durch von den Menschen nicht akzeptierte Kollektivierungen wurde die Selbstversorgung zerstört, die immerhin noch einen Überschuß für den Markt erwirtschaftet hatte. Für eine zentralistische Organisation der Gesellschaft fehlten geeignete Kader, die traditionelle Orientierung der Menschen auf Familie und Stamm und nicht auf die Gesamtgesellschaft taten ein weiteres. Erfolge wurden praktisch nur auf dem Gesundheits- und Bildungssektor erzielt, wo von den Kolonialherren für die Masse der Bevölkerung nichts investiert worden war. So verzwanzigfachte sich die Zahl der Grundschüler in zehn Jahren, die Zahl der Ärzte wurde verdoppelt (G, '86).

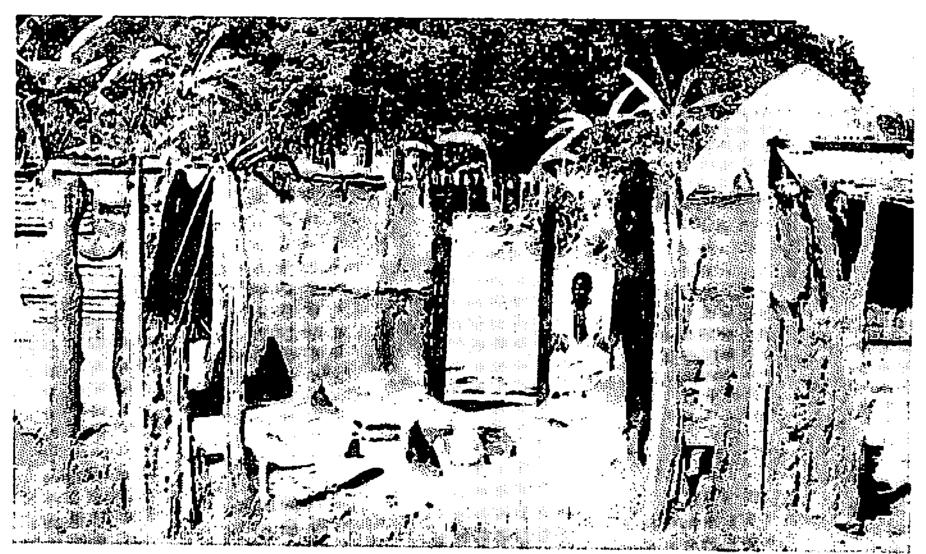
Seit 1980 wurden Maßnahmen gegen die bis dahin eingetretenen Fehlentwicklungen eingeleitet. Es kam zu einer Öffnung gegenüber dem Westen, um ausländische Investitionen anzuziehen. 1982 wurden Maßnahmen zur Unterdrückung des Schwarzmarktes durchgeführt. Auf ihrem IV. Parteikongreß faßte die Frelimo 1983 schließlich wesentliche Beschlüsse, die Verwaltung und Wirtschaft zu dezentralisieren, große Wirtschaftseinheiten, die sich als ineffizient erwiesen hatten, in kleine aufzulösen. Die Führungskräfte wurden nun stärker unmittelbar in der Provinz eingesetzt, statt sich in der Hauptstadt zu konzentrieren, ein großer Teil der Kader ausgewechselt. Ehemalige Kollaborateure des Kolonialregimes wurden nach ihrer „Umerziehung" stärker integriert, um ihre Fachkenntnisse besser auszunützen und religiöse Organisationen aufgewertet (G, S. 220).

Im Januar 1987 wurde vom Parlament ein Wirtschaftsprogramm angenommen, mit dem z.T. auch Auflagen des IWF vorgegriffen werden sollte (FR, 26.5.87, Gn, 11.2.87): Die landwirtschaftliche Produktion auf Familienebene wurde stimuliert, indem man die Produzenten-Preise um das drei- bis vierfache erhöhte und die Versorgung der Landbevölkerung mit Konsumgütern verbesserte. Nicht funktionierende Unternehmen werden geschlossen und Bankkredite zur Lohnzahlung in unrentablen Unternehmen nicht mehr gewährt. Ein Investitionsförderungsgesetz soll den Handel und die Privatunternehmen anspornen. Die Landeswährung, der Metical, wurde von 36 MT = 1 US-$ auf 1.000 MT = 1 US-$ abgewertet, der Schwarzmarkt z.B. durch die Verteilung der Lebensmittel am Arbeitsplatz eingedämmt. Während vorher etwa 70% des Brotes auf dem Schwarzmarkt verschwanden, waren es jetzt nur noch 5%. Das Personal des staatlichen Verwaltungsapparates soll um 20% verringert werden.

Mieten werden nun nach Größe und Qualität des Wohnraumes und nicht mehr nach dem Einkommen des Mieters berechnet. Die Löhne werden erhöht und Basisprodukte weiter subventioniert, sodaß sich die Lage der Arbeitenden in den Städten insgesamt verbessert. Für Arbeitslose ist sie allerdings durch die Maßnahmen gezielt schlechter geworden. Indem gleichzeitig die private Landwirtschaft stimuliert wird, hofft man, viele zur Rückkehr auf das Land und zur Arbeit in der Lebensmittelproduktion bewegen zu können. Die früheren Zwangsdeportationen sollen so vermieden werden.

Dennoch bleiben die größeren Städte auch weiterhin die einzigen sicheren Zufluchtsorte vor dem Krieg innerhalb des Landes, was den Erfolg dieser Maßnahmen beschränken wird.

Bis Mitte 1987 zeichneten sich bereits erste Erfolge dieser Abwendung von der zentralistischen Staatswirtschaft ab: Im Vergleich zum ersten Trimester des Vorjahres wurde eine Steigerung der Industrieproduktion um 17% und der landwirtschaftlichen Produktion um 8% verzeichnet (LM, 16.7.87), die Versorgungslage in den Städten ist spürbar besser geworden,



Von der Renamo zerstörte Hütten



„Dem Schwarzmarkthändler die Peitsche!"

der Schwarzmarkt hat sich eingeengt (NA, Sep. 87).

Eine Lösung der Wirtschafts- und Versorgungsprobleme ist unter Kriegsbedingungen allerdings nicht möglich. Das Land erzeugt noch 10% der früheren Reisproduktion, pro Jahr und Mensch eine Decke, pro acht Personen ein Paar Schuhe, kaum noch Kleidung. Viele gehen nicht mehr zur Arbeit, viele Kinder nicht mehr zur Schule, weil sie nichts mehr zum Anziehen haben (LM, 16.7.87).

Verflechtung mit den Nachbarn

Ein großer Teil der wirtschaftlichen Leistung Mosambiks bestand schon zur Kolonialzeit in Dienstleistungen für die Nachbarländer. Zunächst waren da die Eisenbahnverbindungen, die den Binnenländern Südrhodesien (Simbabwe), Sambia und Malawi, sowie Südafrika zugute kamen. Viele Mosambikaner arbeiteten in südafrikanischen Minen, noch 1985 betrugen die Lohnzahlungen nach Mosambik 32% der gesamten Deviseneinahmen (BfA, Feb. 87). Der Cabora-Bassa-Staudamm wurde noch unter portugiesischer Herrschaft hauptsächlich für die Ergänzung der Stromversorgung in der RSA gebaut. Diese Strukturen bedingen eine weitgehende Abhängigkeit der mosambikanischen Wirtschaft von den Nachbarländern, insbesondere von der RSA. Von dieser sind aber auch die anderen Länder abhängig, da z.B. ihre Exporte immer noch weitgehend über Südafrika abgewickelt werden.

Als Reaktion darauf wurde 1979 von Angola, Botswana, Mosambik, Tansania und Sambia die „Southern Africa Development Coordination Conference" (SADCC) gegründet, der später auch Malawi, Lesotho, Swasiland und Simbabwe beitraten. Ihr Ziel war, sich von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika zu befreien, indem man die Wirtschaft der Mitgliedsländer besser integrierte. Seit der Unterbrechung der Benguela-Eisenbahn durch den Bürgerkrieg in Angola laufen die wichtigsten Verkehrsverbindungen der Binnenländer über Mosambik. Diese mit Hilfe der Renamo unsicher oder unbrauchbar zu machen ist daher ein vorrangiges Interesse Südafrikas (FR, 17.11.87).

Die einzige funktionierende, aber doch auch nicht ganz sichere Verbindungslinie ist ein Korridor von Simbabwe zur mosambikanischen Hafenstadt Beira. Mithilfe simbabweanischer Truppen ist seine dauernde Unterbrechung ausgeschlossen worden. Zwischen September 1986 und September 1987 wurde die Menge der transportierten Güter um 87% gesteigert (NA, Sep. 87), gegenüber einer Steigerung von nur 13% von 1985 auf 1986. Auch ein Teil des Kupfers aus Sambia wird nun über Simbabwe und den Beira-Korridor exportiert, das übrige über Tansania. Die RSA wird so vermieden (Gn, 20.3.87). Dennoch sind die Kapazitäten nicht voll ausgelastet, weil simbabweanische Geschäftsleute oft den teureren Transport über Südafrika vorziehen. Sie haben z.T. selbst noch die Verbindungen über die RSA unter dem Smith-Regime mit aufgebaut, um das damalige Südrhodesien gegen die internationalen Sanktionen zu schützen (Gn, 20.5.87). Der Export über Beira ist aber keineswegs vor südafrikanischen Einmischungen sicher, denn teilweise werden die Güter von südafrikanischen Schiffahrtslinien weiterbefördert (FT, 2.4.87).

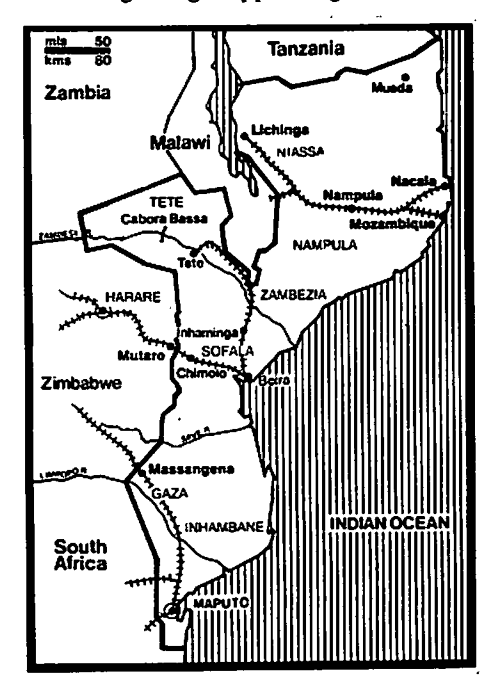
Überhaupt bleibt die Abhängigkeit von der RSA ein Hauptproblem Mosambiks, wobei die Strategie der Einmischung oft schwer zu durchschauen ist. Während Südafrika einerseits Unterstützung beim Ausbau des Hafens von Maputo gibt, verringert es andererseits den Handel über diesen und reduziert auch die Zahl der mosambikanischen Wanderarbeiter in der RSA (NA, Sep. 87).

1984 hatten Südafrika und Mosambik das Abkommen von Nkomati geschlossen, das vorsah, keine Gewalttätigkeiten vom eigenen Territorium auf das des Nachbarn mehr zuzulassen (vgl. b, Nr. 121). Während nun Mosambik die Aktivitäten des südafrikanischen ANC nach Südafrika hinein verhinderte, unterstützt die RSA unvermindert die Renamo durch Ausbildung, Ausrüstung und sogar Soldaten in Mosambik, wie nach Eroberung eines Renamo-Hauptquartiers im August 1985 anhand aufgefundener Papiere bewiesen werden konnte (NA, Mai 87). Dennoch hält die mosambikanische Regierung an dem Abkommen fest, um ihren eigenen Friedenswillen zu demonstrieren und einen offenen und damit noch schlimmeren Krieg mit Südafrika zu verhindern (NA, Sep. 87).

Vier Tage nach Gesprächen zwischen der mosambikanischen und der südafrikanischen Regierung über eine Wiederbelebung des Nkomati-Abkommens überfielen im August 1987 600 schwerbewaffnete Renamo-Rebellen den Ort Majacaze und töteten 92 Menschen, vermutlich in direktem südafrikanischem Auftrag (Gn, 26.8.87). Die RSA hält an den Verträgen über die für sie eher unwichtige Nutzung der Energie des Cabora-Bassa-Stausees fest, läßt aber gleichzeitig die Zerstörunge der Stromleitungen nach Südafrika durch die Renamo zu. Für Dezember 1987 wurden dann aber Gespräche angekündigt, deren Ziel die Unterstützung mosambikanischer Truppen durch Südafrika beim Schutz dieser Leitungen ist (Ex, 28.11.87).

Dieses Verwirrspiel aus Zusammenarbeit und Destabilisierung läuft wohl darauf hinaus, Mosambik durch Drohung mit Sanktionen und Hoffnung auf Unterstützung weiterhin in Abhängigkeit halten und zugleich ein Funktionieren des Landes verhindern zu können. Ein sicheres und prosperierendes Mosambik würde eine weitere Schwächung des Apartheid-Regimes nach innen und nach außen bedeuten.

Als sich zeigte, daß die mosambikanischen Regierungstruppen wegen ihrer un-





Flüchtlingslager

zureichenden Ausrüstung, Versorgung und Ausbildung mit der Renamo nicht alleine fertig werden würden, stellten Simbabwe und Tansania Truppen zur Verfügung. Etwa 10.000 Simbabwer sichern den Beira-Korridor, der Norden der Provinz wird von 3.000 Tansaniern gehalten (NA, Sep. 87) Schwieriger gestalteten sich die Beziehungen zu Malawi, dessen rechtsgerichteter Diktator Banda mit Südafrika zusammenarbeitet. Er gestattete der Renamo Stützpunkte in seinem Land. Erst als im September 1986 Sambia, Simbabwe und Mosambik drohten, diese zu beschießen und dem Binnenland den Weg zu den Häfen zu sperren, lenkte er ein, vertrieb die Renamo und stellte sogar ein symbolisches Truppenkontingent von 300 Mann zur Verfügung (NA, Mai 87).

Die Renamo verlegte daher diese Stützpunkte nach Mosambik, was zwar kurzfristig eine Erhöhung der Präsenz bedeutete, langfristig aber zu ihrem Schaden sein dürfte. Damit gewannen die Ausbildungslager der Renamo in der RSA wieder an Bedeutung. Die Aktivität der Rebellen in den von dort leichter zu erreichenden mosambikanischen Südprovinzen erhöhte sich (NA, Sep. 87). Der Terror wir damit in die unmittelbare Nähe der Hauptstadt getragen.

Einwirkungen aus Übersee

Portugal: Die südafrikanische Regierung hat fälschlich immer behauptet, sie habe das Nkomati-Abkommen eingehalten, und daß die Hintermänner der Renamo unter portugiesischen Politikern, Bankiers und Industriellen zu suchen seien und nannte sogar Namen (G, S. 221). In Portugal werden diese Zusammenhänge im allgemeinen totgeschwiegen, um den Widerspruch zwischen der offiziellen Politik aller Regierungen seit dem Umsturz von 1974, mit den „Ländern offiziell portugiesischer Sprache" die bestmöglichen Beziehungen zu unterhalten einerseits und den Interessen mächtiger revanchistischer Gruppen andererseits nicht politisch thematisieren zu müssen. Die portugiesischen Regierungen möchten weder mit dem Teil der Industrie- und Finanzwelt in Konflikt geraten, die sich die ehemaligen Kolonien auf der Grundlage traditioneller Verbindungen als Investitionsgebiete erhalten wollen, noch mit denen, die auf eine Wiedererlangung ihres durch die Unabhängigkeit der Kolonien verlorenen Eigentums hoffen. Der Repräsentant der Renamo für Westeuropa, ein als faschistisch eingestufter Portugiese names Paulo de Oliveira, hat seinen Sitz denn auch in Lissabon, ohne von den verschiedenen portugiesischen Regierungen jemals angefochten worden zu sein.

BRD: Nachdem nun Mosambik aus einer offiziellen Blockfreiheit eine reale gemacht hat, 1982 dem Lomé III-Abkommen beigetreten ist, das die Wirtschaftszusammenarbeit mit der EG regelt, seine Wirtschaft ausländischen Investitionen geöffnet hat und im Mai 1987 begann, die Auflagen des IWF in die Tat umzusetzen, sogar Militärhilfe aus NATO-Ländern gekommen war, schien es auch der Bonner Regierung passend, Kanzler Kohl als ersten westlichen Regierungschef überhaupt Mosambik besuchen zu lassen. Diese politische Aufwertung des Front-Staates soll wohl ein Ausgleich für die ansonsten dubiose Haltung der Bundesregierung gegenüber Südafrika sein.

Aber auch in der Bundesrepublik findet die Renamo ihre Sympathisanten. Im November 1983 wurden Renamo-Beauftragte von der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) und der Hanns-Seidel-Stiftung (SCU) sowie Franz Josef Strauß, empfangen und ihre Organisation damit politisch anerkannt. Der Renamo-Repräsentant Arturo de Fonseca nahm im April 1983 an einer Konferenz der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" teil — zusammen mit dem südafrikanischen Botschafter (PF, 28.8.87).

USA: Im Gegensatz zu ihrer Haltung gegenüber dem sozialistischen Angola, dessen Rebellenbewegung UNITA sie ganz offiziell unterstützt und deren Führer Savimbi sie in Washington empfangen hat, verhält sich die US-Regierung gegenüber der ebenfalls marxistisch-leninistischen Regierung von Mosambik geradezu progressiv. Sie erkennt die Renamo nicht an. In zehnmonatigem Hin und Her setzte sie gegen den Willen rechter Senatoren die liberal denkende Botschafterin Melissa Wells für Maputo durch, die die Renamo-Rebellen ganz unumwunden „terroristische Banden" nennt (Ex, 17.10./5.12.87). Die konservativen US-Politiker um den Senator Jesse Holms fordern dagegen die politische Anerkennung und Militärhilfe für die Renamo. Dem stand aber nach ihrer Auffassung vor allem der Mangel an einem faßbaren politischen Programm entgegen, mit dem die Rebellen durch die „Heritage Foundation", eine konservative Denkfabrik, versorgt werden sollten (NA, Mai 87).

Der Renamo wurde ein Büro für ihren „Mozambique Information Service" (MIO) von der rechten Lobby-Gruppe „Free The Eagle", zu deutsch: „Befreit den Adler (das amerikanische Wappentier)!", im Gebäude der Heritage Foundation in Washington zur Verfügung stellt. Er wird geleitet von dem Amerikaner Tom Schaaf und dem aus Mosambik stammenden schwarzen Professor Luis Serapião, der für die Helms-Gruppe als rechtmäßiger Vertreter der Renamo in den USA gilt. Dagegen fördert die „Conservative Action Foundation" in New York einen Artur Vilunkulu, der ebenfalls behauptet, von Renamo-Chef Afonso Dhlakama autorisiert zu sein.

Eine besondere Provokation stellte für die amerikanische Rechte der Besuch des mosambikanischen Präsidenten Samora Machel im September 1985 in Washington dar. Als er im Oktober 1986 bei einem aller Wahrscheinlichkeit nach von Südafrikanern herbeigeführten Flugzeugabsturz ums Leben kam, übernahmen einige amerikanische Zeitungen die Propaganda des MIO. Machels Regierung wurde im Nachhinein zu einer „brutalen marxistischen Diktatur" und die Renamo zur „erfolgreichsten antikommunistischen Widerstandsbewegung in Afrika" (NA, Mai 87).

Die Bemühungen waren aber zumindest in der offiziellen Politik erfolglos und im Oktober 1987 besuchte auch Machels Nachfolger Chissano die USA (Gn, 14.10.87). Um Chissanos Mission zu schädigen, publizierten die Rechten ein Foto von einem Wandgemälde in Maputo, das einen portugiesischen Polizisten zeigt, der einem Schwarzen Handschellen anlegt. Der Polizist trägt als Dienstabzeichen den üblichen sechseckigen Stern, von dem die rechten Propagandisten behaupteten, es sei der jüdische Davidstern und bei dem Gemälde handele es sich um antisemitische Propaganda. Erst später konnte der Trick aufgedeckt werden (Ex, 24.12.87).

Während britische Militärs mosambikanische Offiziere in Simbabwe für die Guerilla-Bekämpfung ausbilden und Frankreich militärische Unterstützung durch Material und Ausbildung in Betracht zieht, leisten die USA lediglich ihre Wirtschaftshilfe von 10 Mio. US-$ und eine Hungerhilfe von 75 Mio. US-$ (1987). (Gn, 14.10.87) Aber auch das ist erstaunlich, denn 9.000 Kubaner (LM, 4.3.87) und 800 sowjetische Militärberater (SZ, 2.6.87) unterstützen die mosambikanischen Truppen. Zu erinnern ist, daß die Anwesenheit von allerdings 40.000 Kubanern in Angola stets der Vorwand der US-Regierung war, die angolanische Regierung nicht zu unterstützen, dafür aber gemeinsam mit Südafrika die Rebellenbewegung UNITA.

Keine Hoffnung ohne Frieden

Vierzehn Jahre von Südafrika geschürter Bürgerkrieg haben Mosambik zu einem der ärmsten Länder der Welt gemacht. Die Hälfte der Bevölkerung von 13 Millionen ist vom Krieg unmittelbar betroffen, 4 Millionen hungern, die Zahl der Flüchtlinge in den Nachbarländern wird auf 300.000 geschätzt, die innerhalb Mosambiks auf über eine Million. Eine Million Menschen können von Hilfsmaßnahmen wegen der Transportprobleme und der militärischen Unsicherheit nicht erreicht werden (NA, Sep. 87). Die Eigenproduktion an Nahrungsmitteln deckt noch 10% des Bedarfs, 90% müßten als Hilfe aus dem Ausland kommen (HB, 18./19.7.87). Aber weder die neue Wirtschaftspolitik noch die Auslandshilfe werden eine Lösung bringen. Ein Ende des Krieges ist nicht abzusehen, solange Südafrika nicht gezwungen wird, seine Interventionen in den Nachbarländern einzustellen.

Horst Hüncker

Quellen:

b	— blätter des iz3w
BfA	— Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen
Ex	— Expresso (Lissabon)
FAZ	— Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	— Frankfurter Rundschau
FT	— Financial Times
G	— Guia do Terceiro Mundo 86, Lissabon, Tricontinental Editora
Gn	— Guardian
HB	— Handelsblatt
LM	— Le Monde
Na	— New African
PF	— Publik Forum
R	— Refugees
T	— O Tempo (Lissabon)

Soweit sich die Schraube drehen läßt...



Wirtschaftspolitik und Verschuldung Brasiliens

In drei Jahren ,Neue Republik' hat sich an der sozialpolitischen Lage in Brasilien nicht viel geändert. Die Rechte sitzt weiterhin im nun pseudodemokratischen Sattel, die verordneten Wirtschaftspläne die mit Lohn-Preis-Stops die Inflation in den Griff bekommen wollten, schlugen fehl. Die Massenarmut hat sich hingegen verschärft; der Hunger, die steigende Arbeitslosigkeit und die Verzweiflung treiben das Volk zu organisierten Supermarktplünderungen und gewaltsamen Protesten. Die landlosen Landarbeiter und die Obdachlosen fordern mit Hilfe von Landbesetzungen die Durchführung der angekündigten Landreform ein. Die Regierung begegnet den Revoltierenden und um ihre Rechte Kämpfenden mit Repressionen; jeder Versuch einer Strukturveränderung wird im Keim erstickt.

Konnte man schon von Tancredo Neves, dem ersten zivilen Präsidenten nach zwanzig Jahren Militärdiktatur, nicht erwarten, daß er all die schreienden Probleme des Landes — Auslandsschulden, Inflation, Landreform, Arbeitslosigkeit, Hunger — in den Griff bekommen würde, so war bereits bei Amtsantritt seines Nachfolgers Jose Sarney klar, daß es diesem ebensowenig gelingen würde. Soziale und wirtschaftliche Strukturveränderungen waren von der ,Demokratischen Allianz' (PMDB und PFL) unter Sarneys Führung jedenfalls nicht zu erwarten.

Als Anfang 1986 die Inflation erneut massiv anstieg, verkündete die Regierung einen Lohn-Preis-Stop, den sogenannten *PLANO CRUZADO I*, nicht ohne zuvor nochmals die Preise kräftig anzuheben. Die von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßte Preisstabilität führte zu einem bisher nie dagewesenen Konsumrausch. Hinzu kam, daß die Händler, die eine baldige Aufhebung des Lohn-Preis-Stops voraussahen, ihre Lager füllten und auf bessere Preise warteten. Engpässe in der Lebensmittelversorgung waren die Folge.

Unmittelbar nach den Wahlen vom 15. November 1986, die der PMDB eine Mehrheit an Abgeordneten und Gouverneuren brachte, verordnete dann auch der Finanzminister Dilson Funaro kräftige Preiserhöhungen, was in einigen Städten Brasiliens zu massiven Protesten führte. Dieser sogenannte *PLANO CRUZADO II* sollte den internen Konsum wieder eindämmen.

Als die Inflationsrate explosionsartig emporschnellte und die letzten Devisenreste aufgezehrt wurden, versuchte Funaro mit Hilfe einer neuen Preisregulierung, die Lage zu stabilisieren und das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln. Seinen letzten Trumpf spielte er am 20. Februar 1987 mit der Zahlungseinstellung der Zinsen aller Auslandsschulden Moratorium aus.

Die Finanzwelt zeigte sich irritiert. Dem Hauptgläubiger Brasiliens, der US-Citibank (4,6 Mio Dollar) brachte der Zahlungsstop im ersten Jahresdrittel 1987 bereits einen Verlust von 53 Mio Dollar. Die japanische Eximbank (711,2 Mio Dollar Anleihen in Brasilien) beschloß, ab Juni keine weiteren Kredite zu gewähren.

Dazu kam, daß das Resultat der brasilianischen Handelsbilanz im März mit 136 Mio Dollar weit unter den Februarwerten lag und somit das erklärte Jahresziel von 8 Mrd Dollar — der Köder für die Gläubigerbanken — in unerreichbare Ferne rückte.

Brasilien galt mit 113 Mrd Dollar Auslandsschulden international als zahlungsunfähig. Finanzminister Dilson Funaro geriet immer mehr unter Druck. Selbst innerhalb der PMDB (deren Kandidat er war) mehrten sich die Stimmen gegen ihn, bis er Ende April den Hut nehmen mußte. Als sich Sarney und der Parteivorsitzende der PMDB, Ulysses Guimaraes, nach einem kurzen Hick-Hack auf den „gemäßigten" Unternehmer und Universitätsprofessor Bresser Pereira als neuen Finanzminister einigten, atmeten die Finanzwelt und der IWF wieder auf.

Die sozialen Probleme spitzten sich unterdessen weiter zu, ohne daß konkrete Maßnahmen ergriffen wurden. Mit Äußerungen zu Landreform und sozial gerechterer Lohnverteilung weckte die Regierung lediglich Hoffnungen, die sie nicht erfüllte.

Im Gegenteil, die neu entstandenen sozialen Bewegungen — wie die der landlosen Landarbeiter und der Slumbewohner — wurden auf brutale Weise niedergeschla-

gen. Ein Toter im Landkonflikt pro Tag war der Durchschnitt der letzten Jahre.

Die angekündigte Agrarreform findet nicht statt. Der im Mai 1985 entworfene und zwölfmal abgeänderte — sprich entschärfte — ,Nationale Agrarreformplan' sieht heute nur als äußerste Maßnahme Landenteignungen von nicht bewirtschafteter Nutzfläche vor.

Da beinahe ein Drittel des brasilianischen Agrarlandes aus Spekulationsgründen brach liegt, empfinden die Großgrundbesitzer jedoch selbst jene „Reform" als Bedrohung.

Sie haben sich in der UDR zusammengeschlossen, die ihre Interessen auch mit Hilfe von Privatmilizen und gekauften Killern durchsetzt. Es existieren sogar schwarze Listen mit fixen Tarifen für den Abschuß von „aufsässigen" Gewerkschaftern, progressiven Rechtsanwälten oder Priestern, die sich für die Kleinbauern einsetzen.

Dennoch wollen sich die 12 Mio landlosen Landarbeiter nicht wieder mit leeren Versprechnungen abspeisen lassen. Unter dem Motto: „Wenn die Regierung die Agrarreform nicht macht, machen wir sie!", finden seit 1985 vor allem in Südbrasilien immer wieder Landbesetzungen statt, um die Behörden zu durchgreifenden Maßnahmen zu drängen.

Auch im urbanen Bereich kommt es in letzter Zeit immer öfter zu organisierten Besetzungen von öffentlichen oder privaten Grundstücken, die teilweise von der Arbeiterpartei PT (die aus der Streikbewegung der Metallarbeiter im Jahre 1978 entstand), der maoistischen PC do B, oder dem fortschrittlichen Flügel der Kirche unterstützt werden. Die Polizei führt gewaltsame Räumungsaktionen durch, um die „Ordnung" wiederherzustellen.

Dabei suchen heute auch diejenigen Unterschlupf in den Slums, die bis vor kurzem eine Mietwohnung am Stadtrand bewohnen konnten. Wohnungsnot und Immobilienspekulation ließen die Mieten innerhalb eines Jahres bis auf das drei- bis fünffache ansteigen. Millionen Brasilianer haben überhaupt kein Dach über dem Kopf. Allein 7 Mio Kinder und Jugendliche müssen sich ohne Unterstützung von Familien und ohne feste Bleibe auf den Straßen der Großstadt durchs Leben kämpfen.

1987 betrug die Inflationsrate 366%. Die bei Überschreitung von 25% Inflation gesetzlich festgelegten Lohnangleichungen wurden von den einzelnen Gouverneuren aber nicht eingehalten. Wieder einmal gingen tausende Menschen auf die Straßen, die öffentlichen Angestellten traten in wochenlange Streiks. In der Zwischenzeit heizte die Bundesregierung die Inflation künstlich an.

Der neueingesetzte Finanzminister Bresser Pereira hatte den in- und ausländischen Kapitalinteressen völlig entsprochen. In den ersten eineinhalb Monaten seiner Amtszeit ließ er viermal (davon gleich zweimal innerhalb einer Woche) den Cruzado abwerten, um den Export zu beleben. Für 1987 wollte er das gesteckte Jahresziel von 8 Mrd Dollar Handelsbilanzüberschuß erreichen, um die Gläubigerbanken wieder zu versöhnen, was ihm durch Soja- und Kaffeerekordernten und mit Hilfe von neu angekurbelten Automobilexporten auch gelang. Der Handelsbilanzüberschuß betrug 1987 sogar 11,2 Mrd. US $. „Die Krise ist keine ökonomische, sondern eine finanzielle", dozierte der Wirtschaftsprofessor.

PMDB	— Partido do Movimento Democratico Brasileiro
PFL	— Partido da Frente Liberal
PDS	— Partido Democratico Social
PDT	— Partido Democratico Trab alhista
PT	— Partido dos Trabalhadores
PC do B	— Partido Comunista do Brasil
CUT	— Central Unica dos Trabal hadores
CGT	— Central Geral dos Trabalha dores
UDR	— Uniao Democratica Ruralista

„Vamos juntos" (Gehen wir gemeinsam), rief Präsident Sarney am Abend des 12. Juni seinem Volk zu und bedachte es neuerlich mit einem Lohn-Preis-Schock, dem sogenannten *PLANO BRESSER*, der im Unterschied zum *CRUZADO* auf maximal 90 Tage befristet war. Die Kaufkraft der Brasilianer war in den vergangenen Monaten rapide gefallen. All die scheinbaren Errungenschaften des Vorjahres waren mit einem Schlag weg.

Die Reallöhne sind heute niedriger als unmittelbar vor dem *PLANO CRUZADO I*, was verdeutlicht, daß dieser Wirtschaftsplan eine Farce ist.

Mit der Verkündigung des PLANO BRESSER schraubte Sarney die Preise für Treibstoffe, für Strom und auch für Grundnahrungsmittel nochmals in die Höhe, womit die Löhne „tief"-gefroren wurden und im Juni eine Inflation von 26,6% provoziert wurde.

Als der Präsident am 25. Juni Rio de Janeiro einen Besuch abstattete, kam es zu heftigen Protesten, bei denen auch Steine gegen jenen Autobus flogen, in dem sich Sarney befand. Scheiben zerbrachen, zwei Mitarbeiter des Präsidenten bekamen leichte Schrammen ab.

Sarney bediente sich daraufhin sofort des 'Gesetzes der Nationalen Sicherheit', jener Verordnung, die in der Militärdiktaturzeit 17.000 Menschen ohne Gerichtsverfahren hinter Gitter gebracht hatte, um einen Parteifunktionär der sich sozialdemokratisch gebenden PDT als Hauptverantwortlichen für jene Ausschreitungen festnehmen zu lassen. Sarney packte damit die Gelegenheit beim Schopf, den populistischen PDT-Chef Leonel Brizola — der im Fall von Präsidentschaftswahlen wohl der gefährlichste Gegner der Rechten wäre — zu diskreditieren.

Die angehobenen Treibstoffpreise verringerten auch die Profitspannen der privaten Autobusgesellschaften. In Rio de Janeiro wandten sie sich deshalb an die Justiz. Als ein richterlicher Entscheid trotz des Preis-Lohn-Stops die Tarife der Autobusse — des Massenverkehrsmittels, auf das alle Arbeitnehmer angewiesen sind — am 30. Juni um 50% erhöhte, fühlte sich die Bevölkerung betrogen. Sie blockierte die Straßen und begann schließlich, alle „greifbaren" Autobusse zu demolieren. 2.600 Polizisten wurden eingesetzt, um die aufgebrachte Menge zu bändigen. Die Geschäfte schlossen ihre Pforten, die Innenstadt von Rio glich einem Schlachtfeld; 50 Demonstranten wurden verletzt, 80 verhaftet, 60 Autobusse schrottreif gemacht. Auf Drängen der Präfektur nahm der Richter noch am selben Tag die Preiserhöhung zurück.

Die beiden großen verfeindeten Gewerkschaftszentralen (CUT und CGT) setzten sich an einen Tisch, um einen gemeinsamen Generalstreik zu besprechen. Eine erfolgreiche Durchführung schien schon aufgrund der Rezession und der prekären Arbeitsplatzsituation ungewiß. Erst im letzten Moment — nach längeren Streitigkeiten — konnte man sich doch noch auf ein gemeinsamen Datum, den 20. August, einigen. Der Erfolg war eher mäßig und regional sehr unterschiedlich. Während z.B. in Salvador/Bahia große Teile der Bevölkerung die Arbeit niederlegten, war in Sao Paulo, dem industriellen Zentrum des Landes, von einem Streik kaum etwas zu spüren, was auch grundlegende Diskussionen



innerhalb der Gewerkschaften über die Planung und Handhabung von Generalstreiks auslöste.

Im Wirtschaftsministerium arbeitete man währenddessen daran, die Einstellung der Zinszahlungen aufzuheben und Brasilien wieder an den IWF anzunähern.
Das neuentworfene wirtschaftliche Langzeitkonzept (Makroökonomischer Kontrollplan) wurde sowohl von der US-Regierung als auch vom Generaldirektor des IWF, Michel Camdessus, freudig aufgenommen.

Einige Produkte wurden von der offiziellen Preistabelle derart hoch angesetzt, daß die Supermärkte nach einer ersten Angleichung die Preise wieder leicht senkten, um nicht auf der Ware sitzen zu bleiben. Bresser war dabei, alle staatlichen Subventionen abzubauen, wovon z.B. auch Mehl und Weißbrot betroffen waren.

Wie schon vor einem Jahr gab es Engpässe bei Rindfleisch 2. Klasse. Die Schlachtungen gingen seit Mai letzten Jahres um über 20% zurück. Das Vieh darf nun solange auf den Weiden grasen, bis der Preis seinen Besitzer wieder zufriedenstellt.

Während die Lebenshaltungskosten in einem Monat um rund 25% stiegen, wurde der gesetzlich festgelegte Mindestlohn durch den PLANO BRESSER auf den Tiefpunkt seiner Geschichte gedrückt — nur noch 30% seines ursprünglichen Wertes im Jahre 1940. Laut dem Forschungsinstitut für Statistik und sozioökonomische Studien — DIEESE — gehen 3/4 des Mindestlohns in Lebensmitteln auf, will man einer Person die monatlich notwendigen Kalorien zuführen. Für Kleidung, Unterkunft und Transport bleibt rein gar nichts mehr übrig. Meist hängt noch dazu eine mehrköpfige Familie von derartigen Hungerlöhnen ab; 42% aller arbeitenden Brasilianer müssen mit maximal einem Mindestlohn auskommen. Laut Professor Helio Vanucchi leiden bereits 50 Mio Brasilianer an erheblichen Mangelerscheinungen.

Die geringe Kaufkraft der Bevölkerung bekam jüngst auch die Automobilindustrie zu spüren, auf deren Autoparks tausende von Fahrzeugen herumstehen. Das Management der Großkonzerne verordnete Zwangsurlaub und Massenentlassungen. Über 4000 Arbeiter verloren allein bei Ford und VW ihre Arbeitsplätze, und es wird noch schlimmer kommen, weiß Jair Meneguelli, Präsident des PT-nahen Gewerkschaftsdachverbandes CUT: „Jede Entlassung in der Montage wird weitere fünf Arbeitsplätze in der Auslieferung bzw. im Verkauf kosten."

Im letzten Jahr verloren 900.000 Brasilianer in der Handelsbranche ihren Arbeitsplatz, allein im Großraum Sao Paulo wurden in der gleichen Zeit 25.000 Metallarbeiter auf die Straße gesetzt, was auch zu massiven Protesten und Demonstrationen führte.



Seit der Verhängung des jüngsten „ökonomischen Rettungsplanes" nahmen die Plünderungen von Supermärkten sprunghaft zu. Anfang Juli öffneten die Supermärkte im ärmsten Gebiet von Sao Paulo, in der sogenannten Ost-Zone — wo allein drei Millionen Menschen leben — meist nur eine Eingangstür, die zusätzlich bewacht wurde. Oft wurden die Läden überhaupt dicht gemacht, wenn Gerüchte über bevorstehende Überfälle aufkamen. Und obwohl in gewissen Zeitabständen immer wieder Polizeipatrouillen vorbeikamen und sogar fünf Hubschrauber eingesetzt wurden, um suspekte Menschenansammlungen auseinanderzutreiben, war die Lage nur schwer zu kontrollieren.

Gruppen von 20 — 200 Hungrigen, meist Frauen und Kinder, gegen die die Ordnungshüter nicht so brutal vorzugehen wagten, stürmten die Geschäfte und nahmen das Lebensnotwendigste — Brot, Milch, Fleisch, Reis, Bohnen — mit. In Sao Paulo verging wochenlang kaum ein Tag ohne Plünderung. Es kam vor, daß ein Supermarkt die Polizei mehrmals pro Tag alarmierte.

Die PT und die PC do B gaben in aller Öffentlichkeit bekannt, daß sie diese Aktionen moralisch unterstützten. „Die PC do B organisiert weder derartige Plünderungen, noch ruft sie dazu auf, aber sie anerkennt das Recht des Volkes auf Überleben", hieß es in einer offiziellen Note, die große Polemik auslöste und schließlich Gilberto Natalini, Mitglied des kommunistischen Exekutivkomitees, sowie dem PT-Regionalvorsitzenden von Sao Paulo, Djalma Bom, ein Verhör bei der Polizei einbrachte.

An der Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen vorgelegten Wirtschafts(wunder)pläne glaubte inzwischen niemand mehr. Im Kabinett geriet Finanzminister Bresser mit seinen Plänen selbst ins Abseits. Nach Auseinandersetzungen mit Präsident Sarney über den Abbau des Haushaltsdefizites mußte er am 18. Dezember seinen Hut nehmen.

Der neue Mann ist wieder einmal ein Favorit des Präsidenten und ganz auf der Linie des IWF. Mailson Ferreira de Nobrega, Finanzbürokrat, hält nichts von „Wunderheilungen". Er sieht das Hauptübel im Defizit des öffentlichen Sektors und will sich auf die Reduzierung dieses Fehlbetrages konzentrieren. Daß er damit nicht bei seinem Kollegen, dem Militärchef anfangen wird, ist auch klar. Schwerpunkte seiner Politik sollen Maßnahmen zur Privatisierung öffentlicher Betriebe sowie Senkung der Personalkosten und Nichtbesetzung von 40.000 freigewordenen Stellen im öffentlichen Dienst sein.

Die Rückkehr in die offenen Arme des IWF bedeutet für Brasilien dennoch vorläufig keine Zahlungserleichterungen. Im November hatte sich Brasilien mit den Gläubigerbanken darauf geeinigt, die für 1987 noch ausstehenden Zinsen von 4,5 Mrd. US$ nachzuzahlen. Dabei sollte ein Drittel aus brasilianischen Devisenbeständen und die restlichen zwei Drittel von den Banken finanziert werden (als Neukredite). Trotz dieser Regelung mußte Brasilien die Zinszahlungen erneut aussetzen — mangels Devisen.

Die Politiker hangeln sich von Umschuldung zu Umschuldung. Die Zahlungsverpflichtungen steigen indes weiter. Die Devisenreserven sind aufgebraucht, und das, obwohl die landwirtschaftliche Produktion 1987 um unglaubliche 13,5 % gesteigert werden konnte.

In den letzten Monaten wird das trübe ökonomische Geschehen zunehmend von den Verhandlungen über die neue Verfassung blockiert. In der Verfassungsgebenden Versammlung, die zum großen Teil auf Grundlage der November-Wahlen '87 zusammengesetzt wurde, haben die Konservativen das Übergewicht: Über 70 % der Abgeordneten sind Großeigentümer, mehr als die Hälfte gehörten der Partei der Militärs an, immerhin 60 von 559 Sitzen werden von der UDR eingenommen. Daß dieses Forum keine revolutionäre Verfassung ausarbeiten wird, liegt auf der Hand. Für irgendwelche Hoffnungen auf Änderung gibt es also keinen Anlaß. Wie lange wird die brasilianische Bevölkerung das Leiden noch ertragen?

Andreas Hofbauer/Redaktion

Editorial

„Zehn Stunden am Tag", sagte ganz erstaunt ein gutgekleideter Gast zum hübschen Bedienungsmädchen. „Ist das nicht sehr anstrengend? Ich könnte Ihnen eine Stelle mit höherem Gehalt bieten." Dem Bedienungsmädchen geht mit rasender Geschwindigkeit ihre momentane Situation durch den Kopf: 10 Stunden am Tag arbeiten, finde ich nicht so schlimm, viele haben gar keine Arbeit, aber der Lohn, der reicht überhaupt nicht. Die kleine Schwester braucht dringend neue Winterschuhe und die Miete ist auch schon wieder fällig. „Wie könnte ich denn mehr verdienen?" fragt sie ganz leise. „Sie können sich einer Künstlergruppe anschließen. Diese Gruppe will auf Tournee gehen, aber ihnen fehlt noch eine Tänzerin. 20 $ pro Auftritt sind Ihnen sicher; sie müssen sich nur schnell entscheiden."

So könnte sich die Unterhaltung 1949 abgespielt haben. Damals waren es deutsche Mädchen, die mit falschen Versprechungen in andere Länder gelockt wurden. Möglicherweise hatten sie ähnliche Motive wie heute junge Frauen aus Thailand, Philippinen oder der Dominikanischen Republik. Damals lockten Skandinavier und Amerikaner mit gutbezahlten Jobs, heute sind es Deutsche, die Filipinas oder Brasilianerinnen mit lukrativen Angeboten täuschen. Schon damals nutzten Menschenhändler die wirtschaftlich benachteiligte Situation der Länder aus. Und schon damals gab es internationale Abkommen gegen den Menschenhandel, z.B. die UNO-Vereinbarung von 1949, die bis heute von der Bundesrepublik nicht unterschrieben ist. Also ein altes Thema, das nach wie vor aktuell ist?

Wenn die Redaktion das Thema „Menschenhandel" aufgreift, dann liegt das daran, daß im Vergleich zu damals der Handel in eine neue Phase getreten ist. Neu daran ist, daß Frauen heute in bebilderten Katalogen vermarktet werden, neu daran ist auch, daß das Verwertungsinteresse des Kapitals keinen Halt vor Kinder-, Organ- oder Bluthandel macht. Diesen totalen menschlichen Ausverkauf, diese Menschenverachtung führt Jürgen Horlemann in seinem Artikel auf das ökonomische System des Kapitalismus zurück. Sobald sich die Möglichkeit des Tausches ergibt, werden Frauen, Kinder oder Organe als Waren auf dem Markt angeboten, d.h. der Verkaufswert der Ware setzt den Handel in Gang. Daher ist es auch nebensächlich, woher die Ware kommt, was zählt, sind absatzorientierte Kriterien – wie der Wunsch nach hellhäutigen Kindern, „rassigen" Brasilianerinnen oder das Bedürfnis nach allumfassender Versorgung. Der Autor weist nach, daß gesetzliche Bestimmungen so gehalten sind, daß sie diesen Handel gar nicht unterbinden können.

Kinderüberschuß in der Dritten Welt, Kindermangel in der Ersten Welt – muß das nicht zwangsläufig in einen regen Süd-



Nord-Handel führen, fragt Rolf P. Bach in seinem Artikel über den Handel mit Adoptivkindern aus der Dritten Welt. Dieser Beitrag basiert auf Erfahrungen und Informationen, mit denen der Autor als Leiter der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle der norddeutschen Bundesländer konfrontiert wird. Er enthüllt die Beweggründe bundesdeutscher Ehepaare, die sich ein Kind aus der Dritten Welt wünschen, beschreibt Methoden der Kinderhändler, die vor nichts zurückschrecken und stellt den Zusammenhang zwischen Ausmaß der Verelendung und Verbreitung des Kinderhandels her. Staatlich anerkannte Adoptionsvermittlungen hält er dennoch für notwendig. Prinzipielle Zweifel sind jedoch angebracht, denn langfristig hat es wenig Sinn, Symptome zu bekämpfen und Ursachen unberührt zu lassen.

Als Journalist verfolgte Heinz Schmidt in Lateinamerika die Spuren des Kinderhandels. Er klagt die Öffentlichkeit an, die stillschweigend toleriert, was mit den Opfern, die sich am wenigsten wehren können, passiert.

Über den Kinderhandel wird der Zeitungsleser nur äußerst selten informiert, dagegen häuften sich in letzter Zeit die – allerdings meist sensationalistischen – Beiträge über den Frauenhandel. Wir aber wollten mit verschiedenen theoretischen Ansätzen das Phänomen Frauenhandel erklären.

Aus feministischer Sicht leistet Heidi Thiemann in ihrem Artikel „Alle Frauen sind Fremde" einen wichtigen Beitrag. Sie zeigt, daß in patriarchalischen Gesellschaften Männer schon immer Frauenbilder entworfen haben, die mit der Realität nicht übereinstimmen. Diese Projektionsbilder schaffen Scheinpersonen, die die reale Identität einer Frau verdecken. So projiziert der Mann Wunschphantasien auf die asiatische Frau, die mehr über den Bewußtseinsstand der deutschen Männer aussagen als über die Frauen...

Mit dem „Täter Mann" setzen sich auch Elivra Niesner und Gesine Meerwein auseinander. Sie gehen der Frage nach, warum deutsche Männer ausländische Frauen kaufen. Daß dieser Artikel die weitere Diskussion anregen wird, haben schon unsere Männer in der iz3w-Gesamtgruppe bewiesen; sie konnten sich mit dem ersten Teil, den Gedanken und Assoziationen über die männliche Nachfrage, nicht anfreunden. Der zweite Teil analysiert die Hochglanzbroschüre eines Heiratshändlers. In einem weiteren Beitrag informieren wir über die Geschäftspraktiken der Heiratsagenturen.

Natürlich interessierte uns auch, wie Solidaritätsgruppen gegen den Frauenhandel vorgehen. Wir stellen hierzu zwei deutsche (agisra, FIZ-Stgt.) und eine schweizerische (FIZ-Zürich) Beratungsstelle vor. Die agisgra berichtet in einer Selbstdarstellung über ihre Arbeit. Zum FIZ-Stuttgart drukken wir in Auszügen ein Interview ab, das jedoch Fragen u.a. zur Erstellung der Konzeption und der Rolle des Trägervereins offen läßt: Als quasi staatliche Einrichtung unterliegt das FIZ Stuttgart anderen Zwängen als z.B. die agisra.

Nicht zufällig haben wir schließlich noch das Thema Sextourismus aufgegriffen; denn von hier führt ein direkter Weg zum Frauenhandel. Als devisenbringender Urlauber erwartet der Sextourist, daß seine Wünsche in voller Zufriedenheit erfüllt werden. Wenn der Jahresurlaub nicht mehr ausreicht, sucht sich der Mann eine andere Lösung: er läßt sich für den ganzjährigen Gebrauch eine Frau vermitteln. Über die Bedeutung des Prostituionstourismus in Thailand schreibt Heidi Thiemann.

Schließlich stellen wir noch zwei grundverschiedene Projekte gegen den Sextourismus in Kenia und Thailand vor.

Menschenhandel - der totale Ausverkauf



Der eingeschränkte Begriff von Menschenhandel und Ausbeutung im Strafgesetz der Bundesrepublik — ein Zufall?

Strafgesetzbücher als Spiegelbild der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, worin die Interessen widerstreitender Gruppen zum Ausdruck gebracht und unter dem Deckmantel des „neutralen" Staates (der „gerechten" Justiz) gegeneinander aufgewogen und geregelt werden, drücken die „herrschende Rechtsauffassung", die Auffassung der Herrschenden aus. Merkwürdigerweise — aber dies erscheint nur auf den ersten Blick so — ist in den gesetzlichen Strafbestimmungen der Bundesrepublik Deutschland der Begriff des Menschenhandels stark eingeengt: In § 181 StGB ist er dadurch definiert, daß jemand „einen anderen 1. mit Gewalt, durch Drohung mit einem empfindlichen Übel oder durch List dazu bringt, daß er der **Prostitution** nachgeht, oder 2. anwirbt oder wider seinen Willen durch List, Drohung oder Gewalt entführt, um ihn unter Ausnutzung der Hilflosigkeit, die mit seinem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, zu sexuellen Handlungen zu bringen, die er an oder vor einem Dritten vornehmen oder von einem Dritten an sich vornehmen lassen soll".

Wie in fast allen Gesetzen ist hier nicht nur die Hintertür für ihre Umgebung angezeigt, sondern die nachfolgend zitierte Ausnahmebestimmung weist, wie zu erläutern sein wird, auf einen grundlegenden Widerspruch dieser Gesellschaft hin: Nicht strafbar (nach der sog. „ratio legis") soll es sein, wenn das Opfer **weiß**, daß es in einem fremden Land der Prostitution nachgehen soll, denn hier würde das Opfer „nicht erst unter Ausnutzung seiner Hilflosigkeit zu sexuellen Handlungen gebracht werden" (BGH StV 83, 238, Horn SK 11, M-Schroeder I 189 usw.).

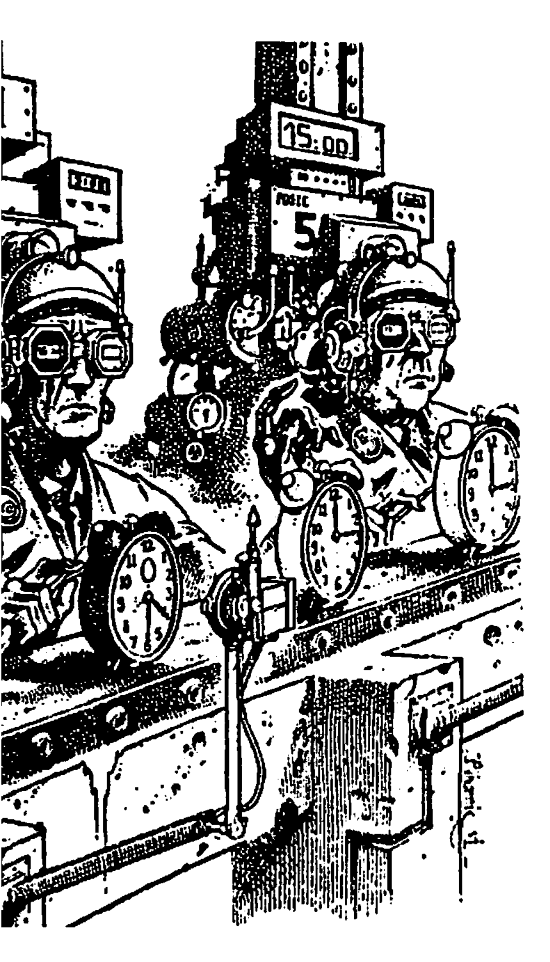
Zu fragen ist, weshalb, indem Menschenhandel derart eingeschränkt definiert ist, vom „Gesetzgeber" alle anderen Formen, in denen so oder ähnlich über Menschen verfügt wird, aus dem genannten Straftatbestand ausgeschlossen werden.

Die Beantwortung dieser Frage erschließt sich zum Teil daraus, wie sich das deutsche Strafgesetz mit dem Begriff der „Ausbeutung" auseinandersetzt. Dieser Begriff wird nicht in Verbindung zur industriellen Arbeitswelt gebracht, sondern vorzugsweise im Zusammenhang mit der Zuhälterei gesehen (§ 181a StGB): Entscheidend ist, daß hierbei **Gewalt** angewendet werden muß — „nicht ausreichend ist daher das Anhalten zu mehr 'Arbeit' durch den Zuhälter" (Schönke-Schröder, Kommentar zum StGB, S. 1167). Zudem ist der Tatbestand des „Ausbeutens", so die herrschende Lehrmeinung, „unter Berücksichtigung des Schutzzwecks der Vorschrift zu bestimmen." Konkret: es muß eine „spürbare Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Prostituierten als Folge der Ausbeutung" feststellbar sein. Ausbeutung wird hingenommen, aber zu welchem Preis? Auch darüber haben sich deutsche Juristen Gedanken gemacht. Ihnen zufolge liegt eine „fühlbare Beschneidung des Lebensstandards" **nicht** vor, wenn die Prostituierte 30 % ihres Einkommens abgeben muß (Köln OLGSt.), wohl aber wenn es sich um 40% handelt! Delikaterweise ist nach Auffassung der Justiz die „Eigenschaft des Täters" für sich allein nicht ausreichend, „weil nicht der Erwerb des Zuhälters als solcher bekämpft werden soll." Denn, so lautet die aufschlußreiche Kommentierung, „das Gesetz will lediglich den aktiven Zuhälter, nicht aber die parasitäre Lebensweise als solche treffen" (Schönke-Schröder, Kommentar zum StGB, 22. Aufl., München 1985, S. 1169).

Warum das so ist, weshalb das Strafrecht mit Begriffen wie „Menschenhandel" und „Ausbeutung" derart zurückhaltend umgeht, und weshalb das Gesetz an dem diesen Erscheinungen zugrundeliegenden Gewinnstreben nicht rütteln mag, erklärt sich aus der Geschichte.

Sklavenhandel, Menschenhandel, Mehrwert

Der „klassische" Menschen- oder Sklavenhandel war bereits auf der Stufe der entwickelten Agrargesellschaften eine allgemeine Erscheinung. So belief sich im Athen des 4. und 5. Jahrhunderts der Kaufpreis eines männlichen Sklaven auf ca. 200 Drachmen, wobei nach zehn Jahren dem Besitzer ein Mehrwert von ca. 300 Drachmen zufloß. In der griechischen Klassik war also bereits entdeckt, daß es nicht nur lohnte, Waren einzukaufen und sie über ihrem Wert wieder zu verkaufen, sondern daß es eine Ware gab, deren Gebrauchswert die Eigenschaft hatte, neue Werte zu schaffen:



die menschliche Arbeitskraft. So wurden die größten Vermögen Athens durch die Beschäftigung oder die Verpachtung von Sklaven in den Bergwerken verdient, und in der antiken Welt ingesamt gab es Tausende von Unternehmern und Grundbesitzern, die Sklaven nur zu dem Zweck einkauften, um diesen in großer Zahl handwerkliche oder landwirtschaftliche Güter und dadurch ansehnliche Mehrwertmassen erzeugen zu lassen.

Die Arbeit dieser Sklaven war jedoch nicht Lohnarbeit, d.h. „freie" Arbeit. Der Sklave verkaufte seine Arbeitskraft nicht an den Sklavenbesitzer, sondern war ein für allemal an seinen Eigentümer verkauft. Er **selbst war die Ware**, die von der Hand des Eigentümers in die des anderen übergehen konnte, nicht seine Arbeitskraft.

Die Befreiung der Arbeit und die neue Unfreiheit

Unter den Bedingungen der späteren feudalen Gesellschaften bestand jedoch in der nicht-selbst-bestimmten Verkäuflichkeit das Haupthindernis, das sich dem Aufkommen des „kapitalistischen Geistes" entgegenstellte. Das höchste Ideal war, so wurde es bereits im 13. Jahrhundert ausgedrückt, daß jeder imstande sein sollte, „das ihm Gehörende herzugeben oder zu veräußern". Menschen und Land mußten veräußerbar werden, damit die eigenständige Entwicklung der Warengesellschaft ungehindert ihren Lauf nehmen konnte. Die lebendige Person war zuerst zu verdinglichen – „in ein Ding, in ein bloßes Stück Eigentum für die Vertragsdauer zu verwandeln" –, ehe ihr neuer Besitzer sie beherrschen konnte. Die Durchsetzung der Menschenrechte hatte hier ihren materiellen Kern: in dem Maße, wie die neu entstehende Industrie der Menschenmassen bedurfte, mußte den Feudalherren die persönliche Verfügungsgewalt über eben diese Menschen entrissen, mußten Menschen „freigesetzt" werden, um zu einer disponiblen Masse im Sinne der Verwertungsbedingungen des Kapitals zu werden. Die „vertraglich gesicherte Freiheit" beinhaltete jedoch zugleich die vertragliche Sicherung einer neuen Form menschlicher Unfreiheit. Immanuel Kant wies klar darauf hin: „Besitz (physischer) aber ist die Bedingung der Möglichkeit der Handhabung (manipulatio) eines Dinges als einer Sache; wenn dieses gleich, in einer anderen Beziehung, zugleich als Person behandelt werden muß." Die Hauptfunktion dieser neuen vertraglichen Freiheit war also, anstelle der streng fixierten feudalen Verhältnisse, die Einführung einer **neuen** Form des Besitzes und der Herrschaft über Menschen. Sie garantierte dem besitzenden Herrn das Recht, die angeblich freien Menschen weiterhin als Dinge, als willenlose Objekte zu behandeln – nur mit dem Unterschied, daß sie diese Existenzform zuvor „frei gewählt" hatten. Sie mußten „nur" in den betreffenden Vertrag dadurch eintreten, daß sie willentlich etwas veräußerten, was ihnen gehörte.

Auf diese Weise also mußten sich die Lohnarbeiter des beginnenden industriellen Zeitalters **selbst stückweise** verkaufen, wurden nicht mehr als ganzes verkauft und gekauft wie die Sklaven. Diese „Stücke", d.h. die Arbeitskraft als Teil des Menschen, wurden dem Meistbietenden verkauft und gehörten dem, der sie kaufte. Zwar konnte der Arbeiter den Kapitaleigner verlassen und dieser konnte ihn entlassen. Das entscheidende in dieser neuen Situation aber war, daß die Lohnarbeiter nicht die ganze Klasse ihrer Käufer, d.h. die Kapitaleigner, verlassen konnten, ohne auf ihre Existenz zu verzichten. Der Lohnarbeiter (im Unterschied zum Sklaven) gehörte somit fortan nicht einem einzelnen Kapitaleigner, sondern der Klasse der Kapitaleigner. Voraussetzung hierfür war, daß die menschliche Tätigkeit als Ware begriffen und behandelt wurde. Und als Ware wurde die Arbeitskraft abhängig von der Konkurrenz, der Nachfrage und der Zufuhr.

Die europäische Freiheit, die koloniale Unfreiheit und das Heer der Rechtlosen

Die Ablösung der feudalen Gesellschaft durch die bürgerliche wäre allerdings nicht denkbar gewesen ohne die Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen in Übersee. Jedoch: Werte, die sich in Europa durchsetzten, galten nicht gleichermaßen in den Kolonien! Die „Entdeckung" von Gold und Silber in Amerika, die Versklavung der einheimischen Bevölkerung in den Bergwerken, die Verwandlung Afrikas in ein Gebiet der Sklavenjagd kennzeichnen zugleich den Beginn der kapitalistischen Produktion, der ursprünglichen Akkumulation. Diese beruhte auf brutalster Gewalt und bediente sich zunehmend der Staatsmacht, des Imperialismus, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise zu fördern. Die kolonialen Handelsgesellschaften (Ost-Indische Companie, East India Company usw.) verbanden den Gewürz- mit dem Sklavenhandel, erzielten auf diese Weise ungeheure Gewinne und investierten einen erheblichen Teil davon in die Gründung von Industrieunternehmen. Durch diesen Menschenhandel begründete Westeuropa einen Großteil seines Wohlstandes, durch diesen wurde das wirtschaftliche Wachstum im afrikanischen Küstenbereich und in den küstennahen Gebieten zum Erliegen gebracht, während gleichzeitig die Ausweitung der europäischen Produktion von Konsumgütern für den Export den Seehandelsnationen eine Vorrangstellung in der wirtschaftlichen Entwicklung einräumte. Es gab in diesem Handel – Sklaven gegen Luxusgüter und Kriegsgerät – weder eine Veränderung noch eine Entwicklung, mit Ausnahme der Handelsbedingungen: Der Wert der einzelnen Gefangenen als Tauschware schwankte mit dem Sinken oder der Erhöhung der Nachfrage für den Transport über den Atlantik. Für Europa bedeutete der Handel mit Afrika stets Bereicherung, die zu neuen und produktiveren Gesellschafts- und Regierungsformen führte. Man kann in der Tat den Sklavenhandel als eine Demonstration für die in höchstem Maße zerstörerische Natur der Kapitalakkumulation betrachten, die sich während der industriellen Revolution in Europa vollzog.

Die oben geschilderte Wandlung von Sklaven und Leibeigenen in Lohnarbeiter, ein bloßer Formwechsel, war jedoch nicht das wesentliche der kapitalistischen Akkumulation in den europäischen Ländern. Das wesentliche war vielmehr die Expropriation der unmittelbaren Produzenten, d.h. die Auflösung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums. Diese Produktionsweise existierte historisch sowohl innerhalb der Sklaverei, der Leibeigenschaft und anderer Abhängigkeitsverhältnisse. Diese Arbeit auf der Grundlage meist kleinen Privateigentums existiert auch heute noch in vielen Teilen besonders der „Dritten Welt" (unter dem Begriff der „Subsistenzproduktion" bekannt) – unter engen naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft, die unter dem Druck der internationalen Märkte aufgelöst und vernichtet werden.

Diese Enteignung, zugleich die Verwandlung des Kleineigentums in das massenhafte Eigentum weniger (meist ausländischer Monopole), bildet nach

wie vor eine Bedingung der Akkumulation des Kapitals und umfaßt, wie eh und je, eine Reihe gewaltsamer Methoden. Millionen Landarbeiter in der Dritten Welt werden verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, das auf der Ausbeutung fremder aber formell freier Arbeit beruht, werden zur Manövriermasse, zu Flüchtlingsströmen, zum Heer der Billigst- und Kontraktarbeiter.

So dient heute die massenhafte Frauen- und Kinderarbeit in der Dritten Welt der Erhöhung der Mehrwertmasse und der Profitrate, indem ganze Familien dem Kapital eine größere Masse Mehrarbeit liefern. Die Subsistenzbauern der Dritten Welt werden „frei", schließen, ehe daß sie verhungern, erniedrigende „Arbeitsverträge" in Manufakturen und Industrien, auf Seeschiffen, als Wanderarbeiter, liefern, ehe daß sie sterben, ihr Blut bei Sammelstellen ab, begeben sich, ehe daß sie krepieren, „freiwillig" als Kontraktarbeiter in die ungewisse Emigration, Frauen bieten sich in den Metropolen als Prostituierte an, werden die „freiwilligen" Vertragspartner von Menschenhändlern usw.

So wie in der jüngsten Geschichte der westlichen/abendländischen Gesellschaften wird in den meisten Ländern der Dritten Welt Frauen-, Kinder- und generell Menschenhandel zwar allmählich unter Strafe gestellt, doch zeigt die gesellschaftliche Wirklichkeit, daß mit papiernen Proklamationen wenig gewonnen ist. Es wäre verfehlt, die Verkündung allgemeiner Menschenrechte als Ausdruck humanitärer Einsichten bei denjenigen zu begreifen, die jahrhundertelang daran verdient haben bzw. noch immer davon profitieren, daß Menschen ihnen in ihrer gesamten Existenz bedingungslos ausgeliefert sind. Die Macht des Staates, so zeigt die Geschichte der modernen bürgerlichen Gesellschaft, wird erst dann aufgerufen, wenn Probleme zur Lösung anstehen, die durch die ökonomische Entwicklung der besonderen in Betracht kommenden Form der Gesellschaft bedingt sind. In den früheren historischen Perioden waren Mangel an Arbeitskraft, in den späteren eine Überausbeutung der arbeitenden Bevölkerung Gegenstand staatlichen Handelns. Erst als die Stärke der gesellschaftlichen Konflikte, die durch die Überausbeutung der Arbeitskraft erzeugt worden war, schließlich derart gewachsen war, daß Konzessionen an die arbeitende Bevölkerung für die Kapitalisten zu einer zwingenden Notwendigkeit wurden, konnte ein gewisser rechtlicher Schutz der Ware Arbeitskraft durchgesetzt werden. Solche Konzessionen aber waren, so lehrt es die Geschichte, ständig davon bedroht, wieder rückgängig gemacht zu werden.



Das Prinzip der allseitigen Verkäuflichkeit

Die aufgeführten Beispiele sollten zeigen, daß durch die universale Ausweitung der Verkäuflichkeit (die Umwandlung von allem und jedem in Waren) die Verkehrung von Menschen in Dinge beschlossen ist, so daß sie als Ware auf den Markt kommen. Dem Kapitalisten geht es – nach Marx – nur um die Vermehrung des Tauschwertes, Gebrauchswerte interessieren ihn nicht. Für jeden Beobachter sichtbar, herrscht in der kapitalistischen Gesellschaft also Warenproduktion, d.h. eine Produktionsweise, in der die Produkte nicht für den eigenen, unmittelbaren Verbrauch, sondern für den Austausch, für den Markt hergestellt werden. Alle Gegenstände menschlicher Tätigkeit werden zur Ware, erhalten ihren Preis. Die moderne Warengesellschaft erzwingt, daß auch die Verhältnisse zwischen den Menschen im Prozeß ihrer gesellschaftlichen Produktion in Warenbeziehungen ausgedrückt werden, daß die Menschen selbst und sogar Teile von ihnen zur Ware geworden sind, sobald sich die Möglichkeit des Tauschs ergibt.

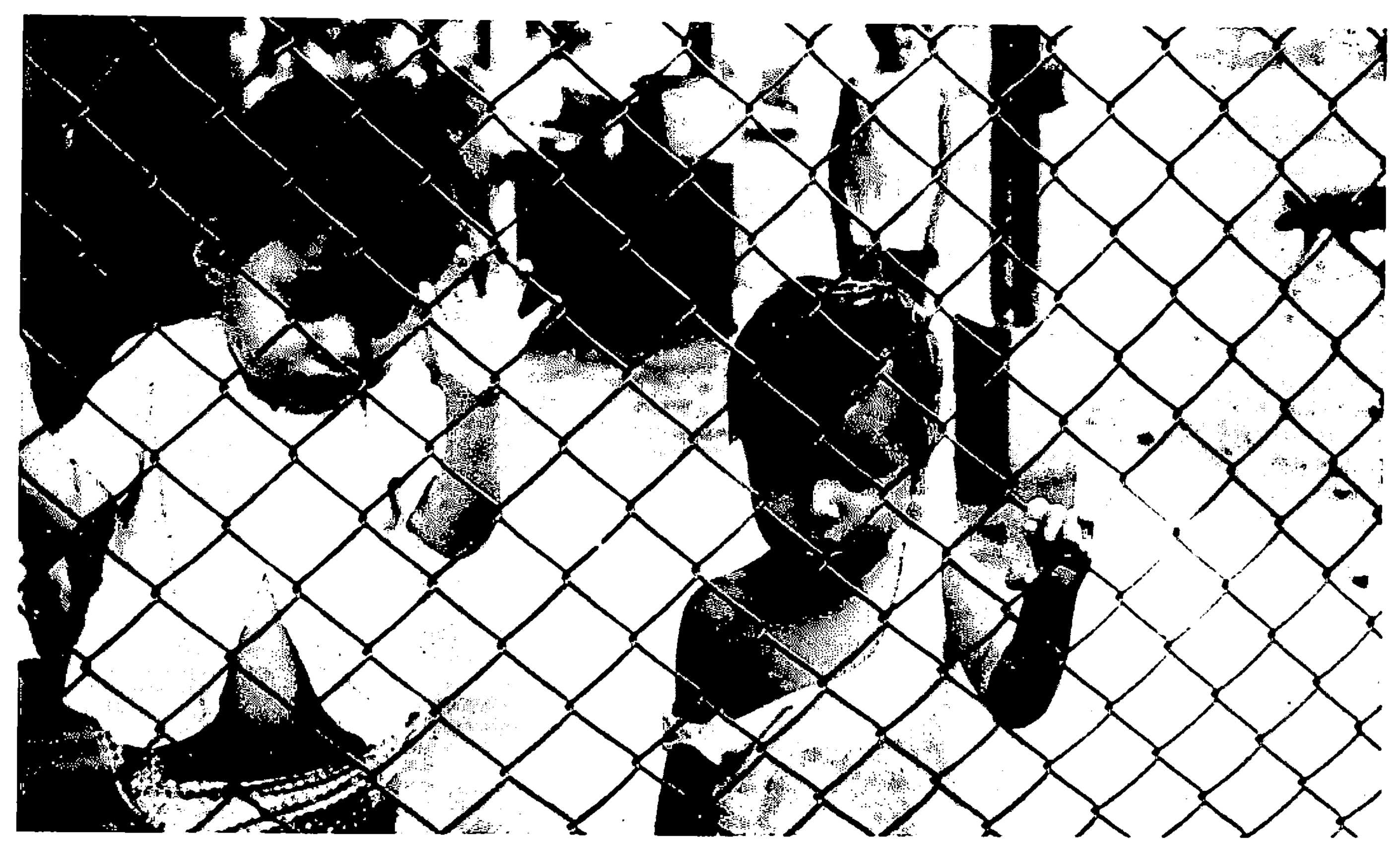
Der Verkauf der Lohnarbeit an die Besitzer von Industriebetrieben, Handels- und Versicherungsgesellschaften usw. als die gewöhnlichste und massenhafteste Form dieses Wirtschaftssystems darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es neben dieser Form noch zahlreiche andere Verkaufsformen gibt. Am Beispiel des Wirtschaftsprozesses in der Dritten Welt haben wir weiter oben gesehen, wie der Verkauf von Arbeitskraft durch die bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse vonstatten geht und wie fließend die Grenzen zwischen Sklaverei und sogenannter freier Lohnarbeit sind. Es wäre verfehlt, diese Verhältnisse als exotisch anzusehen, im Gegenteil: Wie die Enthüllungen über Leiharbeit in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt haben, sind es gerade illegal lebende Arbeitskräfte aus den Entwicklungsländern innerhalb und außerhalb Europas, deren rechtlose und abhängige Existenz-, Lebens- und Arbeitsformen deutlich zeigen, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht vor dem Rückgriff auf überwunden geglaubte historische Ausbeutungsformen zurückschreckt, wenn es der Profitmaximierung dient. Die zögerliche Behandlung dieses Themas durch die bundesdeutschen Behörden und Gerichte ist Ausdruck der Tatsache, daß beträchtliche Teile der Wirtschaft ohne diese illegalen Formen in erhebliche Schwierigkeiten gerieten. Auch die hinhaltenden Manöver jeglicher Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, den Frauen- und Mädchenhandel betreffend, sind vornehmlich auf diesem Hintergrund zu sehen: auch in diesem Bereich soll der Zustrom besonders billiger und gefälliger Arbeitskraft nicht unterbunden werden. Denn wie die herrschende Rechtsauffassung (s.o.) lehrt, soll ja das Gesetz nicht die „Eigensucht des Täters" bekämpfen, sondern lediglich der Fiktion der „freien" Vereinbarung zur Geltung verhelfen. Da eine Legalisierung des Zustroms billigster Arbeitskräfte jedoch aus arbeitspolitischen Gesichtspunkten (Schutz der einheimischen Ware Arbeitskraft durch den Druck der Gewerkschaften) heraus nicht opportun erscheint, bleibt so der status quo erhalten.

Wir sehen also einerseits, daß die Sozialordnung der bürgerlichen Gesellschaft sich nur auf der Grundlage dessen halten kann, daß alle Bereiche des Menschlichen in verkäufliche Waren umgewandelt werden, und daß sie ihre Entwicklung so lange fortsetzen wird, „wie diese universale Vermarktung aller Facetten des menschlichen Lebens einschließlich der privatesten nicht ihren Sättigungsgrad erreicht". Andererseits können unter dem Gesichtspunkt der Erzielung von Extraprofiten auch in „modernen" Gesellschaften Militarisierung der Arbeit, Zwangsarbeit, Sklavenarbeit und Menschenhandel weiterexistieren. Diese Formen der Mehrausbeutung versklavter Arbeitskräfte in den westlichen Gesellschaften sind – als ein Bestandteil dieser Wirtschaften und nicht als deren Hauptexistenzweise – doch insoweit systemkonform, als sie dem eigentlichen Ziel der Verwertung und Akkumulation des Kapitals in besonderen Sektoren der kapitalistischen Wirtschaft dienen. Und diesen Prozeß möchte, wie anfangs gezeigt, keine gesetzliche Bestimmung behindern.

Jürgen Horlemann

Zuckergußsklaverei

Der Handel mit Adoptivkindern aus der Dritten Welt



„Zuerst habt ihr uns unsere Bodenschätze und Naturreichtümer geraubt, dann unsere Männer als Sklaven und billige Arbeitskräfte ausgebeutet, später unsere Frauen und Mädchen für eure Freudenhäuser geholt, und jetzt wollt ihr auch noch unsere Kinder", äußert ein philippinischer Sozialpolitiker. Fernab solcher morlalisierenden Kritik bringt es der Manager eines großen westdeutschen Konzerns, der seine Gattin von einer Geschäftsreise nach Asien das langersehnte Kleinkind mitgebracht hatta, auf den Punkt: „Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Das Reitpferd meiner Frau war teuer." Und in der Tat, die Gesetze des Marktes: Angebot und Nachfrage, feste und frei verhandelbare Preise, Trends und Moden, direkte Abnahme und Katalogversand bestimmen auch den Handel mit Adoptivkindern, die auf vielerlei Wegen aus Staaten der Dritten Welt in westlichen Industrienationen transferiert werden.

Kinderlosigkeit in der Ersten, Kinderüberschuß in der Dritten Welt sind die Ursachen dieser menschenverachtenden Variante der Ausbeutung der wirtschaftlichen Misere des Südens durch den Norden, von der in den letzten Jahren zunehmend kommerzielle, nicht selten auch kriminelle Geschäftemacher hier wie dort kräftig profitieren. In der Bundesrepublik leben z.Z. etwa 15.000 Adoptivkinder aus der Dritten Welt.

Mehr als 50% von ihnen sind nicht durch Vermittlung der offiziellen, staatlich überprüften und anerkannten Organisationen wie terre des hommes oder den Internationalen Sozialdienst, sondern durch private, meist kommerzielle Agenturen ins Land gebracht worden. Die Kinder stammen vorrangig aus den süd- und südostasiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die hauptsächlichsten asiatischen Herkunftsländer sind Südkorea, Thailand, die Philippinen, Indien und bis Mitte 1987 Sri Lanka. In Lateinamerika sind Chile, Brasilien, die kleinen mittelamerikanischen Staaten und - wenn auch mit abnehmender Tendenz - Kolumbien und Peru bevorzugtes Arbeitsfeld der Kinderhändler. Kinder aus den Hungerregionen Afrikas finden selten einmal das Interesse westlicher Adoptiveltern. Ein „kleines Schwarzes als Zweitkind" will man sich angesichts der nicht gerade besonders ausländerfreundlichen Tendenzen in der Bundesrepublik denn doch nicht zumuten. In den letzten Monaten jedoch hat sich abgezeichnet, daß zunehmend äthiopische Kinder ins Blickfeld der Adoptionsinteressenten rücken, was sich allein daraus erklärt, daß andere, „klassische" Herkunftsländer darum bemüht sind, dem makabren Treiben Einhalt zu gebieten und große, auch entwicklungspolitisch orientierte Auslandsvermittlungsstellen in westlichen Ländern ihre Zweifel an dieser Form individueller Hilfe dadurch dokumentieren, daß sie ihre Adoptionsprogramme weitgehend einschränken.

So hat die srilankische Regierung im Juni 1987 ein generelles Adoptionsverbot für Ausländer erlassen, nachdem in der internationalen Presse zum wiederholten Mal über die seltsamen Gepflogenheiten in sogenannten Babyfarmen berichtet worden war. Die bis dahin größte Auslandsvermittlungsstelle in der Bundesrepublik, terre des hommes, hat ebenfalls Mitte des letzten Jahres nach massiven internen Auseinandersetzungen ihr Auslandsadoptionspro-

gramm drastisch reduziert. Damit steigen dann die „Chancen“ für Kinder aus Regionen, die vorher weitgehend unbeachtet waren, wie etwa Äthiopien.“ Es soll dort ja auch viele hellhäutige Kinder arabischer Abstammung geben“: so die Begründung eines dieser Adoptionsinteressenten.

Das schlechte Gewissen gutbürgerlicher Stuben

Die Bundesrepublik war - das wird oft vergessen - nach dem 2. Weltkrieg selbst Reiseziel von Adoptionstouristen aus den Staaten, die diesen Krieg als Sieger beendet hatten.

Tausende deutscher Kinder sind, „manchmal für ein Care-Paket“, nach Nordamerika, Australien und Südafrika, Nord- und Westeuropa adoptiert worden.

Noch bis in die 60er Jahre hinein haben ausländische Ehepaare in den Wochenendbeilagen westdeutscher Gazetten per Kleinanzeige nach Kindern gesucht, indem sie den meist jungen und unverheirateten Müttern großzügige Gegengaben versprochen haben. Als durch die allabendliche Fernsehberichterstattung über den Vietnam- und Biafra-Krieg Bilder von verwaisten und verelendeten Kindern in bundesdeutsche Wohnzimmer gelangten, setzte auch bei uns die Trendwende ein. Hinzu kam die günstige wirtschaftliche Lage größerer Bevölkerungsteile, die viele erst auf die Idee kommen ließ, sich den Luxus eines (zusätzlichen) Kindes zu leisten. Als dann noch der damalige Bundespräsident Scheel mit einem Adoptivkind, das seine Gattin im Rahmen des Damenprogramms in einem Waisenhaus in La Paz entdeckt hatte, von einem Staatsbesuch aus Bolivien zurückkam, und die Boulevardpresse sich in Rührseeligkeit schwelgend des „freudigen Ereignisses“ annahm, war der Damm endgültig gebrochen. Waren es anfangs nur einzelne Entwicklungshelfer, kirchliche Mitarbeiter, Handlungsbeauftragte deutscher Firmen und ein paar ployglotte Weltreisende, die sich von ihren Reisen in die Dritte Welt ein Kind mitbrachten, so setzte in den 70er Jahren ein regelrechter „run“ auf Adptivkinder aus exotischen Regionen ein.

Zeitweise gehörte es in manchen gutbürgerlichen Vororten gewissermaßen zum guten Ton, seine Aufgeschlossenheit gegenüber dem Kinderelend in der Dritten Welt auf diese Weise zu dokumentieren. Ein indischer Sozialwissenschaftler vergleicht die ausländischen Adoptionsinteressenten mit „kolonialen Damen-Kaffeekränzchen, die in früheren Zeiten Pulswärmer für arme Negerkinder strickten.“

Überwiegend sind es auch heute noch wohlsituierte, akademisch gebildete Mittelschichtsangehörige, die sich ein Adoptivkind aus der Dritten Welt leisten können und wollen. Mittlerweile sind jedoch die früher angeführten humanitären Beweggründe weitgehend in den Hintergrund getreten. Jetzt sind es vor allem unfreiwillig kinderlose Ehepaare (73%), die zu dem Boom der interstaatlichen Adpotionen beitragen. 15 bis 20% aller Ehen in der



Bundesrepublik - das sind rd. 1,5 Millionen Ehepaare - bleiben ohne leibliche Nachkommen. Ein großer Teil von ihnen sieht in einer Adoption den letzten Ausweg aus dem Dilemma. Das was die moderne Fortpflanzungsmedizin in allen Variationen der künstlichen Befruchtung bis hin zur Retortenzeugung und Leihmutterschaft als Alternativen anbietet, schlägt entweder bei ihnen nicht an - die Erfolgsquote liegt je nach Variante zwischen 10 und 60% - oder aber wird aus ethischen Gründen abgelehnt. Seit mehr als 15 Jahren aber übersteigt in der Bundesrepublik die Zahl der Adoptionsbewerber die der zur Adoption freigegebenen Kindern bei weitem. Ende 1986 wurden rund 8.000 Adoptionen (ca. 800 ausl.) für das abgelaufene Jahr verzeichnet, davon allerdings rd. 50% durch Verwandte und Stiefeltern. Mehr als 20.000 staatlich überprüfte und anerkannte Adoptionsbewerber warteten zum selben Zeitpunkt vergeblich auf die Vermittlung eines einheimischen Adoptivkindes. Viele davon schon länger als drei Jahre. Im statistischen Durchschnitt rangeln sich heute in der Bundesrepublik mehr als sechs Bewerber um ein Adoptivkind. Und die Relation verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Weit ungünstiger sind freilich die Chancen für Leidensgenossen in anderen Industrienationen der westlichen Welt. In Skandinavien, den Benelux-Staaten, selbst in den kinderreichen Staaten Südeuropas, vor allem aber in den USA und Kanada übersteigt der Anteil fremdländischer Adoptivkinder schon seit langem den einheimischer.

So leben mittlerweile in Schweden mehr als 25.000 ausländische Adoptivkinder, in den USA über 100.000. In Holland kommen mehr als 95% aller Adoptivkinder aus dem außereuropäischen Ausland.

Was liegt vordergründig auch näher, als sich dort zu bedienen, wo es Kinder im Überfluß gibt: in den verelendeten Regionen der Dritten Welt? Die Medien liefern tagtäglich passende Berichte und Bilder frei Haus, die diesem, erst einmal ganz egozentrischen, Begehren zusätzliche humanitäre Weihen verleihen. Denn unbestreitbar sterben weiterhin Tag für Tag einige 10.000 Kinder in der südlichen Hemisphäre. Weltweit mangelt es etwa 75 Millionen Kindern an grundlegenden Voraussetzungen für eine halbwegs gesicherte Existenz wie Wohnung, Ernährung, gesundheitliche Versorgung, Bildung und Erziehung. Allein in Brasilien wird die Zahl der verlassenen Kinder, deren Leben sich ausschließlich auf der Straße oder in den berüchtigten staatlichen Jugendanstalten abspielt, auf drei

Millionen geschätzt. Selbst im kleinen aber wirtschaftlich potenten Südkorea werden jedes Jahr mehr als 10.000 Kinder von ihren Eltern ausgesetzt.

Da mag es nur allzu legitim erscheinen, wenigstens einigen von ihnen dieses Schicksal zu ersparen und sie in die wohlhabenden und - behüteten Verhältnisse bei uns „hinüberzuretten". Zwar gibt es hierfür einen offiziellen Weg. Aber das legale Verfahren ist umständlich, zeitraubend und enervierend. Denn die offiziellen Vermittlungsstellen sehen sich sehr genau an, wem sie diese gewiß nicht leichte Aufgabe, ein andersfarbiges Kind aus einem fremden Kulturkreis nicht nur materiell zu versorgen, zutrauen wollen. Sie haben demzufolge umfangreiche Gespräche und Untersuchungen einer jeden Vermittlung vorgeschaltet. Und Geld kostet auch dieser Weg. Zwischen 4.000 und 6.000 DM fordern diese Stellen zur Deckung ihrer Unkosten. Wesentlich schneller - wenn auch erheblich teurer - aber kann man seinen Kinderwunsch realisieren, wenn man auf eigene Faust oder über eine kommerzielle Agentur vorgeht. Zumal die anerkannten Auslandsvermittlungsstellen bei uns zunehmend Zweifel an dieser Art individueller Entwicklungshilfe hegen und sich verstärkt der Hilfe vor Ort widmen. So konzentriert sich terre des hommes in den letzten Jahren darauf, den Kindern eine Zukunft bei ihren Eltern oder Müttern, in der Großfamilie oder Dorfgemeinschaft, sofern eine solche soziale Infrastruktur noch funktionsfähig ist, zu sichern. Dort wo dies nicht mehr möglich ist, versucht man, den Kindern ihr kulturelles, soziales Umfeld zu erhalten und inländische Adoptionsgesetze und -programme zu installieren und zu unterstützen.

Schwarzmarkt für Kinder

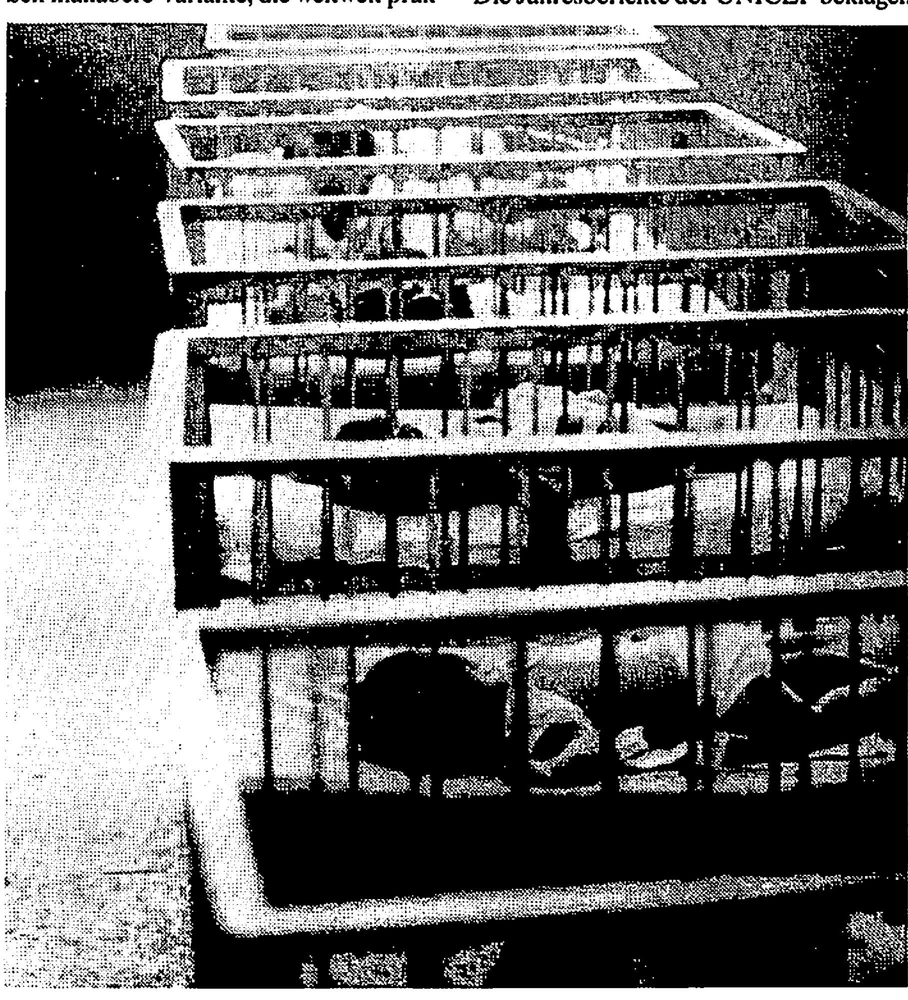
Bis zu 70.000 DM werden heute auf den grauen und schwarzen Märkten des internationalen Kinderhandels für ein Adoptivkind gezahlt. Auch ein Grund für die seriösen Vermittlungsorganisationen auszusteigen. Sie können und wollen die privaten Geschäftemacher nicht überbieten. Natürlich werden solche Preise nur für möglichst kleine, gesunde und hübsch anzusehende Kinder gezahlt. Die älteren, gar kranken oder behinderten, solche mit sehr dunkler Hautfarbe oder negroider Abstammung sind bei den privaten Adoptionsinteressenten nicht gefragt und müssen weiterhin in den trostlosen Heimen ihrer Heimatländer dahinvegetieren - im günstigen Fall. Die meisten von ihnen erreichen nicht das Erwachsenenalter.

Die Methoden, um an ein ausländisches Adoptivkind auf privaten Wegen heranzukommen, sind ebenso vielfältig wie abstoßend.

Meist werden jungen, unverheirateten Müttern, die nicht selten in ihren Heimatländern aus religiösen oder anderen Gründen massiv diskriminiert werden, die Kinder von einheimischen Kinderhändlern für Beträge zwischen 50 und 300 DM sowie ein paar Plastikschüsseln oder abgelegte Kleider als Draufgabe abgeschwatzt. Der Kinderhändler reicht die Kinder dann an westliche Adoptionsinteressenten weiter und kassiert dafür ein Vielfaches. Aber auch vor schlicht kriminellen Methoden wie Kindesentführung, Urkundenfälschung und Bestechung schrecken die Händler zumindest in den Staaten der Dritten Welt nicht zurück, während sich die kommerziellen Vermittlungsagenturen in Europa und Nordamerika darum bemühen, wenigstens den Schein der Seriosität zu wahren. Hilft hier doch ein gewisser humanitärer „touch" allemal, die „Ware" besser an den Mann zu bringen. Diese Agenturen bedienen sich wohlklingender Firmenbezeichnungen wie „Kind und Zukunft", „Stiftung für Leben, Adoption, Dienstleistung und Glück", „Stiftung Überseekontakte", die kleine Blume" oder „Christlicher Verein zur Familienförderung".

Eine besonders beliebte wie gleichermaßen makabere Variante, die weltweit praktiziert wird, ist der „Totenscheintrick" - aus dem kolumbianischen Bogotá ebenso bekannt wie aus dem indischen Kalkutta, aber auch in Entbindungskliniken auf Gran Canaria und in Instanbul schon praktiziert. Dabei wird den leiblichen Eltern eines Kindes in der Klinik vorgegaukelt, ihr Kind sei während oder kurz nach der Geburt gestorben. Sie erhalten einen Totenschein aufgestellt. Mit Hilfe einer gefälschten Geburtsurkunde wird dann das Kind gegen entsprechende Bezahlung den schon wartenden „Adoptiveltern" ausgehändigt. In der Klinik des türkischen Gynkologen Dr. O. Akkent, der sich gar mit dem Titel des Vorsitzenden des Rates der Familienplanung seines Landes schmücken durfte, wurde der Trick noch dadurch verfeinert, daß man tatsächlich gestorbene Babys in Tiefkühltruhen vorrätig hielt, um sie den eventuell fragenden Eltern als Beweis vorzeigen zu können. Solche und ähnliche Horrorgeschichten geistern seit Jahren durch die Weltpresse. So berichteten in den letzten Monaten große internationale Presseagenturen beispielsweise:

„6000 Kinder von Babyfarmen in Sri Lanka für 12.000 DM pro Kind verkauft"; „100 Indiokinder aus Peru nach Italien verkauft"; „Über 2000 brasilianische Babys für Beträge bis zu 33.000 DM an ausländische Adoptiveltern verkauft." Geschichten dieser Art füllen die Akten nationaler und internationaler Strafverfolgungsbehörden. Die Jahresberichte der UNICEF beklagen permanent die üblen Mißstände. Zwar ist die private, zumindest aber die gewerbliche Vermittlung von Adoptivkindern in fast allen Staaten der Welt mittlerweile gesetzlich verboten - eine unrühmliche Ausnahme bilden die Niederlande, die deswegen auch jahrelang Drehscheibe des europäischen Adoptionstourismus gewesen sind -, doch immer wieder versuchen zwielichtige Geschäftemacher trickreich, diese Verbote zu



Waisenhaus in Indien

umgehen. In der Bundesrepublik sind die angedrohten Sanktionen, Bußgelder bis zu 50.000 DM, zudem derart harmlos, daß selbst ein buchhalterisch wenig versierter Händler rasch eine Kosten-Nutzen-Analyse zu seinem Vorteil erstellen kann. Da hilft es auch wenig, daß schon die UN-Charta des Kindes, die 1959 von der UN-Generalversammlung verabschiedet worden ist, den Handel mit Kindern verbietet.

Und auch das Eurpäische Adoptionsübereinkommen von 1967 mit gleicher Zielrichtung, dem fast alle europäischen Staaten beigetreten sind, schreckt niemanden. Die 41. UN-Vollversammlung hat deshalb im Dezember 1986 erneut eine ausführliche Entschließung verabschiedet, die sich u. a. ebenfalls den interstaatlichen Adoptionen widmet und dafür strikte Regelungen fordert. Es besteht wenig Hoffnung, daß ihr mehr Erfolg beschieden sein wird als anderen internationalen Resolutionen und Abkommen.

Die Folgen zunehmender Verelendung

Es ist kein Zufall, daß die Kinder vor allem aus solchen Ländern geholt werden, die unter schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konflikten leiden. Dort ist nicht nur die materielle Not breiter Schichten der Bevölkerung am größten, sondern auch die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber diesen zynischen Transaktionen am geringsten, die zerfallende allgemeine Moral am leichtesten korrumpierbar. Die politischen Krisenherde der Welt lassen sich anhand der Auslandsadoptionsstatistik nahezu komplett lokalisieren. Da zudem Programme zur Geburtenkontrolle bislang weitgehend wirkungslos geblieben sind, werden eben diese Verhältnisse von den westlichen Adoptionsinteressenten zur moralischen Rechtfertigung ihres Adoptionsbegehrens genutzt.

Vergessen wird dabei, daß es kaum 100 Jahre her ist, daß auch in Westeuropa eine große Kinderzahl zum alltäglichen Erscheinungsbild vieler Familien gehörte, weil auch deren Armut gar nicht anders als durch reichen Kindersegen bekämpft werden konnte. So haben vielköpfige Familien in den traditionell wirtschaftenden Regionen der Erde auch heute noch eine gewisse Berechtigung, wenn auch die weit rascher als bei der Industrialisierung Europas fortschreitenden Zerstörung überkommener Sozialstrukturen zunehmend das Gegenteil verlangt. Die herkömmliche Großfamilie und eine intakte Dorfgemeinschaft werden vor allem in Schwellenländern wie Südkorea, Brasilien, Indien und den Philippinen über kurz oder lang aus dem sozialen Alltagsbild verschwinden. Die Zerschlagung traditionell agrarischer Produktionszusammenhänge, die vorwiegend auf Selbstversorgung zielen, nimmt aber nicht nur dort rapide zu. Das relativ hohe technische Niveau der Industrialisierung und die abrupte Mechanisierung einer monokulturellen Landwirtschaft haben zur Folge, daß vergleichsweise wenige Arbeitkräfte eine hohe Produktivität sichern können.



Mehr als sechs Bewerber rangeln sich um ein Adoptivkind

Auch bei denen, die Arbeit gefunden haben, reicht das Einkommen kaum aus, das eigene Existenzminimum zu gewährleisten. Oft genug ist die restliche Familie gezwungen, für sich selbst zu sorgen. Im günstigsten Fall werden die Kinder von Verwandten und Nachbarn mitversorgt, anderenfalls frühzeitig sich selbst überlassen, ausgesetzt oder an Vermittler verschachert, die sie als billige Arbeitskräfte außerhalb des offiziellen Wirtschaftskreislaufes vermieten oder aber an westliche Adoptionsinteressenten weiterverkaufen. So zerstört der mit westlichen Entwicklungshilfegeldern und durch Investitionen weltweit tätiger Konzerne vorangetriebene Aufbau moderner Industriestrukturen familiäre und soziale Bindungen, die noch vor wenigen Jahren in der Lage waren, allgemeine oder individuelle Not aufzufangen. Die Parallelität zwischen dem Grad der Industrialisierung eines Entwicklungslandes und dem Ausmaß der Verelendung großer Teile seiner Bevölkerung ist offenkundig. Hinzu kommt, daß weite Bereiche der Wirtschaft in diesen Ländern nicht auf die Bedürfnisse des inländischen Marktes, sondern auf den Export ausgerichtet sind.

Daher kann auch das allgemeine Lohnniveau jederzeit gedrückt werden, weil ihm keine Nachfragemacht zukommt. Die Masse der Bevölkerung ist weder als Warenproduzent noch als Konsument von Bedeutung für die einheimische Industrie. Ein Großteil der Natur- oder einfachen Industrieprodukte aus diesen Ländern wird in den Industrienationen zu Spottpreisen verkonsumiert. Dafür werden mit westlicher Kredithilfe riesige Staudämme, Fernstraßen, Atomkraftwerke oder andere gigantische Industrieanlagen gebaut und Militär und Polizei mit aberwitzigen Waffensystemen ausgerüstet. Selbstverständlich zu Preisen und Konditionen, die die westlichen Kreditgeber bestimmen. Diese Kredite fressen mittlerweile in nahezu allen Ländern der Dritten Welt die tendenziell sinkenden Exporteinnahmen mehr als einmal auf. Der Geschäftsbericht des Internationalen Währungsfonds für 1987 weist aus, daß 1986 die Verschuldung der Entwicklungsländer 169% aller Exporteinnahmen betrug, daß zwar das Exportvolumen um 8,6% angestiegen, die Einnahmen aber um 26% gesunken waren. Die Kreditschulden der Dritten Welt belaufen sich mittlerweile auf 1.100 Milliarden US-Dollar.

Sorge müssen die herrschenden Eliten in den Staaten der Dritten Welt lediglich dafür tragen, daß die desolate soziale und ökonomische Situation nicht in allgemeinem Aufruhr mündet, was die in den meisten dieser

Länder seit Jahrzehnten anzutreffenden autoritären oder diktatorischen Regierungsformen erklärt. Die z. T. frappierenden Steigerungen des Sozialprodukts, insbesondere in den Schwellenländern, können nicht verdecken, daß gerade dort Verwahrlosung, Krankheit, Unterernährung und Analphabetismus am weitesten verbreitet sind. Man nimmt es hin, daß die Sterblichkeitsrate von Kindern unter einem Jahr um ein Zehnfaches und mehr die der westlichen Industrienationen übersteigt, obwohl das Nationaleinkommen ausreichen würde, zumindest diese schlimmsten Auswüchse zu beseitigen. Soziale Programme von staatlicher Seite existieren dort kaum. Private Wohlfahrtsverbände versuchen das mit unzureichenden Mitteln zu kompensieren. Diese Länder aber können es sich unter ökonomischen Gesichtspunkten sehr wohl leisten, die Zukunft der nachwachsenden Generationen zu vernachlässigen, ohne ihre zügige Industrialisierung in Frage zu stellen.

Mangel herrscht höchstens an hochqualifizierten Arbeitskräften. Der einfache Fabrik- oder Landarbeiter ist jederzeit durch einen aus der großen Masse von Abertausenden zu ersetzen, die keinen Arbeitsplatz haben. Die hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und der gleichzeitige Überschuß an Kindern erlauben es den politisch und ökonomisch Mächtigen, die psychische und physische Gesundheit der Kinder ihrer Nation zu ignorieren. So nehmen Aussetzung und Verwahrlosung von Kindern genau so drastisch zu, wie die Befriedigung elementarer Bedürfnisse breiter Schichten der Bevölkerung abnimmt. Was liegt angesichts dieser Situation näher, als die Adoption solcher Kinder in die reichen Regionen der Erde mehr oder weniger zu dulden, auch wenn damit grundlegende Strukturprobleme in keiner Weise beseitigt, sondern eher verdeckt werden. Adoptionsinteressenten aus den reichen Staaten der Erde machen sich dies zunutze und leisten damit auch einen Beitrag zur Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse.

Hilfe - oder „privates Glück"?

In der westlichen Welt werden die moralischen und entwicklungspolitischen Dimensionen des Problems von Politikern, aber auch vielen sogenannten Experten weitgehend ignoriert oder heruntergespielt.

Die Befürworter des Babytransfers sind zudem schnell mit dem Argument bei der Hand, daß auf diese Weise wenigstens einige tausend Kinder vor dem möglichen Tod gerettet werden könnten. Jede offene Diskussion dieser politisch und emotional heiklen Angelegenheit könne nationalistische und fremdenfeindliche Reaktionen diesseits wie jenseits der Ozeane hervorrufen und dadurch Regierungen in der Ersten wie der Dritten Welt veranlassen, jegliche Auslandsadoption zu unterbinden. Verschwiegen aber wird, daß bisher ausschließlich die illegalen und kriminellen Praktiken derartige Reaktionen provoziert und damit auch die legalen Adoptionen gefährdet haben.

Als moralisch höchst verwerfliche Aufrechnung von Menschenleben werden gar Fragen danach abqualifiziert, was mit den 15.- 20.000 DM, die heute für eine Privatadoption eines Kindes aus der Dritten Welt durchschnittlich bezahlt werden müssen, alles getan werden könnte, um dasselbe Kind von der Geburt bis weit über seine Volljährigkeit hinaus medizinisch zu versorgen, zu ernähren, zu kleiden und auszubilden - in seiner Heimat.

UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, hat in seinem Jahresbericht für 1985 festgestellt, daß jährlich etwa acht Millionen Kinder der Dritten Welt an Masern, Tetanus und Keuchhusten sowie Dehydration (innere Austrocknung aufgrund von Durchfallerkrankungen) zugrundegehen. Es rechnet vor, daß durch die einfache und billige Methode der Rehydration und durch vorbeugende Impfungen die Kindersterblichkeit in kürzester Zeit halbiert werden könnte. Für weniger als fünf US-Dollar pro Kind. Bezogen auf eine andere weltweit gültige, politische Währungseinheit heißt das, daß für den Gegenwert dreier moderner Kampfflugzeuge Millionen von Kindern gerettet werden könnten. Daß aber solche Fragen und Überlegungen weder bei den politischen Machthabern und ökonomischen Profiteuren in der Ersten wie der Dritten Welt hinsichtlich der generellen Zusammenhänge von Reichtum hier und Armut dort noch bei adoptionswilligen Ehepaaren, denen es - nur - um ihr kleines, privates Glück geht, verfangen, liegt aber auf der Hand. Der brasilianische Theologe Helder Câmara hat seine Erkenntnisse darüber einmal so umschrieben: „Als ich den Armen etwas zu essen gab, nannte man mich einen Heiligen. Als ich aber fragte, warum die Armen nichts zu essen haben, nannte man mich einen Kommunisten."

Und so werden auch weiterhin die psychische Notlage vieler kinderloser Ehepaare in den Industrienationen der westlichen Welt und das materielle Elend der Kinder und ihrer Eltern in den Entwicklungs- und Schwellenländern unter dem Deckmantel angeblicher Humanität gewinnträchtig ausgebeutet werden können. Das Geschäft mit diesen Kindern ist nur ein unbedeutender Teil jener Geschäfte, die auf Kosten von Millionen Menschen in den armen Regionen der Erde ohnehin gemacht werden.

Rolf P. Bach

Blut ist Leben — und Leben verkauft man nicht.

Die Bundesrepublik hat den höchsten Blutprodukteverbrauch pro Kopf der Welt. Über die Hälfte davon wird importiert, hauptsächlich aus den USA, aber auch aus der Dritten Welt. In jedem Fall aber von den Armen, die mit der Plasmaspende aus Menschenblut ihr Einkommen verbessern wollen. Egal, ob in Texas, Bogota oder Rio de Janeiro. Viele von ihnen fanden den Tod, da sie zu häufig und zu viel von ihrem Lebenssaft verkauften.

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) verurteilt die Kommerzialisierung des Rohstoffes Menschenblut. Im Rahmen seiner Pharma-Kampagne stellt der BUKO umfassende Untersuchungen über den internationalen Handel mit menschlichem Blutplasma an und informiert die Öffentlichkeit über diese Mißstände.

Die Pharma-Kampagne des Bundeskongreßes entwicklungspolitischer Aktionsgruppen hat bis Ende 1987 3.400 Unterschriften gegen den Mißbrauch von Blutimporten gesammelt, die 1988 dem Gesundheitsminister übergeben werden sollen. Aber die Konzerne wie Bayer und Hoechst wehren sich gegen diese Auflagen. Und die Bundesregierung deckt deren Interessen, so daß bis heute nicht einmal die schon seit vielen Jahren von Dritte-Welt-Gruppen geforderte Herkunftsbezeichnung aller importierten Blutprodukte durchgesetzt wurde. Mittlerweile ist jeder zweite Bluterkranke mit dem HIV-Virus (AIDS) infiziert. Dies hätte in diesem Ausmaß verhindert werden können, wäre der lebenswichtige Gerinnungsstoff aus menschlichem Blut nicht aus den USA und anderen Ländern importiert worden.

Siegfried Pater

In der Reihe Süd-Nord erscheint im Lamuv-Verlag jetzt ein Büchlein zum Thema: Siegfried Pater — Zum Beispiel Blut, 128 S., DM 7,80.

Die wehrlosen Opfer im Warenlager Dritte Welt



Mit dem Buch „Der neue Sklavenmarkt" versuchte Heinz G. Schmidt, die Gerichte auf menschenverachtende und verbrecherische Praktiken aufmerksam zu machen. Die wenigen Fälle, die vor Gericht behandelt wurden, führten zu Freisprüchen oder zur Einstellung der Verfahren. In einem Fall wurde er selbst verurteilt, weil er jemanden einen Menschenhändler nannte. Sein neues Buch, das bisher noch nicht erscheinen konnte, enthüllt die Praktiken auf dem internationalen Kindermarkt. Im folgenden Beitrag beschreibt der Autor seine Erlebnisse und Erfahrungen, die er während seiner Recherchen machen mußte.

Eigentlich wollte ich die Arbeit schon ganz zu Beginn der Recherchen abbrechen. Ekel war es nicht allein, mehr plagten mich wachsende Schuldgefühle, einerseits an diesen schmutzigen Geschäften beteiligt zu sein, andererseits als Journalist, der zu beobachten und zu berichten hat, so wenig nur tun zu können. Dann nannte ich die Arbeit „Reportagen vom schmutzigsten Geschäft der Welt", sie kostete mich zwei Jahre, eine Serie von Auslandsreisen durch Europa und Lateinamerika und über Monate hinweg den Schlaf.

Am Ende sollte ein Buch stehen, das nicht enthüllt, wer Kinder für Sex und Porno benutzt, sie auf den Adoptionsmarkt und auf den internationalen Arbeitsmarkt schickt, sie in die wahnsinnigste menschliche Unternehmung stürzt, den Krieg. Die Reportagen des Buches enthüllen lediglich, daß dies alle mit unserem Wissen, mit unserer Zustimmung und teilweise auf unseren Wunsch hin geschieht. Und daß es weiterhin geschieht, täglich, auch heute.

Natürlich sind die meisten Praktiken, die in diesen Reportagen geschildert werden, illegal. Sie sind von den Vereinten Nationen geächtet und von fast allen Staaten der Welt als Verletzung der Menschenrechte in die Verfassungen und Grundgesetze aufgenommen worden. Sie können, wenn sie denn bekannt werden, Krisen auslösen und die Auflagen von Boulevardblättern steigern. Entsetzt würden Mütter und Väter nach Richtern, Staatsanwälten, vielleicht nach dem Henker rufen. Ein Aufschrei würde durch die Nation gehen, alle Regierungen, Oppositionen wären sich einig — wenn so etwas bei uns geschähe.

Aber: Meine Reportagen handeln von den Kindern Lateinamerikas. Meine Recherchen habe ich hauptsächlich in Ländern der Dritten Welt betrieben, wo wir uns, nach herrschender Überlegenheitsideologie, bedienen dürfen: zuerst waren es Rohstoffe, dann die Arbeitskräfte, schließlich versuchten europäische Männer auch ihre emotionalen Defizite mit Frauen aus Übersee zu kompensieren. Und nun also sind es die wehrlosesten Opfer im Warenlager Dritte Welt.

Daß es immer die Wehrlosen sind, gehört zum Machtverständnis derjenigen, die sich für überlegen halten: Auch in Europa werden solche schmutzigen Geschäfte gemacht mit Zigeunerkindern, mit mandeläugigen Kindfrauen, mit den Kindern der sogenannten Neuen Armut. Ökonomische und soziale Benachteiligung, womöglich durch eine entsprechende Politik gefördert, fügt der wachsenden Machtlosigkeit noch die Verfügbarkeit zu, setzt die Hoffnungslosen und Wehrlosen dem Kauf- und Konsumrausch der sogenannten „Erfolgreichen" aus.

Bei den wenigen Fällen, die von diesem verbrecherischen Kindermarkt bei uns einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und vor Gericht verhandelt werden, läßt das Interesse bald nach. Und die Fälle, die sich in Asien und Afrika und Lateinamerika abspielen, sind den Journalisten gerade zehn Zeilen, den Juristen nur in den seltensten Fällen eine Strafverfolgung wert. Wer sollte auch klagen, wo doch „nur" das Leben oder die seelische Unversehrtheit eines Kindes aus Lateinamerika auf dem Spiel steht? Wie wollte man die Verantwortlichen dingfest machen?

Armut, Unterdrückung, Ausgeliefertsein dieser Kinder und ihrer Familien ma-



chen einen Teil dieses Kindermarkts erst möglich. Was für mich mehr zählt, ist allerdings die Gleichgültigkeit, mit der wir diesen Markt, auf dem wie überall Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen, zulassen. Und, wie meine Recherchen erbrachten, auch wünschen.

Die meiste Zeit verbrachte ich in Lateinamerika, weil es mir auszureichen schien, die Geschäfte mit Kindern auf einem Kontinent der Dritten Welt aufzuzeigen.

Zum Beispiel in Guatemala, wo ich mühsam das Geburtsregister der Hauptstadt durchforstete und herausfand, daß über hundert europäische und US-amerikanische Ehepaare ausgerechnet in den Monaten Dezember und Januar, also zur Hauptreisezeit Geburten haben eintragen lassen, also Kindern ihren Namen gaben, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht immer die eigenen waren. Woher hatten sie die Babies? Wo sind die Mütter dieser Kinder? Und warum gerade Kinder aus Guatemala?

Oder in Bogota, wo die Firma Philip Morris, wie mir ein Sozialarbeiter berichtete, ihren Marktanteil am Zigarettenmarkt Kolumbiens auf Platz Eins hat bringen können, dank der ambulanten Zigarettenverkäufer, die zu mehr als 80 Prozent Kinder sind, und die zumeist ausschließlich mit Marlboro ausgestattet sind.

Oder zum Beispiel in Amsterdam, wo ich Hefte mit kleinen nackten Thaimädchen und dicken behaarten europäischen Männern kaufen konnte, obwohl das natürlich streng verboten ist. Fotos von Touristen, die sich Sexualvergnügen suchen, die selbstverständlich unter Strafe stehen.

Oder in der Dominikanischen Republik, wo alte Schwule aus den USA, die beim Rennen um die Jungen daheim nicht mehr mithalten können, jetzt „black is beautiful", ihre Vorliebe für dunkelhäutige kleine Jungen entdeckt haben. Für fünf bis zehn Dollar haben sie die freie Welt.

Als Journalist ist man häufiger als allgemein angenommen wird in Versuchung, die Sachen hinzuschmeißen, die Arbeit abzubrechen, das Thema fallenzulassen. Nicht nur aus Ekel und Scham. Auch aus Unfähigkeit, mit dem, was man recherchiert, fertigwerden zu können. Welche meiner Reportagen, so habe ich mich beim Schreiben gefragt, wäre auch nur eine Nachricht auf der Seite „Aus aller Welt" wert gewesen?

Dann verfällt man auf die Denunziation: Man nennt Namen, zeigt Zusammenhänge auf, weist mit dem Finger auf Schuldige. Hofft, daß die Kollegen von der Seite „Aus aller Welt" vielleicht dadurch aufmerksam werden, wünscht vielleicht gar, daß ein Gericht sich der Sache annehmen möge. Ich bin inzwischen davon überzeugt, daß unsere Gesetze oft ebenso rassistisch und menschenverachtend sind wie unsere Gesellschaft. Daß unser Recht nur unser Recht verteidigt, will sagen: das der jeweils Stärkeren. Und das sind, auf internationalem Markt, die Industrieländer des Westens.

In meinen Reportagen und Interviews zum Thema Kindermarkt, in denen von Kinderarbeit und Ausbeutung von Kindern, vom Waisenkindermarkt, von Patenschaften und Adoptionen, von Kinderporno, Kinderprostitution und Kinderhandel berichtet wird, geht es eigentlich also gar nicht um Kinder. Eher um deren Verfügbarkeit, die größer wird, je reicher und skrupelloser diejenigen werden, die auch ansonsten den Markt beherrschen.

Heinz G. Schmidt

(Aus: terre des hommes, 4/87)



Illegaler Handel in Indien: Nieren zum Verkauf

Der Inder N. V. Selvam hat nichts zu verstecken. Auf seiner Visitenkarte nennt er sich gleich offiziell „Nieren-Agent". Illegal sind Selvams Geschäfte dennoch. Der indische Agent hat bereits über 70 Nieren-Transplantationen arrangiert. Und auf seiner Warteliste stehen 50 weitere Nieren-Spenderinnen und -Spender.

Selvam ist einer der zentralen Figuren im Geschäft mit Nieren in Indien. Der Handel blüht: Allein in Bombay werden damit, schätzte die britische Monatszeitschrift „New Internationalist" Ende Oktober, 10 Millionen Dollar im Jahr umgesetzt. Agenten wie Selvam überzeugen mittellose Inderinnen und Inder davon, gegen Bargeld eine Niere an wohlhabende Patienten zu spenden.

Dabei profitieren die Agenten von einer Notsituation. Rund 37.000 Menschen erkranken in Indien jährlich an einem Nierenversagen. Nur wenige davon haben allerdings die Chance für eine fachgerechte Behandlung. Entweder finden die Patienten einen Spender oder sie können sich die Niere eines gerade Verstorbenen transplantieren lassen.

Gerade die Transplantation von Nieren Verstorbener ist in Indien allerdings - von zwei Ausnahmen abgesehen - in allen 24 Bundesstaaten verboten. Und wenn die Operation legal ist, braucht es technisch hoch entwickelte Geräte und international qualifiziertes Personal, um den Eingriff innerhalb 24 Stunden durchzuführen. Dazu kommt ein zweites Hindernis im indischen gesetz.

Konsequenz: Die Nachfrage nach Spendernieren ist groß und damit eine lukrative Marktlücke für Agenten. Diese kassieren pro Niere bis zu 7000 Dollar. Die Spender hingegen erhalten davon drei bis bestenfalls 14 Prozent.

Gegen den illegalen Nieren-Handel regt sich in Indien Opposition. Ärzte fordern, die Transplantation von Nieren Verstorbener zu legalisieren. Sie befürchten, daß sich der Handel international ausbreitet. Denn Nieren sind auch in den industrialisierten Ländern Mangelware. Die Preise der indischen Agenten sind im internationalen Vergleich sogar billig. Bereits ließen sich denn auch arabische Patienten in indischen Spitälern Nieren transplantieren. Und indische Zeitungen berichten von Nieren-Spendern, die von Indien zu Patienten in Frankfurt und Los Angeles geflogen wurden.

Madeleine Hadorn
Informationsdienst 3. Welt

Alle Frauen sind Fremde

Der patriarchalische Blick auf die Frau



Anläßlich der Eröffnung des „Visit Thailand Years" 1987 *Foto: J. Wetterich*

Schon immer gehörte es in patriarchalischen Gesellschaften zu den männlichen Privilegien, Frauen als Ware zu betrachen. Mann konnte sie nach Belieben tauschen, kaufen und verschenken.

„Frauen waren die erste kolonisierte Gruppe, und das kolonisierte Gebiet sind nach wie vor unsere Frauenkörper" stellte schon Kathleen Barry 1971 fest. (Barry 1983:219) In den letzten 20 Jahren hat sich durch die Arbeit von Frauengruppen an diesem gesellschaftlichen Verständnis einiges geändert, dennoch ist das Ausmaß der Gewalt kaum geringer geworden. Die Diskussion um den sexuellen Mißbrauch von Mädchen hat deutlich gemacht, wie früh Frauen mit direkter Gewalt konfrontiert werden, die Anzahl der mißhandelten Frauen ist nicht geringer geworden und immer noch stellt Vergewaltigung eine reale Bedrohung für jede Frau dar.

Auch die Gewalt gegen ausländische Frauen durch Zwangsprostitution und Frauenhandel ist Ausdruck der patriarchalischen Bedürfnisse und der gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse. Die meisten Menschen akzeptieren ohne weiteres, daß die sog. 1. Welt sich die Reichtümer der „3. Welt"-Länder einverleibt. In diesem Sinne ist es nur folgerichtig, die Frauen dieser Staaten als ausbeutbare Rohstoffe zu betrachten.

Das Geschäft mit der Ware Frau blüht, ob als Prostituierte, die bindungslose, verpflichtungsfreie, auf Männer zugeschnittene Sexualität anbietet, oder als Ehefrau, die zusätzlich noch Haus- und Reproduktionsarbeit leistet und damit eine umfassende Versorgung garantiert. Die Heiratshändler spielen mit dem Wunsch europäischer Männer nach untergeordneten Kindfrauen die Mann „noch mit einem Kilo Weintrauben beglücken (kann), wo es bei unseren Frauen manchmal nicht ein Pelzmantel tut". Endlos ist die Aneinanderreihung rassistischer Vorurteile: Asiatinnen preist man z.B. als „anschmiegsam, treu, liebevoll" an, bei Lateinamerikanerinnen gehört dagegen eher das „rassig" zum Verkaufserfolg. Ihre Herkunftsländer ändern sich entsprechend der Mode und Trends des Ferntourismus. So standen Anfang der 80er Jahre bei den Heiratsinstituten die thailändischen Frauen nicht mehr so hoch im Kurs, da Thailand von den Käufern inzwischen mit Bordellkultur gleichgesetzt wurde. Es scheint sich eine interne Marktaufteilung ergeben zu haben, bei der die thailändischen Frauen für die erotischen Ferienfreuden ausländischer Männer sorgen sollen, während die Philippinen vorrangig den Markt mit katholischen jungfräulichen Ehefrauen versorgen. Doch auch das kann sich schnell ändern. Nachdem in Süddeutschland Ende 87 zehn auf thailändische Frauen spezialisierte Heiratsinstitute geschlossen wurden (Verdacht auf Menschenhandel), kamen zwei Monate später verstärkt Brasilianerinnen auf den Markt. (SZ 20.2.88)

Hier werden Frauen mit Hilfe von Projektionen vermarktet, die in Europa eine lange Tradition haben. Da sich die Projektionen immer direkt auf den eigenen kulturellen und gesellschaftlichen Kontext beziehen und auf Defizite hinweisen, ändern sich die Themen über Jahrhunderte. Bezüglich der Bilder zu fremden Frauen findet sich jedoch eine erstaunliche Kontinuität. In der Literatur, angefangen 1768 von Bougainvilles Reisebericht zu Tahiti über Flauberts Orientreisebuch bis hin zum heutigen Reiseführer, werden sie vor allem

über Sexualität definiert. Sie repräsentieren entweder natürlich sexuelle Freiheit oder raffinierte Verführungskünste. So schreibt Bougainville über den Kontakt mit den Bewohnern von Tahiti: „In den Pirogen fanden sich viele Weiber, die den Europäerinnen in Ansehung ihres schönen Wuchses den Vorzug streitig machen konnten und die auch sonst nicht häßlich waren. Die meisten dieser Nymphen waren nackend (...) Die Männer (...) suchten uns zu bewegen, eine Frau zu wählen, mit ihr an Land zu gehen, und sie gaben uns zu verstehen, auf welche Art wir uns mit ihr beschäftigen sollten (...) Aller Vorsicht ungeachtet kam ein junges Mädchen auf das hintere Verdeck und stellte sich an eine der Luken über dem Gangspill. Diese Luke stand offen, damit die Leute am Spill frische Luft bekamen. Sie ließ ungeniert ihre Bedeckung fallen und stand vor den Augen aller da wie Venus, als sie sich dem phrygischen Hirten zeigte. Sie hatte einen göttlichen Körper." (Wilke-Launer/Launer 1987:106)

Es ist schon erstaunlich, wie ähnlich diese Beschreibung mit heutigen, von europäischen Männern geschriebenen Reiseberichten z.B. zu Thailand ist. Der Besuch einer Prostituierten wird mit der „natürlichen" Einstellung der Thailänderin zur Sexualität gerechtfertigt. „Die Individualität der Thais ist das eine, die leicht zugängliche und nicht verpönte Sexualität das andere. Wenn Sie einem Thai erzählen, Sie fänden sein Land so gut, weil Sie so viel Vergnügen mit den Mädchen haben, dann wird der selten beschämt sein. Ein Kompliment? Warum nicht?" (E. Schief 1986:9)

Durch solche Projektionen wird die fremde Frau entweder idealisiert oder abgewertet, jedoch nicht als eigenständige Persönlichkeit akzeptiert. Obwohl es bei oberflächlicher Betrachtung dabei um zwei unterschiedliche Ebenen geht, einerseits das Verhältnis zwischen Europäern und Fremden und andererseits um Mann und Frau, sind beide in ähnlicher Weise idealisiert.

Sigrid Weigel, (1937) sieht in dem gleichartigen Blick des europäischen Mannes auf die Frau, also auch auf die in der eigenen Kultur und auf den „exotischen Menschen", zwei strukturanaloge Konzepte. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, daß sich im Laufe der europäischen Kulturgeschichte eine Zuordnung der Frau zur Natur gebildet hat. Sie entstammt den patriarchalischen Vorstellungen zum weiblichen Geschlechtscharakter, die Frauen auf ihre reproduktiven Funktionen sowohl im physischen als auch psychischen Sinne reduziert. In der Logik der patriarchalisch-kapitalistischen Systeme ist sie damit so ausbeutbar wie andere natürliche Ressourcen, ihre Arbeit, z.B. Reproduktion, wird negiert und zur Biologie erklärt. Die Zuordnung zur Natur und die Abwertung ihrer Arbeit trifft oft auch auf die Fremden zu, sie werden nicht in ihrer positiven Differenz und Andersartigkeit akzeptiert. Damit stehen Frauen wie auch die Fremden außerhalb der männlich geprägten Zivilisation/Kultur, sie werden zum Anderen. Frauen und Fremde werden durch die Ausgrenzung austauschbar, die Frau oder allgemein das Weibliche kann zum Fremden und Exotischen werden, wie umgekehrt die Fremde zur echten Frau bzw. zum natürlich Weiblichen wird. Auf beide werden männliche Angst- und Wunschphantasien projiziert. Je nachdem, was für ideologische Bruchstellen in einer Gesellschaft existieren, kann in das Fremde/die Frau positiv oder negativ projiziert werden. Meist bestehen aber romantisch-idealisierende Elemente gleichzeitig mit Zuschreibung von mangelnder Kultur und Barbarei. Der strukturanaloge Zusammenhang von Sexismus und Rassismus geht soweit, daß abwertende Diffamierungen von Fremden oft mit weiblichen Eigenschaften einhergehen. „Alle Eigenschaften, die in einer christlich-patriarchalischen Kultur Frauen zugeschrieben werden, dauernde sexuelle Verführbarkeit, Kindlichkeit, geringe geistige Kräfte aber auch reichliches Gefühlleben und geringe Selbstdisziplin sowie Unoriginalität, sind immer wieder auf ethnische Minderheiten, auch auf unterdrückte Mehrheiten oder andere Völker insgesamt übertragen worden." (Jannsen-Jurreit 1979:88)

Aufgespießt

„Philippinin: ***Anschmiegsam, genügsam, Nachteil: Heiratet, um versorgt zu sein.*** **Jugoslwawin:** ***Natürlich, temperamentvoll. Nachteil: Wird leicht dick.*** **Österreicherin:** ***Sparsam, modisch. Aber putzt gern, rechthaberisch.*** **Italienerin:** ***Lebenslustig, fantasievoll in der Liebe. Aber Spaghetti-Einheitsküche.*** **Französin:** ***Starke erotische Ausstrahlung, aber sehr teuer.*** **Thailänderin:** ***Unterwürfig, treu, sparsam. Aber friert ständig.*** **Holländerin:** ***Wie deutsche Frauen.*** **Amerikanerin:** ***Guter Kumpel, heiter, aber oberflächlich.*** **Schwedin:** ***Idealfrau, äußerlich. Aber nicht sehr treu."***

Eine Studie der Universität Braunschweig über Ausländerinnen, die mit deutschen Männern verheiratet sind — wie sie vom Springer-Blatt „Bild" zusammengefaßt wurde.

D/R/S

Simone de Beauvoir seiht in dieser Ausgrenzung und Abwertung von dem „Anderen" einen Mechanismus, der patriarchalische Macht stützt. Auf sie stützt sich die Identitätsbildung des Mannes wie sie auch eine konstituierende Funktion für die patriarchalische Gesellschaft hat. Das Andere steht für die bedrohlichen Teile des Selbst, z.B. Sexualität, die durch die Abspaltung beherrschbar werden. Durch die Abspaltung der Ängste und Ersetzung durch ein Objekt (Frau/Fremde) hofft der Mann, seine eigenen sexuellen Wünsche kontrollieren zu können. So braucht er sich nicht zu ändern, die Kontrolle der Frau/des Fremden ersetzt ihm die Auseinandersetzung mit sich selbst.

In der ausländischen Frau treffen sich die beiden Projektionsebenen zu Exotik und Weiblichkeit. Die auf sie projizierten Bilder zeigen uns viel von dem Bewußtseinsstand deutscher Männer und sagen nichts über die Frauen aus. Doch werden rassistische Stereotypen nicht nur von Männern gebraucht. Gerade bei der Diskussion um den Heiratshandel sehen manche deutsche Frauen in den ausländischen Frauen entweder ausgelieferte Handelsobjekte oder angepaßte unterwürfige Weibchen. Sicherlich haben Frauen, die in Verhältnissen der Sklaverei wie bei der Zwangsprostitution leben, reinen Objektcharakter, aber man wird den meisten Frauen, die über Heiratshandel in die Bundesrepublik gekommen sind damit nicht gerecht, wenn man sie darauf reduziert. Der Entschluß, Prostitutierte zu werden oder der Mut, als Ehefrau in ein fremdes Land zu migrieren sind Entscheidungen, die sich für die einzelne Frau als selbstgewählte Lebensstrategie darstellen können. Sie ist somit auch handelndes Subjekt, auch wenn es uns manchmal schwerfällt, ihre Handlungsmotivationen nachzuvollziehen, die sich außerhalb der ökonomischen Situation auch auf religiöse und kulturelle Werte beziehen. So kann es für unser Verständnis von „Frauenleben" schwierig sein, die Aufopferungsbereitschaft bis in die Prostitution der südostasiatischen Frau als Versorgerin der Eltern und Familie zu begreifen und ihre feste moralische Bindung an diese Rolle der loyalen Tochter zu akzeptieren.

Es kann aber ohne weiteres der Fall sein, daß zur Verwirklichung bestimmter Lebensstrategien die Frauen unsere Projektionen benutzen, um ihren Marktwert zu steigern oder um Hilfe zu bekommen. Vielen sind die Bilder der europäischen Männer bekannt und einige versuchen auch, ihnen zu entsprechen, um so ihre Ziele zu erreichen. Die ausländische Frau hinter diesen Projektionen wird dabei kaum deutlich. Ihre Ängste, Wünsche und eigenen Vorstellungen finden kaum Ausdruck in den Gewaltverhältnissen, denen sie hier unterworfen sind.

Heidi Thiemann

Literatur:

1) Kathleen Barry: Die sexuelle Versklavung von Frauen, Berlin 1983
2) Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht, Hamburg 1968
3) M. Jannsen-Jurreit: Sexismus. Über die Abtreibung der Frauenfrage, Frankfurt 1979
4) Wilke-Launer/Launer: Sexotik. Biedermann im Paradies. In: Exotische Welten-Europäische Phantasien, Institut für Auslandsbeziehungen (Hrsg.), Stuttgart 1987
5) E. Schief. Prostitution in Thailand. In: Prostitution für Touristen, Einstein Bookstore (Hrsg.), Manila 1986
6) Sigrid Weigel: Die nahe Fremde — das Territorium des „Weiblichen". Zum Verhältnis von „Wilden" und „Frauen" im Diskurs der Aufklärung. In: T. Koebner/G. Pickerodt (Hrsg.): die andere Welt — Studien zum Exotismus, pp. 171—199, Frankfurt 1987

Prostitutions-tourismus in Thailand



Umzug zur Eröffnung des „Visit Thailand Year 1987" in Bangkok

Die Tourismusindustrie übernahm die von dem amerikanischen Militär geprägte Infrastruktur der sexuellen Dienstleistungen. Daraus entwikkelte sich der sogenannte Prostitutionstourismus. Mit Prostitutionstourismus bezeichne ich eine Form des Tourismus, bei der die Touristen in ein Land reisen mit dem Ziel, sexuelle Dienstleistungen zu kaufen. In großen Dimensionen ist das nur möglich, wenn zwischen beiden Ländern auch ein drastisches ökonomisches Gefälle besteht. Dadurch ist der Prostitutionstourismus kein gleichberechtigter Austausch, sondern Ausbeutung.

Thailand bezog bis Anfang der 70er Jahre seine Devisen größtenteils aus dem Export landwirtschaftlicher Produkte, die den Schwankungen des Weltmarktes unterworfen sind. Die thailändische Regierung erkannte bald, welche Bedeutung dem Tourismus zur Sicherung der Deviseneinkünfte zukommt. Das Jahr 1980 wurde zum „Jahre des Tourismus" erklärt, Flughäfen wurden vergrößert, Hotels gebaut und die Einreisebedingungen erleichtert. Der Tourismus avancierte damals zur zweitgrößten Devisenquelle.
Die Organisation des Tourismus liegt bei der staatlichen „Tourist Authority of Thailand", TAT, die auch die Werbung organisiert (ASIAN Women 1981:22). Nach dem Erfolg mit dem „Jahr des Tourismus 1980" wurde auch 1987 unter dieses Motto gestellt. Die Anzahl der Touristen war 1986 schon um 15,5 % (gegenüber dem Vorjahr) auf 2.818.000 — so hoch wie nie zuvor — angestiegen. Der Anteil der deutschen Touristen erhöhte sich um 20 % auf 119.441. Heute machen die Einnahmen aus dem Tourismus den größten Anteil der Devisen aus und überrunden damit die Einnahmen aus dem Reisexport.

Von seiten der Regierung bestehen konkrete Vorstellungen über die Motive, die Männer aus reichen kapitalistischen Staaten nach Thailand reisen lassen. Der ehemalige Vizepräsident Thailands und internationale Bankier Bonchu Rojanasathien empfahl den Gouverneuren der einzelnen Provinzen, mehr Vergnügungszentren für die Touristen einzurichten, um so Arbeitsplätze zu schaffen.

Er sagte: „Within the next two years, we have need of money. There for I ask all governors to consider the natural scenery in your provinces, together with some forms of entertainment that some of you might consider disgusting and shameful because they are forms of sexual entertainment that attract tourists. Such forms of entertainment should not be prohibited of only because your are morally fastidios. Yet explicit obscenities that may lead to damaging moral consequence should be avoided within a reasonable limit. We must do this because we have to consider jobs that will be created for the people.(Skrobanek 1983:39 aus 'Matichon' Oct.18.1980) Die versprochenen Arbeitsplätze in der Tourismusindustrie beinhalten für die Frauen meist die Bereitschaft zur Prostitution. Sängerinnen, Tänzerinnen und Kellnerinnen erhalten Löhne, die nur bei Zuverdienst durch Prostitution existenzsichernd sind. Der Erfolg dieser Politik läßt sich am Männeranteil der gestiegenen Besucherzahlen ablesen. 1979 waren von den 200.000 japanischen Touristen rund 80% männlich. 1980 lag der gesamt-prozentuale Anteil der Männer an der Besucherzahl von 2,2 Mio. bei 71,1% (Kasch 1981:3), was sich bis heute kaum veränderte. Auch die Annahme, daß die Verbreitung der Viruskrankung Aids zu einem Niedergang des Prostitutionstourismus führen würde, hat sich bisher nicht bewahrheitet.

Sexreisen werden in den reichen Ländern wie Deutschland, Schweiz, Holland, USA, Japan und in letzter Zeit immer mehr auch im islamischen mittleren Osten organisiert und halb verdeckt in Reisebroschüren angeboten. Es gibt ausgesuchte Programme für alleinreisende Männer, die in besonders „toleranten Häusern" (TUI) absteigen. Dabei wird immer wieder das bekannte westliche Klischee der anschmiegsamen, unterwürfigen Asiatin beschworen, um Besucher ins Land zu locken. So die Reklame der Thai-International Fluglinie: „Die Hände zusammengelegt, ein leichtes Neigen des Kopfes, ein bezauberndes Lächeln und ein Hauch von 'Sawasdee': Willkommen." Die deutsche Botschaft und das Gotheinstitut bekommen häufig Briefe von Männern, die ihre Wünsche an das Ferienland expliziert äußern.(...)

Wie sehr sich solche Reisen schon etabliert haben sieht man an den Reiseführern zu Thailand, die ganze Kapitel dem 'Angebot an Frauen' widmen und mit Adressen empfehlen. Davon sind auch die seriösen führer wie Allianz-Baedecker betroffen. In der letzten Ausgabe zu Bangkok standen nicht nur Hinweise zu Coffee shops, in denen ein „fester Stamm hübscher und gepflegter junger Damen" zu erwarten sei, sondern wurden als besonderer Tip taubstumme Mädchen empfohlen, da sie „im Wunschlesen konkurrenzlos sind". Dieser frauenverachtende Hinweis wurde erst durch öffentlichen Protest, u.a. der SPD-Abgeordneten Däubler-Gmelin aus der nächsten Auflage herausgenommen (FR 5.8.86).

Neben dem Tourismus spielt auch heute noch das ausländische Militär eine wichtige Rolle für die Prostitution. In dem Badeort Pattaya legen regelmäßig US-Militärschiffe an. Die Infrastruktur des Ortes ist vollkommen auf die Arbeit der Prostituierten abgestimmt. In kürzester Zeit müssen hier tausende von Männern 'versorgt' werden. Die Zeitung „Nation" berichtet von 10.000 US-Soldaten, die im Mai 1984 innerhalb von 4 Tagen 7,5 Mio. Baht in Pattaya ausgaben, was von der Hotel Association als großer Erfolg gefeiert wurde. Die „Hotel Association" bemüht sich um weitere Militärschiffe (Nation 26.8.1984). Auch von staatlicher Seite ist man sich über die wirtschaftliche Bedeutung dieses 'Badeortes' bewußt. Angestellte des „Public Welfare" veranstalten in Pattaya Treffen mit dem Thema: 'Der Charme der Mädchen von Pattaya' (Nation 15.8.1986). Dort werden die Frauen ermahnt, sich in angemessener Weise den lo-

Das „Visit Thailand Year" 1987, eine mit kulturellen Attraktionen werbende Kampagne der thailändischen Tourismusbehörde, verzeichnete einen neuen Rekord! 3,1 Mio. Touristen bereisten Thailand, 45 Mrd. Baht (ca. 3,4 Mrd. DM) an Devisen wurden eingenommen. (BfAI März 1988)

Damit ist der Tourismus die absolute Nummer eins als Devisenbringer, Thailand hofft, dank seiner touristischen Einnahmen in fünf Jahren, seine Auslandsschulden zurückzahlen zu können. Die touristische Planung setzt auf ständig steigende Touristenzahlen und Deviseneinnahmen. So werden für das Jahr 1996 5,5 Mio. Touristen erwartet. Der dadurch zu befürchtende Ausverkauf des Landes und die eindimensionale Entwicklung werden bereits im Lande kritisiert, doch haben solche Stimmen derzeit keinen nennenswerten Einfluß. Thailand bleibt nicht nur für Sextouristen attraktiv, sondern wirbt verstärkt um Kultur- und Badetouristen, nicht zuletzt, um seinen schlechten Ruf aufzupolieren und vor allem um alle touristischen Möglichkeiten auszuschöpfen.

kalen und auch ausländischen Touristen anzunähern. „Try to adapt yourselves to observe the Thai traditions of honesty, tenderness and above all hospitality so visitors will get a good impression of your country."

Der Rat, der den Frauen in Fragen der Alterversorgung gegeben wurde, grenzt an Zynismus. „Also try not to over-work yourselves and think of the future with this question in mind: 'What am I going to do in the next five to ten years?'" (ebenda). Die Beantwortung dieser Frage wird den Frauen allein überlassen.

Offiziell ist Prostitution immer noch verboten, doch wenn man die heutige Zahl von ca. 1 Million Prostituierten betrachtet, beschränkt das Verbot die Anzahl der Prostituierten nicht. Es hat vielmehr die schon vorher genannte Funktion, die Frauen zu kriminalisieren, unter Druck zu setzen und ihnen jede rechtliche Möglichkeit zu nehmen, sich gegen Bordellbesitzer, Zuhälter und Vergewaltigung zu wehren. In den letzten Jahren wurde immer wieder die Legalisierung von Prostitution diskutiert. Offiziell sollen damit Geschlechtskrankheiten und Vergewaltigung eingeschränkt werden. Einen entsprechenden Antrag gab es 1980 im Parlament. Manche Frauengruppen in Thailand sind aber gegen eine Legalisierung, da sie eine Registrierung der Prostituierten mit sich bringen würde, die sie für das gesamte Leben stigmatisiert. Staatliche Stellen, die für die Legalisierung der Prostitution eintreten, argumentieren mit der besseren medizinischen Versorgung und damit wirksamerem Schutz vor Geschlechtskrankheiten. Entscheidend für diese Legalisierungstendenzen von staatlicher Seite wird aber auch die Aussicht auf die dann zu erwartenden Steuergelder sein. Nachdem der Staat schon den Tourismus als Deviseneinnahmequelle organisiert, würde die Kontrolle der Prostituierten eine weitere Einnahme bedeuten.

Auf den Tourismus und die damit verbundenen Vergnügungssektoren bezogen bedeuten die Anstrengungen der Regierung und die damit verknüpften Wirtschaftsinteressen kapitalträchtiger Firmenketten nichts anderes, als daß den Frauen die Hauptlast für eine Entwicklung aufgebürdet wird, deren Leidtragende sie ohnehin schon sind. Sie sollen ihren Körper für die Devisenbilanz bzw. ein Entwicklungsmodell hinhalten, das sie selbst erst zu Opfern gemacht hat.

Auszug aus: Heide Thiemann: Frauenrolle und Prostitution in Thailand, Köln 1987 (S. 42-46), Pahl-Rugenstein Verlag.



Pattaya's „Beitrag" bei der Eröffnung des Visit Thailand Year 1987

Die Frauen tragen die Hauptlast des Tourismus

Heute arbeiten ca. 500.000 – 1 Million Frauen im thailändischen Sex-Service-Bereich. Dies bedeutet, daß mehr als 3,3 % der weiblichen Bevölkerung über elf Jahre mit Prostitution ihre Geld verdienen. Es ist die ökonomische Situation der Frauen, die sie zu dieser von der thailändischen Gesellschaft nicht anerkannten Arbeit zwingt. Eine Arbeit, die zwar illegal ist, doch gleichzeitig staatlich gefördert wird.

Die meisten Prostituierten stammen aus der ärmsten Region Thailands, dem Nordosten, wo es kaum Überlebensmöglichkeiten für sie gibt. Ihr Einstieg in das Sexgewerbe erfolgt oftmals über Freunde oder Verwandte, die schon im Gewerbe arbeiten. Auch nach der Migration in die städtischen und touristischen Zentren sind die Frauen für ihre Eltern und Geschwister ökonomisch verantwortlich. Die wenigsten Frauen können deshalb das durch die Prostitution verdiente Geld für sich ausgeben, sondern schicken einen Großteil ihres Verdienstes nach Hause zur Familie. Die Familien wissen nicht bzw. wollen nicht wissen, mit was ihre Töchter den Lebensunterhalt verdienen. Prostituierte hoffen zwar, eines Tages genug Geld zusammengespart zu haben, um mit der Prostitution aufzuhören, doch in der Regel ist ihr Geld zu einer lebensnotwendigen Hilfe geworden, damit ihre Familien auf dem Lande überleben kann.

Ausreichende Verdienstmöglichkeiten für aus dem Norden migrierte Frauen gibt es außerhalb des Sexgewerbes kaum. In den Fabriken werden die Frauen weitaus schlechter als die Männer bezahlt, da sie als Zweitverdienerinnen angesehen werden. Auch als Hausmädchen oder Kellnerinnen verdienen sie viel zu wenig. Das durchschnittliche Monatseinkommen lag 1980 für Hausmädchen bei 150-450 Bath, für Fabrikarbeiterinnen bei 200-500 Bath und für Frauen, die in Schönheitssalons arbeiten bei 400-600 Bath. Eine erfolgreiche Masseuse kann bis 25.000 Bath verdienen.

Die Prostituierten in Massagesalons, Nachtclubs, Bars und Kaffee- und Teehäusern arbeiten fast ausschließlich für die Touristen. Ausschließlich touristische Prostitution findet auf den Straßen statt. In den traditionellen Bordellen, meist unscheinbar in Nebenstraßen versteckt, verkehren ausschließlich Thailänder. Nur die wenigsten Prostituierten sind so previligiert, daß sie sich nicht öffentlich anbieten müssen.

In den Bars und Kaffeeshops verdingen sich die Frauen entweder als à-go-go Tänzerin, als Animierdame oder als Prostituierte. Wobei die Prostitution am meisten einbringt und außerdem auch die Chance der Ausweitung beinhaltet: Frauen können als Mietfreundin für die Dauer des Urlaubs bezahlt werden. Doch hier haben sich die Alternativtouristen als Billigtouristen hervorgetan, und versuchen, die Frauen doppelt auszunutzen. Aus diesem Grund gelten die Alternativtouristen als „schlimmer als die anderen, weil sie immer nur die Hälfte oder gar nicht bezahlen wollen", weil sie „ja schon das Essen bezahlt haben" (Wilke, in EPK 1981).

Doch es sind nicht nur die Kunden, die Touristen, die sich auf Kosten der Frauen bereichern. Am Sextourismus verdienen Bar- und Bordellbesitzer, Polizei und Behörden. Da die Prostitution offiziell verboten ist, sind die Frauen ihnen ausgeliefert. Die lokale Polizei ist vielfältig am Sexgeschäft beteiligt – auch als Zuhälter. Sie macht Razzien in den Etablissements, die nicht regelmäßig Schutzgelder bezahlen.

Zusammengestellt nach: Heidi Thiemann; Frauenrolle und Prostitution in Thailand, Köln 1987

Umzug im Visit Thailand Year





Sextourismus auf den Philippinen

Während des Internationalen Workshops über Tourismus, das von der Christlichen Konferenz Asiens 1980 in Manila veranstaltet wurde, kam ich zum ersten Mal persönlich mit dem Sextourismus in Berührung. Ich quartierte mich in dem 5-Sterne Hotel Ramada ein. Die Eingangshalle war voll mit japanischen Männern, alles Teilnehmer von Gruppenreisen. Sie warteten hier auf die Ankunft von Prostituierten, die sie sich zuvor in speziell für Japaner eingerichteten Bordellen ausgesucht hatten. Da ich in diesem Hotel übernachtete, konnte ich beobachten, daß die Prostituierten am nächsten Morgen das Hotel durch den Hintereingang verließen. Ein Bediensteter des Ramada erzählte mir, daß pro Nacht etwa 330 Frauen im Hotel blieben, so daß mehr als die Hälfte der Zimmer mit Prostituierten belegt sind. Das Hotel verlangt von jeder Frau eine Gebühr von $ 15. Die japanischen Touristen zahlen $ 50 bis $ 70 für einen Übernachtungsservice. Da auch noch Zuhälter kräftig abkassieren, bleibt für die Frauen selber nicht mehr viel übrig. (10-20%). Dennoch ist dieses Einkommen im Vergleich zu dem Lohn eines Fabrikarbeiters immer noch höher. Die Frauen schicken ihr Geld nach Hause, um ihre Familien zu unterstützen.

Um mehr Touristen anzulocken, wurden weitere Luxushotels gebaut. In dieser Zeit begann sich der Widerstand gegen den Sextourismus zu formieren. Im Januar 1981 fand das erste, von Frauen organisierte Protesttreffen gegen Sextourismus nach Asien statt. Es war eine gemeinsame Solidaritätsaktion von japanischen und philippinischen Frauen, die so viel Aufmerksamkeit in den Medien erfuhr, daß die Anzahl japanischer Touristen erheblich zurückging, und die entsprechenden Hotels in Schwierigkeiten gerieten. Doch schnell boten sich Alternativen für japanische Prostitutionstouristen an. „Schöner Stand, blaues Meer; ein Südseeparadies", lautete die Werbung, die viele japanische Männer direkt vom Flughafen Manila nach Cebu lockt.

Es gibt 800 registierte Prostituierte in Cebu, daneben eine Vielzahl von Prostituierten ohne Lizenz. Ich hatte die Gelegenheit, in einem der Nachtclubs mit den Frauen zu sprechen. Dort arbeiteten sechs Frauen, drei davon waren unter 20 Jahre alt. Die anderen drei waren geschieden und hatten Kinder. Die 18-jährige Lunetta berichtete:

„Ich kam vor drei Monaten. Mir wurde erzählt, ich würde Hausangestellte sein, aber ich mußte dieses hier tun. Zuerst hatte ich einen Kunden in einem Hotel am Strand. Ich hatte Angst davor und widersetzte mich. Ich wurde ein paar Mal geschlagen. Es war so schmerzhaft, daß ich weinte." Lunetta hat bisher über 200 Deutsche und 150 Japaner „bedient". Sie hat drei bis vier Kunden am Tag.

„Meine Eltern sind geschieden, und meine Mutter hat Schwierigkeiten, die vielen Kinder zu ernähren. Ich schicke ihr 500 Pesos (etwa 75 $) von meinen Verdiensten." Es ist typisch, daß die Tochter sich zur Unterstützung ihrer großen, armen Familie opfert oder sie verläßt, so daß eine Person weniger zu ernähren ist. Dies ist fast das gleiche Muster wie im Japan der Vorkriegszeit oder in den anderen asiatischen Ländern. Viele Prostituierte sind die ältesten Töchter.

„Ich würde lieber in einer Fabrik arbeiten. Mein Lohn war aber so niedrig, daß ich meine drei Kinder nicht ernähren konnte. Deshalb habe ich hier angefangen zu arbeiten", sagte Rosalyn, geschieden, drei Kinder. Das jüngste Mädchen, Stella, 17 Jahre alt, von der Insel Leyte erzählte:, „Ich möchte diese beschämende Arbeit nicht weiter machen, immer in der Angst, daß die Polizei mich erwischt. Ich denke die ganze Zeit daran, auf das Land zurückzugehen und ein kleines Geschäft zu eröffnen."

Die japanischen Männer beruhigen ihr Gewissen damit, in dem sie sagen, sie würden ja die Frauen und die Wirtschaft des Landes finanziell unterstützen und Devisen ins Land bringen. Aber ist nicht Japan auch verantwortlich für die wirtschaftliche Situation, die die Frauen in die Prostitution treibt?

Auszug aus einem Bericht der japanischen Journalistin Yayori Matsui

Prostitution am Militärstützpunkt Olongapo/ Philippinen

Während des Vietnamkrieges blühte Olongapo als ein „Rest & Recreaion-Center" für U.S. Soldaten auf und ist heute von der hier stationierten 7. Flotte abhängig. Die 200.000 Einwohner leben vom Sexgeschäft und anderen Arbeiten, die aufgrund der Stationierung der U.S. Flotte nachgefragt werden. Es gibt mehr als 500 Bars, Discos und andere Vergnügungseinrichtungen, in denen 16.000-17.000 Frauen arbeiten. Von ihnen sind 6.000 als Hostessen registriert, und sie haben eine Lizenz von der Stadt. Ich besuchte eine soziale Hygiene-Klinik, in der über 500 Frauen für einen VD(veneral diseases = Geschlechtskrankheiten)-Test in einer Schlange anstanden. Diese Klinik wurde mit Unterstützung der U.S. Regierung für die VD-Kontrollen eingerichtet, aber die Kontrolle ist relativ erfolgslos. Laut einem Gutachten von Prof. Musslina von der Colomba Universität in Olongapo kommen diese Frauen aus den ländlichen Gebieten. Sie bekommen kein festes Gehalt, ihre Gesundheit ist geschädigt, und nach Erreichen des 30. Lebensjahres müssen sie sich als Hausangestellte, Bettlerinnen, Strassenverkäuferinnen etc. ihr Geld verdienen. „Die Wirtschaft Olongapos ist eine typisch abhängige, die sich nur durch äußere Faktoren entwickelte. Die Frauen kommen aus der Armut hierher, um im „sex-business" zu arbeiten, und sie enden wieder in Armut.

Auszug aus einem Bericht der japanischen Journalistin Yayori Matsui

Projekte für Prostituierte

Aus einer Vielzahl von Organisationen und Gruppen in den vom Sextourismus betroffenen Ländern haben wir zwei grundverschiedene Projekte ausgewählt. Beide Projekte ausgewählt. Beide Projekte sind nicht unproblematisch; sie zeigen, wie schwer es ist, wirkungsvoll und nicht zum Nachteil der Frauen gegen sexistische Unterdrückung vorzugehen. Schwester Lea Ackermann, die zur Gemeinschaft der „Missionsschwestern Unserer Lieben Frau von Afrika" gehört, gründete 1985 in Mombasa SOLWODI (solidarity with women in distress). Das Zentrum bietet Prostituierten nicht nur eine andere Einkommensmöglichkeit, sondern auch eine Berufsausbildung. Die Frauen lernen Stricken, Nähen, Stenographieren und einiges mehr. Das von der Missionsgesellschaft intiierte Projekt wird heute selbständig von den betroffenen Frauen weitergeführt. EMPOWER (Education Means Protection of Women Engage in Recreation) ist dagegen eine Prostituierten-Selbsthilfegruppe. Sie haben Englischkurse eingerichtet und geben eine Zeitung heraus. Da die Zeitung miserable Arbeitsbedingungen und behördliche Willkür nicht angeprangert, wird das Bildungsprogramm selbst von Barbesitzern unterstützt, denn Prostituierte mit guten Englischkenntnissen lassen sich besser verkaufen. So aber besteht die Gefahr, daß die Unterdrückung der Frauen nicht aufgehoben, sondern nur perfektioniert wird.



Demo gegen Sextourismus in Thailand

SOLWODI — des Rätsels Lösung?

Auf der ASF (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen)-Tagung vom 6. Feb. 1988 beschäftigte sich die Arbeitsgruppe „Prostitution oder Schicksal?" mit dem Projekt SOLWODI. Sybille Plogstedt zeigte ihren Film „Allein gegen den Sextourismus", den sie mit Sabine Zurmühl im Frühjahr 1987 in Mombasa gedreht hatte und der im Herbst im Fernsehen gezeigt wurde. Lea Ackermann antwortete auf die Fragen eines interessierten Publikums. Hier ein Auszug aus dem Gespräch.

Teilnehmerinnen: Wurde in Kenia Prostitution oder freie Sexualität im traditionellen Familiengefüge toleriert oder war es verpönt?

Lea Ackermann: Es wird eigentlich verurteilt. Es gibt einen Artikel von einer Kenianerin, der heißt: „Das älteste Gewerbe ist nicht so alt". Sie behauptet, daß in einer polygamen Gesellschaft Prostitution nicht notwendig ist und deshalb auch nicht vorkommt. Es gibt eine andere Untersuchung, die zeigt, daß selbst in der Moslemgesellschaft, also wo Polygamie durchaus akzeptiert und auch praktiziert wird, Prostituierte gab. Sehr wahrscheinlich entsteht Prostitution immer dann, wenn einschneidende Veränderungen stattfinden: wenn Männer ihre Familien verlassen und irgendwo Handel betreiben oder in den Krieg ziehen.

Teilnehmerinnen: Werden die Frauen, wenn sie der Prostitution nachgehen, aus ihren Familien ausgestoßen?

Lea Ackermann: Am Anfang meines Aufenthaltes in Mombasa begegnete mir eine Frau, die von zuhause wegging, weil sie von ihrem Mann geschlagen wurde. Sie hat es einfach nicht mehr ausgehalten. Sie ging nach Mombasa. Dort mußte sie aber irgendwie Geld verdienen. Prostitution war die einzige Möglichkeit. Nachdem sie wiederholt von europäischen Touristen brutal behandelt wurde, kehrte sie wieder zur Familie zurück, die sie aber wieder wegschickte. Eine Prostituierte wird verstoßen. Es gibt das weitverbreitete Vorurteil, Prostituierte lieben das leichte Leben, sie wollen viel Geld verdienen. Wenn man mit den Frauen spricht, merkt man, daß das gar nicht stimmt. Prostituierte leiden an einer unglaublichen psychischen Belastung. Sie müssen immer gut gelaunt sein, denn kein Tourist zieht mit einer Frau ab, die mit einem kummervollen Gesicht dasitzt. Egal wie es zuhause aussieht — vielleicht ist das Kind krank, die Miete noch nicht bezahlt oder sie haben noch nichts zu Essen —, sie müssen immer lustig und fröhlich sein, wenn sie um einen Kunden werben. Das wird von ihnen erwartet. Das ist eine unheimliche seelische Belastung. Kein leichtes Leben. Dann zum Geld: Sie verdient vielleicht in einer Nacht soviel wie ein Hausangestellter in zwei Monaten, aber sie gibt es auch sehr viel schneller wieder aus. Außerdem bekommt sie es auch nicht regelmäßig. Mombasa ist sehr teuer. Ein Hotelzimmer kostet 75 Kenanische Schillinge; das sind ungefähr 10 DM. Eine Hausangestellte verdient 60 bis 70 DM im Monat. Wenn sie in den Restaurants auf Kundschaft wartet, muß sie etwas trinken und essen, denn sie hat keine Zeit, um sich selbst ein schnelles Essen zu kochen. Sie wird auch verführt, teures Essen zu kaufen. Schließlich sieht sie jeden Tag Touristen, die immer die besten Gerichte essen. Wenn sie jetzt einmal Geld hat, dann gibt sie es gleich dafür aus. Außerdem braucht sie viel Geld für Kleider und Kosmetika, denn sonst geht kein Tourist mit ihr. Um 24 Uhr schließen die Restaurants. Wenn sie bis dorthin noch keine Kunden hatte, geht sie in eine Nachtbar. Taucht sie dort alleine auf, muß sie Eintritt bezahlen. So kommen sehr hohe Ausgaben auf die Frauen zu. Und sie wissen genau, daß mit 30 Jahren ihre Karriere beendet ist.

Teilnehmerinnen: Es ist sehr schade, daß im Film nicht gezeigt wird, warum Frauen diesen Weg einschlagen und woher sie kommen.

Lea Ackermann: Es kommt schon vor; nur müssen sie bedenken, es wurde unheimlich viel herausgelassen, was eigentlich gefilmt wurde. In einer halben Stunde kann man so wenig unterbringen. Viele Prostituierte haben vorher als Hausangestellte gearbeitet und dabei 60 bis 70 DM im Monat verdient. Dort werden sie häufig von den Hausherren sexuell mißbraucht. Das war dann oft der Einstieg in die Prostitution.

Teilnehmerinnen: Bei SOLWODI bekommen die Frauen auch eine Ausbildung. Aber leider lernen sie vorwiegend Nähen, Stricken und Brotbacken. Müssen sie sich nicht den Vorwurf einer importierten Hausfrauisierung gefallen lassen?

Lea Ackermann: Ich weiß nicht, ich glaube, man muß dort ansetzen, wo es möglich ist. Ich habe keine großen Gesellschaftsentwürfe gemacht. Ich habe die Frauen gefragt, was sie gerne machen möchten. Eine Frau haben wir zum Beispiel gefragt, ob sie eine

Fortsetzung Seite 33

Register der Nummern 139—146
Jahrgang 1987

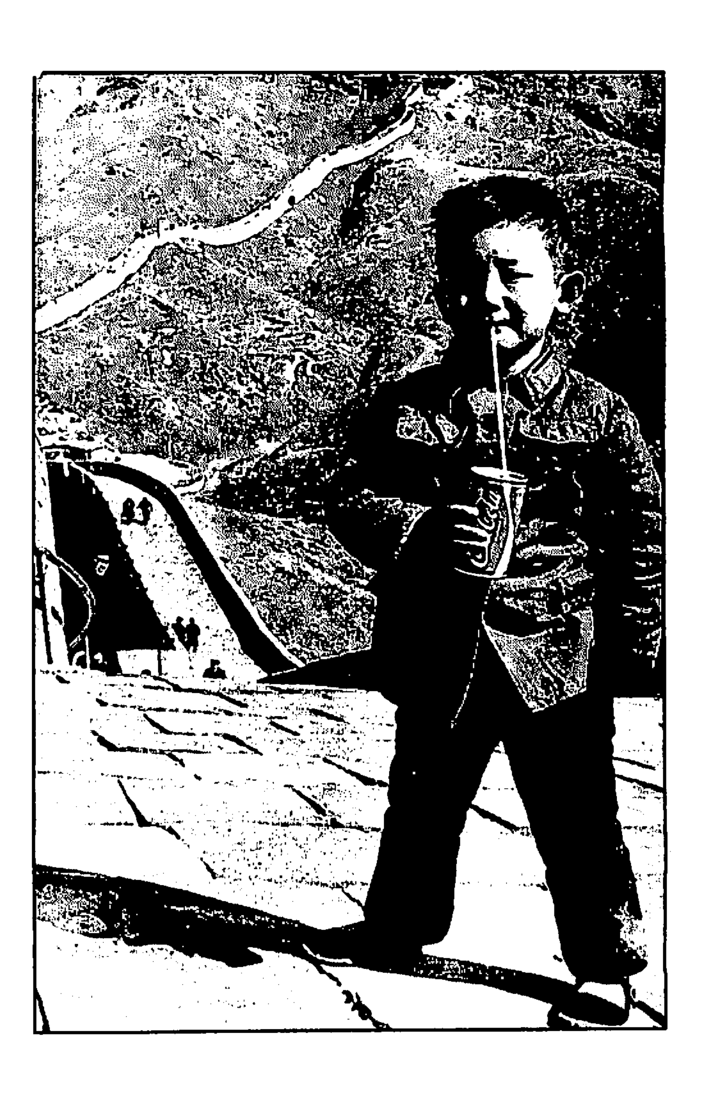
Das vorliegende Register gliedert sich in einen Länderteil und ein Sach- und Namensregister. Die Stichworte sind jeweils alphabetisch geordnet. Die Verweis-Ziffern setzen sich zusammen aus der Nummer der jeweiligen Ausgabe (vor dem Schrägstrich) und der jeweiligen Seitenangabe; bei mehrseitigen Artikeln über zwei oder mehrere Seiten mit dem Zusatz „f".
Im Länderteil wurden auch jene Artikel aufgenommen, die überwiegend einen themenbezogenen Sachverhalt behandelten, allerdings nur, soweit dies am Beispiel eines bestimmten Landes dargestellt wurde.
Namen von Personen und Organisationen wurden nur dann ins Register aufgenommen, wenn sich ein Artikel wirklich ausführlich damit befaßte: Namen von Organisationen wurden dann nicht ins Register aufgenommen, wenn sich ihre Arbeit ausschließlich auf ein Land bzw. eine Region bezieht und die entsprechenden Artikel deshalb im Länderregister leicht aufzufinden sind (z.B. PLO - Palästina).
Rezensionen sind mit dem Hinweis „Rez." gekennzeichnet. Autor, Titel, Erscheinungsort, Verlag und Erscheinungsjahr sind unter dem Stichwort „Rezensionen" unter der jeweiligen Nummer im Sachregister aufgeführt.

Länderregister

Sach- und Namensregister

Überblick über die Themenschwerpunkte 1987

139 (Febr.)	Rüstungsexporte
140 (März)	Neue Soziale Bewegungen I Theorie, Lateinamerika
142 (Juni)	Neue Soziale Bewegungen II Südostasien
143 (August)	Korruption in Afrika
144 (Sept.)	Sport u. Bewegungskultur
146 (Dez.)	Iran – Irak



Kindertagesstätte leiten möchte. Das hat nicht geklappt. Dann haben wir ihr vorgeschlagen, ob sie Schmuck herstellen will. Auch das hat nicht geklappt. Und schließlich haben wir es mit Brotbacken versucht. Das klappte, und außerdem fühlte sie sich sehr wohl. Es ist sehr schwer, wenn man bedenkt, daß 90 % der Frauen nicht Lesen und Schreiben können. Außerdem gibt es in Kenia nur wenige Arbeitsplätze. Wichtig ist, daß sie etwas lernen. Wir stellen ihnen Arbeitsbescheinigungen aus, damit sie erkennen, daß sie auch etwas mit ihren Händen herstellen können. Das ist ganz wichtig für ihr Selbstbewußtsein. Man muß bei dem vorhandenen Kenntnisstand ansetzen. Es nützt nichts, hohe Ziele zu setzen, die in der Realität nicht umsetzbar sind.



Mit Nähmaschinen in die Selbständigkeit?

Teilnehmerinnen: Aber dennoch sind es europäische Vorstellungen, die in das Projekt eingebracht werden. Die Frauen sind nicht von selbst auf die Idee gekommen, Stricken zu lernen. Inwiefern können Berufswünsche der Frauen berücksichtigt werden? Ich denke dabei an die Frau, die schon immer Taxifahrerin werden wollte.

Lea Ackermann: Der Taxifahrermarkt ist in Mombasa gesättigt. Es gibt einen harten Konkurrenzkampf, und für Frauen ist es ganz schwierig, dort zu bestehen. Jede Woche treffen sich die Frauen und überlegen gemeinsam, welche Arbeiten sie angehen können. Aber es muß immer realistisch sein. Wenn eine Frau sagt, sie will Ärztin werden, und sie kann nicht Lesen und Schreiben, dann hat das keinen Wert.

Teilnehmerinnen: Wie haben Behörden auf dieses Projekt reagiert? Sind sie auf Unterstützung gestoßen oder eher auf Ablehnung?

Lea Ackermann: Da spielt die doppelte Moral eine Rolle. Einerseits ist Prostitution verboten, aber für die, die das Verbot ausgesprochen haben, ist Prostitution sehr lukrativ. Die Polizei wäre unglücklich, wenn das Verbot aufgehoben würde, denn sie verdienen sehr gut daran. Jederzeit haben sie das Recht, sogenannten „verdächtigen" Personen Geldbußen aufzuerlegen. Wenn ein Schiffsversand mit 11.000 Matrosen, der ein halbes Jahr auf den Weltmeeren herumkurvte und nach eingebildeten Feinden Ausschau hielt, in Mombasa einläuft, überfallen die Männer geradezu die Stadt. Ihre Absichten sind nicht zu übersehen. Dennoch gehen die Matrosen straffrei aus, und die Frauen werden kriminalisiert und wie der letzte Dreck behandelt. Die Frauen kommen laufend mit dem Gesetz in Konflikt. Wenn die Frauen solidarisch wären, könnten sie mit einem Boykott gegen die einseitigen Gesetze vorgehen. Aber dieses Gewerbe schafft Rivalitäten. Das habe ich erst lernen müssen. Die Regierung und die örtlichen Behörden sind verbal sehr damit einverstanden. Aber obwohl es laut Gesetz keine Prostitution gibt, richtet die Regierung Kliniken ein, wo die Frauen alle acht Tage untersucht werden. Die Frauen erhalten grüne Karten, die sie vorlegen müssen, wenn sie mit einem Mann in ein Hotel gehen. Jeder verdient an der Prostitution: die Straßenverkäufer, Kioskbesitzer, Hotels etc... Wenn man mit Prostituierten zu tun hat, hat man über wenige Ecken auch mit Menschenhändlern zu tun. Die Menschenhändler spüren Prostituierte auf und überreden sie, ihnen ein Kind zu verkaufen. Sie erzählen den Frauen, daß das Kind in eine reiche Familie käme, gut erzogen würde und eine vielversprechende Zukunft vor sich hätte. Sie wären engherzig und egoistische Mütter, wenn sie nicht einwilligen würden. Außerdem könnten sie von dem Geld, was sie bekämen, die anderen Kinder besser ernähren. Solche Besuche setzen die Frauen unter Druck. Häufig wird auch die Versicherungsmethode angewendet: Auf ein Kind wird eine Lebensversicherung abgeschlossen, dann verunglückt ein anderes Kind, und das wird für das eigene ausgegeben. Daraus wird dann Geld gemacht.

Teilnehmerinnen: Wie sind die langfristigen Perspektiven für die Frauen im Erwerbsleben?

Lea Ackermann: Die sind einfach sehr schlecht. Aber Prostitution ist keine Lösung. Dadurch wird das Problem nur verschoben, denn mit 30 Jahren scheiden die Frauen zwangsläufig aus dem Sexgewerbe aus. Das, was wir anbieten, ist wirklich nicht des Rätsels Lösung. Aber wir versuchen, mit vielen kleinen Angeboten selbständige Existenzen aufzubauen. Wenn z.B. Frauen bei uns das Nähen lernen, dann bekommen sie nach dem Examen eine Nähmaschine und damit sollten sie sich selbständig machen. Das versuchen wir ihnen beizubringen. Wir lehren sie, den Preis für ein Kleid auszurechnen. Sie müssen hervorragende Qualität erzeugen, denn erstens gibt es schlecht genähte Kleidungsstücke massenhaft; da haben wir keine Chance. Zweitens müssen die Frauen sehen, daß unsere Sachen bevorzugt gekauft werden. Das hängt mit dem Selbstwertgefühl zusammen. Sie müssen stolz auf ihre Arbeit sein. Von Misereor bekommen wir jetzt ein Haus. Das ist eine tolle Sache, dann können wir unsere Produkte selbst verkaufen. Denn wir müssen sehr viel an Provision abgeben. Wir haben an eine Boutique ein Kleid für 10 DM verkauft; für 20 DM hat es die Boutique verkauft. Den wirklichen Gewinn stecken also die Geschäfte ein, denen wir unsere Produkte verkaufen. Andere Frauen betreiben einen Kiosk; sie verkaufen Frühstück und Mittagessen. Wieder andere lernen Friseuse und Sekretärinnen, aber sie müssen sehr gut sein, sonst bekommen sie keine Stelle. Wir versuchen es mit vielen kleinen Sachen; für große Sachen ist der Arbeitsmarkt viel zu schlecht.

EMPOWER — Selbsthilfegruppe gegen gesellschaftliche Diskriminierung

In Patpong, einem der vielen Rotlichtbezirke Bangkoks, verdienen sich ungefähr 4.000 Frauen ihren Lebensunterhalt, indem sie ihren Körper verkaufen — ein in der thailändischen Hauptstadt nicht unübliches Geschäft. Und doch unterscheidet sich Patpong von anderen Vierteln, in denen der Sextourismus blüht. Die Frauen leben in einem doppelten Sinne freier: Sie werden nicht eingesperrt, können vielmehr

nach der Arbeit gehen, wohin sie wollen, und sie sind im Verhältnis zu anderen Prostituierten selbstbewußter.

Diese Sonderstellung erklärt sich mit der Existenz einer Prostituierten-Selbsthilfegruppe. Seit 1985 gibt es in Patpong EMPOWER die Abkürzung für Education Means Protection of Women Engage in Recreation, zu deutsch etwa: Bildung heißt Schutz für Frauen, die im Sexgewerbe beschäftigt sind. Dieser zunächst merkwürdig klingende Name für eine Selbsthilfegruppe gewinnt an Plausibilität, wenn Chantawips Apisuk, eine Mitbegründerin dieser Gruppe, von der Lebenssituation thailändischer Prostituierten erzählt:

„Ungefähr 80 % der Prostituierten kommen aus ländlichen Regionen. Die ärmlichen Verhältnisse auf dem Land löste eine Landflucht aus. Der städtische Luxus half mit: Musik, Fernsehen, modernes Leben, Autos, Appartments, Elektrizität, Kosmetika und andere ausländische Luxusartikel lockten die Frauen an. Viele von ihnen haben vier Jahre oder weniger die Grundschule besucht, viele gingen überhaupt nicht zur Schule und nur wenige erhielten mehr als vier Jahre Unterricht. Die Frauen möchten gerne ihre Ausbildung fortsetzen, um ein Abschlußzeugnis zu erhalten, aber...

Es ist völlig unmöglich in eine ganz normale Schule zurückzukehren. Man stelle sich die verrückte Situation vor: Schulanfänger sitzen neben erwachsenen Prostituierten und lernen gemeinsam das Lesen und Schreiben. Außerdem haben Tänzerinnen oder Bargirls keine Zeit: sie müssen nachts arbeiten und am Tag schlafen; sie arbeiten sehr hart, und nach der Arbeit sind sie völlig erschöpft. Jeden Tag werden sie mit Problemen konfrontiert, die sie hindern, die Ausbildung fortzusetzen. Die thailändische Gesellschaft wertet Prostituierte ab: sie sind Sünderinnen, kriminelle Objekte, „bad people". Aber die Profiteure des Geschäfts gelten als „good people", weil sie reich sind und eine gute Ausbildung haben. Sie werden geachtet, weil sie den Frauen Arbeit geben. Diese Abwertung veränderte Verhalten und Denken der betroffenen Frauen:

- sie haben an Selbstbewußtsein verloren;
- sie gehorchen Arbeitgebern und Händlern;
- sie achten reiche und gebildete Menschen;
- sie beschuldigen sich selbst als Schmutzmacher und Krankheitsverursacher;
- sie hängen an Kunden, als seien dies ihre Beschützer;
- sie sind schüchtern, unterwürfig, ausdruckslos, verstecken sich vor Freunden.

Es ist bekannt, daß die Unterhaltungsindustrie Profit abwirft, es ist genauso bekannt, daß dieser Profit vor allem von Prostituierten erwirtschaftet wird. Als produktivste Quelle der Unterhaltungsindustrie erhalten sie aber keinerlei Schutz; im Gegenteil, sie werden wie der letzte Dreck behandelt. Das für jeden Monat fällig werdende Gesundheitszeugnis müssen sie selbst bezahlen, fehlen sie durch Krankheit, wird



Szene in Pattaya

der Verdienstausfall vom Lohn abgezogen, kommen sie zu spät zur Arbeit, müssen sie für jede Minute einen Baht bezahlen. Sie leben in kleinen, billigen Zimmern. Neben ihrer ungesunden Wohnsitutation werden sie mit zahlreichen Problemen am Arbeitsplatz konfrontiert: ungerechte Bezahlung, permanente Gefahr einer Verhaftung, die Umstellung vom Land- zum Stadtleben und Sprachprobleme. Die Kunden kommen nicht nur aus verschiedenen Regionen mit unterschiedlichen Dialekten, sondern auch aus verschiedenen Ländern. Geschlechtskrankheiten gehören zum Risiko des Geschäfts, und viele kleine gesundheitliche Probleme, die nie erwähnt werden, plagen die Frauen tagtäglich. Das sind z.B. Ohrinfektionen, weil die Musik immer so laut ist, Hautinfektionen wegen der Klimaanlage, Blasen an den Füßen, weil es verboten ist, Schuhe mit niedrigen Absätzen zu tragen oder Appetitlosigkeit, weil sie den ständigen Alkoholkonsum nur ertragen können, wenn sie sich während der Arbeit mehrmals übergeben.

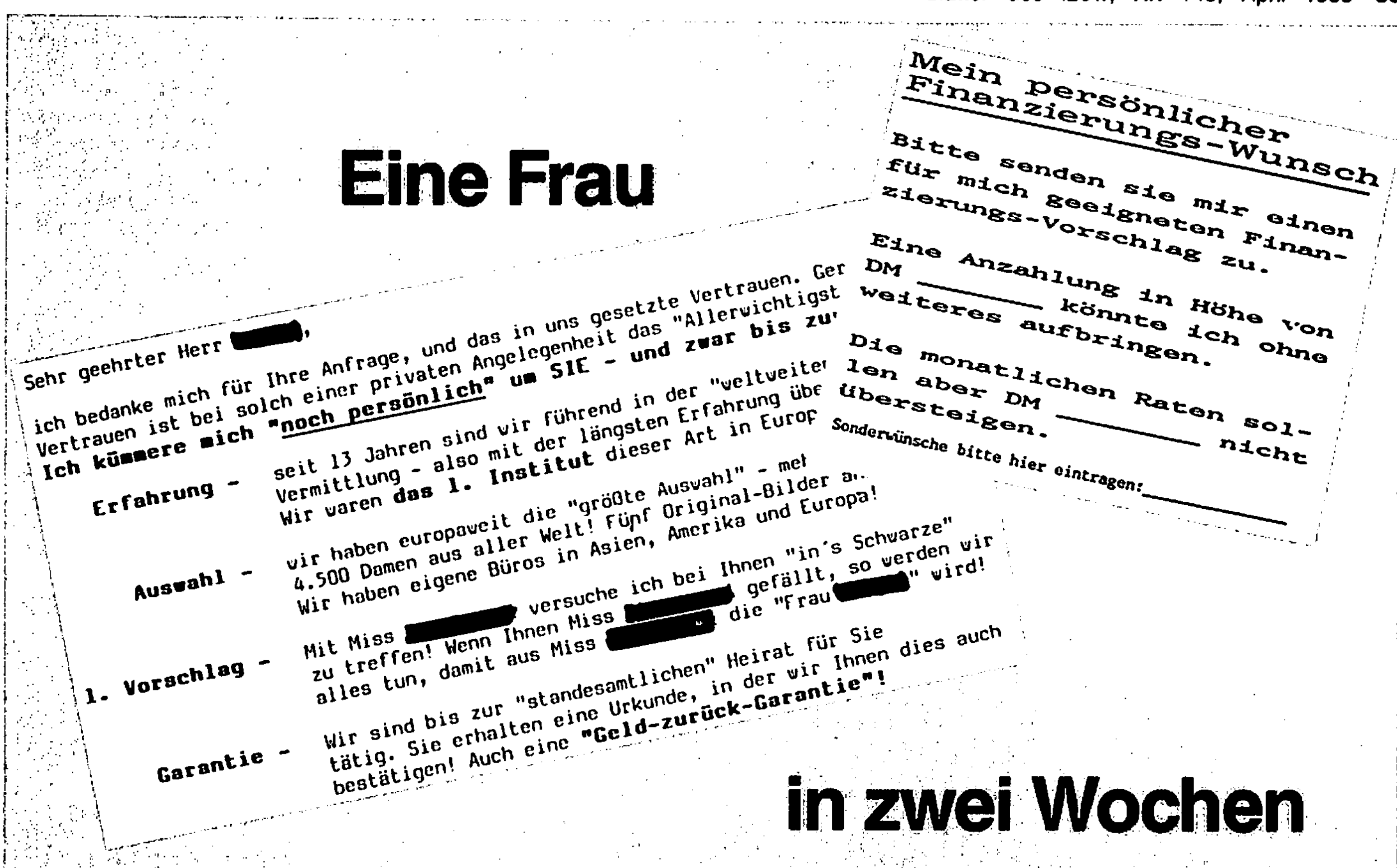
Die Regierung fördert den Tourismus, weil sie damit rechnet, daß der Sextourismus zunehmend zur wichtigsten Einnahmequelle Thailands wird. Brachte noch vor hundert Jahren der Export von Reis die meisten Devisen ins Land, so hat dies seit 1985 der Tourismus übernommen. Seitdem die Regierung den Tourismus fördert, nimmt die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte in der Unterhaltungsindustrie stetig zu. In den 70er Jahren erfüllten ungefähr 70.000 Frauen die Bedürfnisse amerikanischer Soldaten, 1982 waren es bereits zwischen 700.000 und 1.000.000 Frauen, die nun die Bedürfnisse der Touristen erfüllten."

Solange die Regierung den Tourismus fördert, meint EMPOWER, sind Versuche, das Sexgewerbe einzudämmen, aussichtslos. Zu mächtig agiert die „heilige Allianz" aus Barbesitzern, Polizei und Behörden, die die Frauen unterdrücken und ausbeuten. Wenn aber die Unterhaltungsindustrie Thailands produktivster Wirtschaftszweig ist, dann — so fordert die Selbsthilfegruppe — sollen die Prostituierten auch gesellschaftlich anerkannt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzt EMPOWER auf Bildung und organisiert Kurse, in denen Englisch gelehrt wird. Der Sprachunterricht eröffnet den Frauen nicht nur die Chance, in anderen Berufen zu arbeiten, sie finden sich auch besser in ihrem Gewerbe zurecht. Denn schließlich verständigen sie sich mit ihren Kunden in Englisch, und gute Sprachkenntnisse verringern die Gefahr, hintergangen zu werden. Zugleich stärkt der Unterricht das Selbstwertgefühl; in einer vertrauensvollen Atmosphäre können auch andere Probleme angesprochen und gelöst werden. Wer an den Kursen nicht teilnehmen kann, schlägt im „Patpong" nach, einer vierseitigen Zeitung, die seit 1986 alle zwei Monate von EMPOWER herausgegeben wird. Sie enthält Englischlektionen und kleine Geschichten von Prostituierten. „Patpong" ist in kurzer Zeit ein beliebtes „Lehrbuch" und Kommunikationsmittel zugleich geworden.

Nach einer Selbstdarstellung der Gruppe „EMPOWER" und Nachrichten der „Bangkok Post" und „Nation".

Eine Frau in zwei Wochen


Sehr geehrter Herr ███,

ich bedanke mich für Ihre Anfrage, und das in uns gesetzte Vertrauen. Ger
Vertrauen ist bei solch einer privaten Angelegenheit das "Allerwichtigst
Ich kümmere mich "noch persönlich" um SIE - und zwar bis zu

Erfahrung - seit 13 Jahren sind wir führend in der "weltweite
Vermittlung - also mit der längsten Erfahrung übe
Wir waren **das 1. Institut** dieser Art in Europ

Auswahl - wir haben europaweit die "größte Auswahl" - mel
4.500 Damen aus aller Welt! Fünf Original-Bilder a.
Wir haben eigene Büros in Asien, Amerika und Europa!

1. Vorschlag - Mit Miss ███ versuche ich bei Ihnen "in's Schwarze"
zu treffen! Wenn Ihnen Miss ███ gefällt, so werden wir
alles tun, damit aus Miss ███ die "Frau ███" wird!

Garantie - Wir sind bis zur "standesamtlichen" Heirat für Sie
tätig. Sie erhalten eine Urkunde, in der wir Ihnen dies auch
bestätigen! Auch eine **"Geld-zurück-Garantie"!**

Mein persönlicher Finanzierungs-Wunsch

Bitte senden sie mir einen für mich geeigneten Finanzierungs-Vorschlag zu.

Eine Anzahlung in Höhe von DM ________ könnte ich ohne weiteres aufbringen.

Die monatlichen Raten sollen aber DM ________ nicht übersteigen.

Sonderwünsche bitte hier eintragen: ________

Aus 27 Ländern preisen geschäftstüchtige Liebesmakler exotische Frauen auf dem europäischen Heiratsmarkt an. In der Bundesrepublik haben sich rund 60 Heiratsagenturen[1] auf die Vermittlung von Frauen aus der Dritten Welt spezialisiert. Sie tauchen unter mehr als 200 Namen in den Medien auf. Die Frauen kommen vor allem aus Thailand und Philippinen, aber auch aus afrikanischen (Ghana) und lateinamerikanischen (Dominikanische Republik, Brasilien) Ländern. Am Frauenhandel sind drei Personengruppen beteiligt: Das sind zunächst die Anbieter, die Händler, die markt- und profitorientiert den Heiratsmarkt und/oder das Sexgewerbe mit Frauen aus der Dritten Welt versorgen, die gekauften Bräute und Prostituierten, die quasi als sozial tote Menschen auf dem Markt angeboten werden. Und schließlich sind da noch die Konsumenten, die Endstation des „Fleischgeschäftes". Das sind die heiratswilligen Männer, die Frauen für den Privatgebrauch kaufen, und die Zuhälter, die an der rechtumschaffenden Exotin verdienen.

Heiratsvermittler rühmen sich als Entwicklungshelfer

Wenn Heiratsvermittler nach ihren Motiven gefragt werden, spielen sie sich als Entwicklungshelfer auf. Sie verhelfen den armen Frauen zu einem Leben in Wohlstand und Reichtum, so rechtfertigen sie das menschenverachtende Geschäft. Verfolgt man die Geschäftspraktiken, wird man unweigerlich feststellen, daß es den Vermittlern keineswegs um die Frauen geht. Sie betreiben ein Geschäft wie jedes andere. Sie suchen neue Marktlücken (z.B. Behinderte), um zu expandieren und sie schwärzen Konkurrenten bei der Polizei an, um den eigenen Marktanteil zu vergrößern. So flogen in München zehn Heiratsbüros auf, weil ein Händler einen Konkurrenten anzeigte. Sie handeln mit Frauen wie Makler mit Immobilien. National und international sind sie gut organisiert; neben einer Agentur im Herkunftsland der Frauen besitzen sie auch eigene Reisebüros und Übersetzungsdienste. Sie bieten einen Vollservice (ca. 12.000 DM) und einen bequemen, einfachen Service (ca. 4.000 DM) an. Für den einfachen Service braucht der heiratswillige Mann nicht einmal den Fuß vor die Tür setzen; er wählt aus einem bebilderten Katalog aus, bestellt und wartet auf die Lieferung. Nimmt der Mann den Vollservice in Anspruch, bezahlt er ein Flugtikket, holt seine Auserwählte im Herkunftsland ab, feiert die Hochzeit im asiatischen Restaurant der Agentur und mietet sich eine Limousine für die Strecke vom Standesamt bis zum Restaurant. Bevor sich jedoch der Mann für eine Frau entscheidet, kann er sie erst einmal zuhause ausprobieren. Dieses Recht hat er auch, wenn er die Frau im Heimatland abholt; dort stehen Betten bereit. Wird die Frau, die sich bereits in der Bundesrepublik befindet, infolge des Proberechts schwanger, kann sie nur hoffen, daß der nächste potentielle Käufer davon nichts merkt. In so einer Situation muß der Vermittler schnell handeln, wenn er noch innerhalb der dreimonatigen Aufenthaltsgenehmigung (Touristenvisum) einen Abnehmer finden möchte. Aber vielleicht hat er auch gute Geschäftsbeziehungen, die ins Zuhältermilieu reichen. Dort verschwinden dann plötzlich die Frauen und tauchen erst wieder auf, wenn die Polizei Bordelle durchsucht, wie es vor kurzem in Niedersachsen, Frankfurt und Berlin der Fall war.

Die Methoden, wie Heiratsvermittler und Zuhälter ihren regelmäßigen Nachschub sichern, sind recht vielfältig. Im Heimatland der Frauen werben Heiratsvermittler mit Anzeigen in Tageszeitungen, oder sie sprechen Frauen direkt auf der Straße, im Restaurant oder vor der Fabrik an. Sie locken mit dem „großen Glück", das ihnen beschert wird, wenn sie einen vermögenden Deutschen heiraten. Nicht selten verpfänden die Eltern ihr Land, um das Geld für die Reise aufzubringen, das ihnen – nach den Angaben der Händler – der zukünftige Ehemann ihrer Tochter zurückzahlen würde. Manche Frauen folgen gerne dem Heiratsangebot, weil sie glauben, damit alle ihre Probleme lösen zu können. Oft wissen sie nicht, worauf sie sich letztlich einlassen. Aber selbst wenn sie „freiwillig" in die Bundesrepublik kommen, nach ihren Partnerwünschen werden sie nicht gefragt. Sie haben sich den Wünschen der Männer zu fügen. Und ob sie dann noch das bekommen, was sie sich immer erträumt haben, sei noch dahingestellt.

In der Bundesrepublik ist Heinz Schmidt bei seinen Recherchen auf eine „Schwäbisch-Philippinische Gesellschaft" gestoßen. Diese Gesellschaft war als binationales Begegnungstreffen getarnt, in Wirklichkeit wählten sich deutsche Männer ihre zukünftigen Ehefrauen aus.

Eine andere Methode erfreut sich zunehmender Beliebtheit: Heiratsvermittler bieten immer häufiger Urlaubsreisen inklusive Brautschau an. Am Flughafen in Rio weht dann z.B. ein Reiseveranstalter die weiß-blaue bayrische Rautenfahne, das Erkennungszeichen für das spezielle Reiseangebot. Wer sich dem Fahnenträger anschließt, weiß, daß er sein Urlaubsglück (Frau) nach ausgiebiger Prüfung mit nach Hause nehmen darf.

WUNSCHZETTEL
Ich wünsche mir eine Ehe-Partnerin aus:
O EUROPA O ASIEN
O SÜD-AMERICA O SÜDSEE
O Sonderwunsch:
Ich wünsche mir eine Partnerin im Alter von ___ bis ___ Jahren.
Meine Partnerin sollte mindestens die
O die Volksschule
O die Mittelschule
O ein Gymnasium
O eine Hochschule
besucht haben. Bitte ankreuze

Mir gefällt ganz besonders gut die Dame aus der Monats-Auswahl (Nr.: ___)
Bitte reservieren sie mir diese Dame bis meinem Besuch in ihrem Büro in Darm-
verde sie am ___
ne mit der Bahn, dem PKW - und
aussichtlich am O Vormittag, am O Nachmittag
eintreffen!

Ablauf - Sofort-Kontakt zu Ihrer ausgesuchten Traum-Frau noch in der gleichen Woche, z.B. auch zu Miss ___! Jedoch bestimmen Sie, Herr ___, "wann und wo" Sie sich mit Ihrer Partnerin treffen! (Es gibt für Sie kein Zeitlimit!) Wir beginnen sofort nach Eingang der Anzahlung! (DM 180.--)

Preise - Ab DM 3.980.-- incl. Heirats-Garantie! Finanzierung möglich, ab DM 120.-- pro Monat.

Beratung - Montag/Freitag von 9:00 bis 17 ... 9:00 bis 15:00 Uhr (Sondert... stags von ... inbarung).

Besuchs-Vorschlag - Samstag, der 10. ... Bitte Herr ___ ich Ihren Term... in Darmstadt. damit ... ann!

Menger's Partner-Ring

Internationale Verflechtungen im Sexdschungel

Die Kataloge der Heiratsvermittler sind willkommene Fundgruben für Zuhälter. Manchmal arbeiten sie mit Heiratsbüros zusammen, aber i.d.R. haben sie ihre eigenen Geschäftsverbindungen, um Frauen aus der Dritten Welt in die Bundesrepublik oder Schweiz zu locken: Sie engagieren Händler, die sich als Heiratsvermittler in den Heimatländern der Frauen ausgeben. Dort locken sie mit Heiratsangeboten. Das Problem mit der dreimonatigen Aufenthaltsgenehmigung lösen sie auf ihre Art. Zuhälter kleineren Formats sorgen für Scheinehen, sobald die Frauen eintreffen. Sie richten ihnen Appartments ein, sorgen für Kundschaft und kassieren regelmäßig ca. 10.000 bis 12.000 DM im Monat. Zuhälterringe größeren Formats haben grenzüberschreitende Beziehungen. Wenn die Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist, werden die Frauen ins Nachbarland geschickt. Irgendwann tauchen sie dann wieder im Einreiseland auf. Die führenden Köpfe dieser großen Zuhälterringe wird man selten in den Rotlichtbezirken antreffen. Sie organisieren das Geschäft vom Schreibtisch aus, sind womöglich die Vorsitzenden von Immobiliengesellschaften, die die Verwaltung von Bordellen unter sich haben. Sie haben genügend Helfershelfer bei der Polizei oder bei Behörden, die beide Augen zudrücken oder einfach nicht sehen wollen, was im Milieu vor sich geht. Der Frauen-Einkauf ist unter den Händlern säuberlich aufgeteilt: die Bundesrepublik holt ihre Sklavinnen aus SO-Asien, Holland von den Antillen und Südamerika und die Franzosen aus Afrika.

Zwangsprostituierte

Wenn Frauen mit einem gutbezahlten Job oder mit dem Versprechen einer Heirat angelockt wurden und schließlich in der Bundesrepublik eintreffen, dann holt sie nicht der zukünftige Ehemann, sondern der Zuhälter ab. Der nimmt ihr erst einmal den Paß und das Rückreiseticket weg. Das Rückreiseticket löst er ein, um die anfallenden Unkosten des Händlers oder des Heiratsvermittlers zu bezahlen. Ohne Paß und Rückreiseticket ist die Frau völlig dem Zuhälter ausgeliefert. Die versprochene Heirat entlarvt sich als Lüge, der versprochene Job steht nicht mehr zur Verfügung, so daß sie gezwungen wird, Rückflugticket und sonstige Unkosten abzuarbeiten. Der Zuhälter bringt sie zur Arbeit, besorgt Freier, holt sie wieder ab und verbringt mit ihr die freie Zeit, die ihr noch bleibt. Sie erträgt es stillschweigend, denn die drohende Ausweisung wäre noch schlimmer. Die Rückkehr ins Heimatland ist für Zwangsprostituierte schlimmer als der Verbleib im Zuhältergefängnis, denn sie hat ihr Gesicht verloren und schämt sich darüber, was mit ihr passiert ist. Das Leben der Frauen bleibt oft im Dunkeln, weil es nur wenige schaffen, sich aus den Fangarmen der Zuhälter zu befreien. Gelingt dennoch einer Frau die Flucht in die Heimat, dann heißt das noch lange nicht, daß sie den Peinigern entkommen ist. Oft werden Frauen in ihren Heimatländern noch weiter verfolgt. Denn durch das Netz der Zuhälterringe fällt so schnell niemand.

Das „Paradies" der Wohlstandsgesellschaft

Wie schon erwähnt, hoffen viele Frauen, im Ausland ein besseres Leben

führen zu können. Das angeblich sorglose und reiche Leben in Europa wird ihnen durch den Kontakt mit Touristen vorgelebt. Wenn ein Tourist an einem Abend den ganzen Monatslohn eines Fabrikarbeiters ausgeben kann, dann muß doch der Eindruck entstehen, daß im Ausland das Leben nicht nur besser sei, sondern daß auch die eigene Familie durch eine Heirat mit einem Deutschen finanziell unterstützt werden kann. So eine Heirat bedeutet für die betreffenden Familien ein Segen. Denn vielleicht müssen die Eltern dann nicht mehr als Billigarbeitskräfte auf den Plantagen oder in Weltmarktfabriken arbeiten, denn dann können sie sich von dem Geld, was die Tochter schickt, ein Stück Land kaufen.

Bevor die Landwirtschaft auf Exportproduktion umgestellt wurde, versorgten sich die Menschen selbst mit ihren landwirtschaftlichen Produkten. Mit der Zerstörung der Subsistenzwirtschaft wurde ein großer Teil der Bevölkerung vom Land vertrieben. Sie zogen in die Slums der großen Städte, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden. Frauen standen dann oft vor der Entscheidung, entweder für einen Hungerlohn in einer Textil- oder Chipsfabrik zu arbeiten, mit dem sich keine Familie ernähren läßt, oder als Prostituierte, die etwas mehr verdient. So wählen viele Frauen die Prostitution. Wenn dann die „verheißungsvollen" Angebote aus den westlichen Industrienationen kommen, dort als Tänzerin zu arbeiten oder einen reichen Mann zu heiraten, dann nehmen Frauen diese Angebote als vermeintliche Chance wahr, sich der harten Prostitution entziehen zu können.

Gekaufte Bräute im Gefängnis ihrer Ehemänner

Die vermeintliche Chance wird zur Illusion, das Eheglück zur Hölle. Ehen, die über diese entwürdigende Vermittlungspraxis zustande kommen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Unterschiedliche Erwartungen an die Ehe stoßen aufeinander: Männer wünschen sich eine fürsorgliche und gehorsame Hausfrau, die ihnen eine allumfassende Versorgung bietet, Frauen möchten als Ehepartnerin akzeptiert werden, wünschen sich eine harmonische Beziehung und erwarten eine finanzielle Unterstützung ihrer Familien. Verständnislos schütteln deutsche Ehemänner den Kopf, wenn die Frauen sie darum bitten. Die Frauen kommen in ein völlig fremdes Land mit ganz anderen Umgangsformen. Im ausländerfeindlichen Deutschland spüren sie die Kälte und Unverbindlichkeit von Nachbarn, denen sie täglich im Treppenhaus begegnen, sie fühlen sich einsam und verlassen, weil die Ehemänner soziale Kontakte verbieten. Oft dürfen sie gerade zum Einkaufen die Wohnung verlassen. Sprache und Schriftzeichen sind ihnen fremd, eine Verständigung ist nur gebrochen möglich. Es kommt immer wieder vor, daß sie die deutsche Sprache nicht lernen dürfen, weil ihre Ehemänner sie möglichst wie ein eingesperrtes Haustier in völliger Abhängigkeit halten wollen. Wenn das Objekt seinen Reiz verloren hat, hat der Mann bei einer Scheidung die besseren Karten. Nach einer Scheidung droht der Frau in der Regel die Ausweisung, denn meistens sind fünf Ehejahre erforderlich, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen. Aber auch bei mehr als fünf Ehejahren droht die Ausweisung, denn Grundvoraussetzung für die deutsche Staatsangehörigkeit sind gute Deutschkenntnisse und die kulturelle Integration. Kinder werden nach der Scheidung häufig dem Vater zugesprochen. Das Aufenthaltsrecht steht und fällt mit der Ehe. Will die Frau den Mann verlassen, dann wird das Gefängnis zur Hölle.

Wie sollen Gruppen und engagierte Einzelpersonen gegen den Frauenhandel vorgehen, wenn das Gesetzbuch keine Strafverfolgung gegen Heiratsvermittler vorsieht, die Frauen in bebilderten Katalogen mit Heiratsgarantie, Probe- und Umtauschrecht anbieten? Wie sollen die betroffenen Frauen als einzige Zeugen gegen Zuhälter und Händler aussagen, wenn sie aufgrund ihres illegalen Aufenthaltes ausgewiesen werden? Es reicht bei weitem nicht aus, Händlern und Zuhältern „auf die Finger zu gukken", wie die Rechtsexpertin der SPD-Bundestagsfraktion Däubler-Gmelin vorschlägt. Den Frauen sollte ein Aufenthaltsrecht eingeräumt werden, das ihnen den Verbleib in der Bundesrepublik ermöglicht.

ck

Anmerkung:

1) Diese Zahl wurde seit den Recherchen von Heinz G. Schmidt, „Der neue Sklavenmarkt", 1985, nicht widerlegt.

Assoziationen zur männlichen Nachfrage

Ohne die Hintergründe der stetig anwachsenden Nachfrage nach Frauen aus der „3. Welt“ zu analysieren, lassen sich bei Betrachtung der Klischees, die den Frauen auferlegt werden, und der Vertragsbedingungen der Händler verschiedene Überlegungen zur Nachfragestruktur des „kaufenden Mannes“ anstellen. Erfahrungen aus der Beratungsarbeit fließen im folgenden mit ein.

Angepriesen werden Frauen mit idealisierten außergewöhnlichen weiblichen Reizen, die mit Verhaltensweise kombiniert werden, wie sie in Liebesfilmen gezeigt werden und für immer und ewig versprochen sind. D.h. Aussehen und Verhalten scheinen optimal, gemessen an unseren gesellschaftlichen Verhaltensnormen und Schönheitsidealen für ein akzeptables geliebtes Sexualobjekt. Die Frau geht als frei verfügbares Wesen in den sicheren Besitz des Mannes über. Und in der Tat lassen die realen rechtlichen, sozio-kulturellen und ökonomischen Abhängigkeiten der gekauften Frau aus der „3. Welt“ für sie keine wirklichen Alternativen zu. Wo ist in unserer Gesellschaft noch eine solche Sicherheit und Kontinuität in sozialen Beziehungen zu bekommen, in einer Gesellschaft, in der die Unverbindlichkeit in Beziehungen schon eine dominante Rolle spielt?

Die „gekaufte Frau“ scheint nicht nur dem Idealtypus einer treuen und attraktiven Geliebten zu entsprechen, nein, sie nimmt genauso mühelos die Funktionen der perfekten Hausfrau und Mutter ein. Freiwillig scheint sie die traditionelle Geschlechterrollenverteilung zu akzeptieren, die Reproduktionsarbeit entspricht anscheinend ihrer Natur. Folgerichtig steht dem Käufer dann das weite Feld des öffentlichen Lebens uneingeschränkt zu, seine gesellschaftliche Vormachtsstellung wird ihm nicht streitig gemacht, sein patriarchales Vorrecht läßt sich ausleben und genießen.

Auch als Randgruppenzugehöriger eines Industriestaates kann man sich einer Frau aus der Dritten Welt überlegen fühlen, kann gesellschaftliche Ohnmacht mit Omnipotenzerlebnissen im Privatleben kompensiert werden.

Die gekaufte Frau aus der „3. Welt“ erfüllt die Funktion
— der Geliebten, wo Sexualität und Partnerschaft schwer zugänglich ist;
— der Hausfrau, wo der Bedarf einer bezahlten Arbeitskraft besteht;
— der Mutter, wo sich die Frage nach Wärme und Vertrauen stellt;
— der Dienerin, wo Ohnmachtsgefühle kompensiert und Aggressionen ausgelebt werden müssen.

Realität ist, daß Männer versuchen, durch einen einfachen Kauf ihrer gesellschaftlich bedingten Einsamkeit und Isolation zu entkommen. Sie eignen sich einen Menschen an, über den sie ziemlich frei verfügen können, ohne mit besonderen Sanktionen rechnen zu müssen, denn bei Bedarf kann mann sich des Objekts Frau recht einfach entledigen.

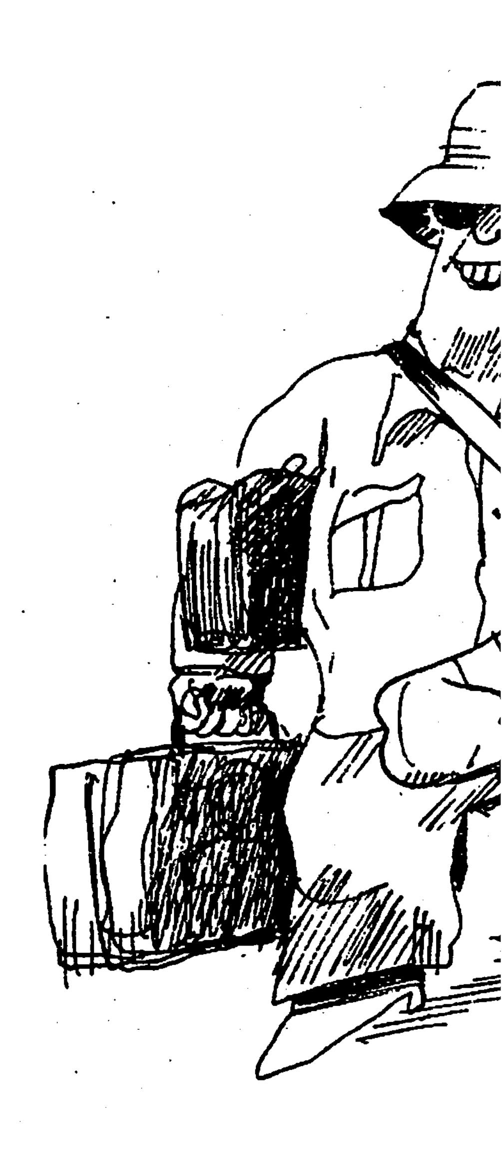
Durch den Griff in die fremde Kultur, in der Familien- und Beziehungszusammenhänge noch zu funktionieren scheinen, wird versucht, die Kehrseite unserer hochindustriellen Leistungsgesellschaft zu überwinden. Das Makabere daran ist, daß ausgerechnet ein Kaufakt dieses emotionale Loch stopfen soll, daß mann sich über eine konsumierende Haltung einen Ausweg erhofft und das gleiche Konsumverhalten, das zu dem Dilemma beitrug, soll seine Folge mildern.

Als logische Konsequenz erscheint, daß die Frau in einer unter diesen Voraussetzungen zustande gekommenen Beziehung nur schwer als Subjekt mit eigenen Empfindungen, Ansprüchen und Vorstellungen wahrgenommen werden kann. Die Frau wird vielmehr zur riesigen Projektionsfläche — in sie wird hineinprojiziert, was das Leben lebenswert machen soll. Die in unserer Gesellschaft übliche Überbelastung von Beziehung, Ehe und Familie als Gegenpol zur Rationalität, Leistungsorientierung und Gefühlsfeindlichkeit, wird hier bis ins Extrem gesteigert.

Welche speziellen Forderungen im Einzelfall auch immer an die „gehandelten Frauen“ gestellt werden, die Käufer weigern sich, ihre eigene gesellschaftliche Situation und damit ihre Kaufmotivation zu hinterfragen. Diese Verweigerung von kritischem Reflektieren der eigenen geschlechtsspezifischen Position ist allerdings generell ein Ausdruck des männlichen Selbstverständnisses in patriarchalischen Verhältnissen.

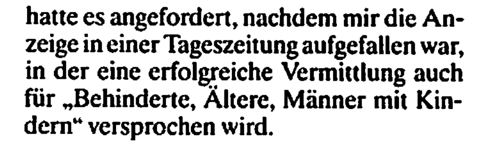
Elvira Niesner

Vieles ist über die Hintergründe von Frauenhandel geschrieben worden. Bisher nehmen sich hauptsächlich Frauen dieses Themas an, und mit Recht betrachten sie in erster Linie die Belange der Frauen. Auch in der Herangehensweise an ein solches Thema spiegeln sich allgemeine gesellschaftliche Realitäten wieder. So fällt auf, wie wir uns immer wieder auf das „arme Opfer Frau“ konzentrieren und dabei den „Täter Mann“ unbeschadet lassen — nach dem Motto: „Veränderung ist in der „3. Welt“ angesagt — weit weg von uns!“



Der k

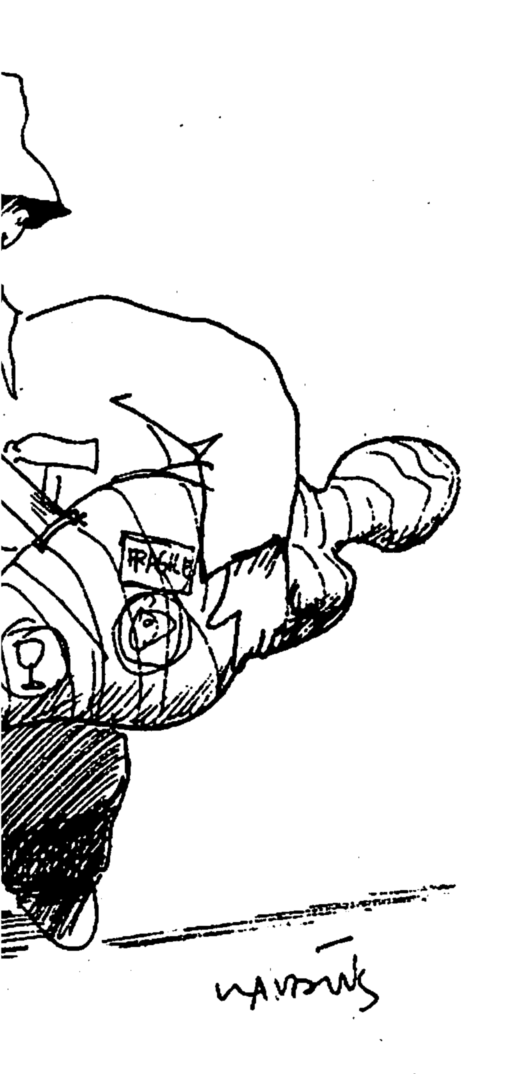
Kein Glück in der Liebe, aber . . .



Versuch einer Erklärung am Beispiel eine Heiratshandelprojektes

Eine Möglichkeit der Herangehenweise an die Frage, warum sich deutsche Männer ausländische, speziell asiatische Frauen kaufen, ist die über die Broschüren der Heiratshändler. Vielleicht lassen sich hier Indizien finden, wenn wir unser Augenmerk auf die Zielgruppe — also auf die Männer als potentielle Käufer — richten, die dadurch angesprochen werden sollen.

Vor mir liegt das farbige Hochglanzprospekt von Manfred Orlicks Internationaler Moderner Partnervermittlung (IMP). Ich hatte es angefordert, nachdem mir die Anzeige in einer Tageszeitung aufgefallen war, in der eine erfolgreiche Vermittlung auch für „Behinderte, Ältere, Männer mit Kindern" versprochen wird.



...ufende Mann

Hundertprozentiger Erfolg

Als erstes fällt mir auf, wie immer wieder und in allen möglichen Variationen mit der garantierten Risikolosigkeit und dem gesicherten Erfolg geworben wird: „Wir haben uns zum Erfolg verpflichtet", „... die vielen hundert durch uns geschlossenen Ehen bestehen alle noch, bis heute keine Scheidung und keine Trennung", „... weil wir nichts dem Zufall überlassen", „Das Risiko übernehmen wir". — das geht bis zur Hochzeitsausstattung auf Wunsch, der ärztlichen Untersuchung (zunehmend auch AIDS-Tests) und der hauseigenen Sprachschule. Und das non plus ultra des gesichterten Kauferfolgs ist die mehrmals erwähnte notariell beglaubigte Verpflichtungserklärung, perfektioniert durch die „Geld-zurück-Garantie", die mittlerweile von den meisten Händlern angeboten wird.

Es scheint also, daß enorme Ängste seitens der Männer bestehen, die es zu beruhigen gilt. Diese beziehen sich zum einen sicherlich auf das „Fremde", das „Andersartige". Und natürlich sind die Orlicks genau wie die meisten anderen Agenturen darauf bedacht, sich als im Gegensatz zu den anderen seriöses Unternehmen darzustellen. Zum anderen werden hier schon unterschwellig die Männer angesprochen, die bisher eben noch keinen Erfolg hatten. Daß das natürlich nicht ihre Schuld, sondern die der „überemanzipierten" Europäerinnen ist, darauf will ich später noch eingehen.

„Kein Glück in der Liebe"

Zunächst einmal gehe ich davon aus, daß prinzipiell alle Männer als potentielle Käufer in Frage kommen. Dennoch scheinen gewisse Männer besonders empfänglich für diese Art Gèschäft zu sein. Sind es z.B. die, die aufgrund ihrer äußerlichen Erscheinung bisher immer auf die Nase gefallen sind? So prangt über dem Foto eines frisch getrauten Hochzeitspaares der eindeutig auf den Mann bezogene Satz „Schönheit allein ist nicht entscheidend". Auch die Bilder diverser anderer Broschüren zeigen u.a. Männer, die sich rasant aufs Rentenalter zubewegen. Das deutlichste und wohl zynischste Beispiel dafür, daß eine der wichtigsten Zielgruppen die Männer sind, die den „Männlichkeitsansprüchen" nicht (mehr) genügen, die also quasi zur Randgruppe geworden sind, sind die schon erwähnten Behinderten. Eine ganze Seite widmet ihnen die Orlick-Broschüre: nachdem das Ehepaar Orlick Verständnis und Problembewußtsein beweist, indem auf die eigene spastisch belähmte Tochter Susanne hingewiesen wird, geht es weiter: „... alles hat KEINEN WERT OHNE EINEN TREUEN, NATÜRLICHEN UND ANSTÄNDIGEN LEBENSPARTNER, der mit durch Freud und Leid geht, der FREUDIG UND WILLIG die Aufgaben übernimmt, die der Behinderte nicht mehr wahrnehmen kann, ..."; und zum Schlüß „WENN ALSO BLINDE, BEINGELÄHMTE, QUERSCHNITTGELÄHMTE, ROLLSTUHLFAHRER ETC. IHREN LEBENSPARTNER DURCH UNS GEFUNDEN HABEN, SO BESTEHT SICHERLICH AUCH FÜR SIE EINE GUTE CHANCE."

Anstatt sich gegen diese Perfektions- und insbesondere Männlichkeitsansprüche zu wehren, Diskriminierungen zu bekämpfen und für ein gleichberechtigtes Leben einzutreten, ist es natürlich erheblich bequemer, diese Ausgrenzung zu reproduzieren, indem quasi Macht über noch Ohnmächtigere (in diesem Fall die ausländischen Frauen) erlangt wird. Denn damit einher geht wiederum eine Aufwertung des eigenen Status'. Wer möchte schon bezweifeln, daß eine junge, hübsche, repräsentative Exotin an der Seite eines Mannes, nicht dessen Ansehen steigert und somit einen sozialen Aufstieg bedeuten kann? (Dies hat übrigens nicht unbedingt etwas mit der bereits erreichten beruflichen Stellung der Männer zu tun; schließlich werden auch Professoren und Ärzte vermittelt.) Dieser soziale Status ist allerdings nur einer von vielen Anforderungen, die von unserer „Männergesellschaft" an die „Herren der Schöpfung", an das „starke Geschlecht" gestellt werden.

Diese Aufwertung des eigenen Status' wird im Katalog einerseits nicht offen angesprochen, sondern verdeckt, indem nur positive Eigenschaften auf die zu kaufende Frau projiziert werden. Andererseits wird dem Mann durch offen rassistische Plattitüden geschmeichelt wie: „... der deutsche Mann ist die Nr. 1 der Welt! ... Strebsamkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit, Mut, Ehrlichkeit und Treue! Diese Eigenschaften prägen das hohe Ansehen des deutschen Mannes in der Welt! Auf diesem Ansehen beruhen Ihre Chancen!" (Günter Mengers Broschüre: „Traumhaft schön", S. 21)

Die absurdesten Rechtfertigungen müssen für diese Aufwertung herhalten: „Diese Mädchen leben in einem Land mit enormen Frauenüberschuß und geringen Verdienstmöglichkeiten. Kaum ein durchschnittlicher Mann hat dort die Chance, das Geld für eine Hochzeit aufzubringen — geschweige denn, den Unterhalt für eine Familie. Und ein Mädchen, das mit 20 Jahren noch keinen Mann gefunden hat, gilt dort als alte Jung-

fer." (F+S, Mörfelden-Walldorf) Ist dem noch etwas hinzuzufügen?

Raffinierte Werbetricks

Ein anderer Aspekt bei der Frage, welches die Männer sind, die bisher „kein Glück in der Liebe" hatten, ist folgender: es ist auffallend, wie raffiniert die Orlicks die emotionalen Defizite unser materialistischen und gefühlskalten „Industriewelt" aufgreifen, um sie in Gegensatz zur angeblich noch heilen asiatischen Welt zu setzen: „Hier finden wir, was uns weitgehend im alten Europa verlorengegangen ist: Lebensfreude, Lachen, Unbekümmertheit, menschliche Wärme und Zuneigung. Wir kämpfen und investieren unsere meiste Kraft und Zeit in materielle Werte..."

Diese Überidealisierung offenbart sich als völlig verlogen, wenn wir uns vor Augen halten, wie auf die materialistischste Art und Weise mit allen strategischen Tricks der Verkaufswerbung die Frauen wie Waren angeboten werden („Auch im tiefen Schnee fühlt sich die Philippinin wohl.")

Männer — das schwache Geschlecht

Eine weitere Form der Legitimation, sich als Deutscher eine Asiatin zu kaufen, ist die des frustrierten, von den „emanzipierten deutschen Frauen" abgestoßenen Mannes.In der Orlick-Broschüre klingt das so: „Sollten Sie eine selbstbewußte, emanzipierte Karrierefrau suchen, müssen wir Sie enttäuschen. Wenn aber eine warmherzige, treue und sehr gefühlvolle Partnerin für Sie wichtig ist, werden Ihre Wünsche sicherlich durch uns erfüllt werden." Und der „Partner Service International" schreibt: „... denken wir, daß eine Hauptursache von Partnerproblemen im Feminismus und der daraus resultierenden Krise im Selbstverständnis der Frau liegt."

Na bitte, da haben wir's: die Frauen sind schuld! Und außerdem ist es nur eine Krise, so etwas wie eine Krankheit! Und weiter: „Aber auch diese Krise hat nicht nur negative Seiten. Eine der positiven ist



zweifellos, daß sie uns hinsichtlich der Frauenfrage eine Chance zur geographischen Neuorientierung bietet! Wir betrachten es nicht zuletzt auch als einen Akt männlicher Solidarität, Ihnen zu einer ... Partnerin zu verhelfen, die aus einem Land stammt, in dem die Frauen noch keine Probleme mit ihrem weiblichen Selbstverständnis haben." Hier wird nicht nur die Existenz der Emanzipationsbewegung in Thailand und auf den Philippinen vollkommen geleugnet, dieses Scheinargument reproduziert Klischees,die von rassistischen und (neo-) kolonialistischen .Vorstellungen geprägt sind. „Diese Mädchen und Frauen haben erkannt, daß es keinem nützt, eine bockige oder störrische Frau, ein zänkisches Weib, eine untreue Schöne oder eine maskuline Emanze zu sein." (F+S, Mörfelden-Walldorf). Wo wird deutlicher, daß es wohl in erster Linie darum geht, die Frauen gegeneinander auszuspielen — und das zum Nutzen der deutschen Männer und zu Lasten der asiatischen Frauen.

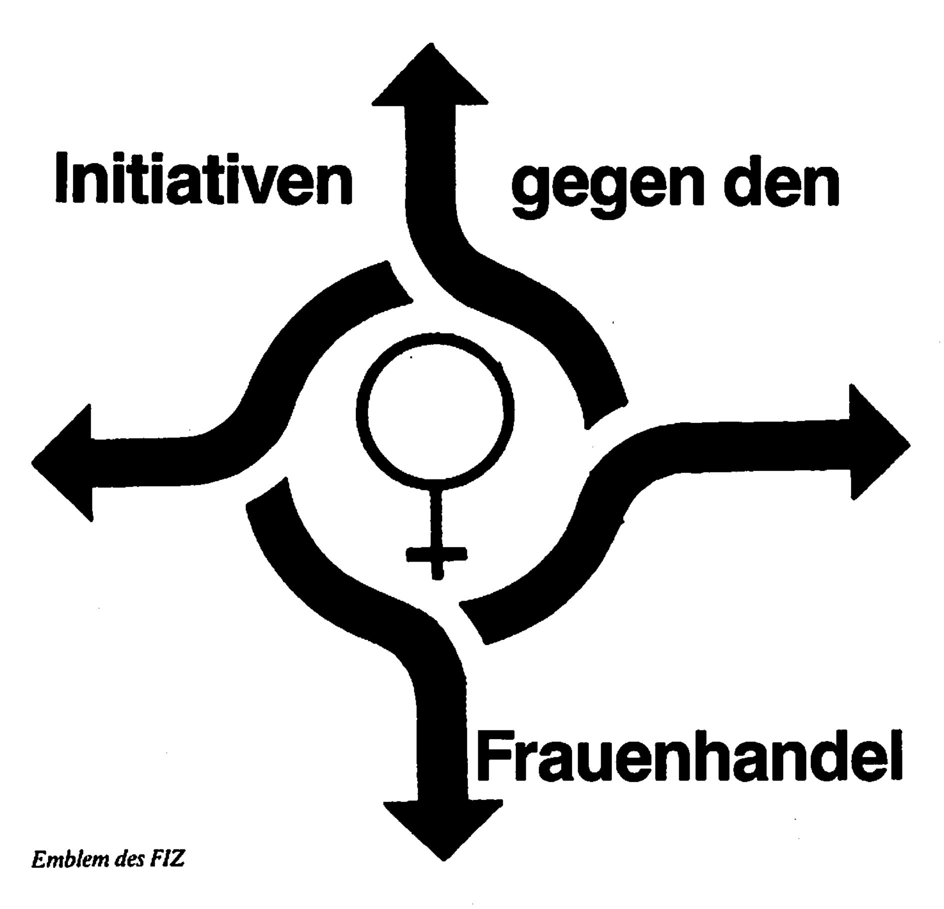
Schlußbemerkung

Wir haben Fragen angerissen und Überlegungen angestellt, die Bereiche betreffen, die unseres Wissens nach bisher noch kaum beachtet worden sind. Dabei ist uns aufgefallen, daß es wieder einmal wir als Frauen sind, die sich Gedanken über die Männer machen.

Bringt es uns als Frauen weiter? Können wir darauf hoffen, daß Männer irgendwann einmal anfangen, sich mit dieser Sache auseinanderzusetzen? Wie gehen wir mit diesem unguten Gefühl und der Widersprüchlichkeit um?

Diese Fragen bleiben hier unbeantwortet, genauso wie die im Artikel angerissenen Gedanken noch lange nicht zu Ende gedacht sind.

Gesine Meerwein



Emblem des FIZ

Unser Ziel ist ein politisches — Kommentar über die Arbeit im Dritte-Welt-Frauen-Informationszentrum Zürich

Als wir vor drei Jahren (Febr. 1985) daran gingen, in Zürich das „Dritte Welt - Frauen - Informationszentrum" (FIZ) ins Leben zu rufen, war es den Gründerinnen klar, daß die Arbeit der beiden FIZ-Frauen — einer Schweizerin und einer Filipina — aus politischer Arbeit im Hinblick auf Strukturveränderungen und aus Hilfe und Beratung bestehen sollte. Dies gelang auch. Befürchtungen, wonach die Beratung die eine Stelle im FIZ übermäßig belasten könnte, trafen nicht ein. Es kommt zwar immer wieder vor, daß Jo tagelang an einer Scheidung zwischen einer Filipina und ihrem Schweizer Mann vermittelt oder daß Annemarie Besuch von Dominikanerinnen erhält, die viel zu erzählen haben. Abgesehen davon, daß solche Begegnungen und Erfahrungen den Boden unserer Arbeit bilden, blieb immer noch genug Zeit für Bewußtseinsbildung, für politische Überlegungen, für die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Gruppen.

Natürlich betreuen wir auch Frauen, die schwer mißhandelt wurden und deren rechtliche Lage zum Verzweifeln ist. Solche schweren Fälle sind für die Mitarbeiterinnen eine Herausforderung und Bestätigung für die Notwendigkeit ihrer Arbeit. So unabdingbar Hilfe und Beratung sind, wir müssen acht geben, daß wir nicht plötzlich dem Staat eine Aufgabe abnehmen und für ihn Gratisarbeit leisten. Schon mehr als einmal wurde uns in Zürich der Satz hinterbracht, der auf Ämtern in Zusammenhang mit „schweren" oder komplizierten „Fällen" fiel: „Dafür haben wir jetzt das FIZ". Sicher, wir entziehen uns dem nicht, aber erst, wenn unsere Hilfe mit politischen Forderungen verbunden wird, haben wir ein Ziel: Strukturveränderungen. Das politische Ziel gibt uns auch die Kraft, die schreiende Ungerechtigkeit und den oft kaum zu überbietenden Zynismus der männlichen Gesellschaft bloßzustellen und solche Forderungen zu formulieren. Wichtig scheint es mir, daß Leute, die aus der entwicklungspolitischen Szene kommen, mit feministischen Frauen zusammenarbeiten und daß sie keine unnötigen Gegensätze konstruieren.

Daß die Mitarbeit von Männern in dieser Arbeit Lücken schließen könnte — Männer sind schließlich die Ursache der ganzen Misere des Frauenhandels —, haben wir schon so oft wiederholt. Trotzdem ist die Auseinandersetzung mit dem Thema Frauenhandel leider auch in der Entwicklungspolitik Frauensache geblieben. Mit wenig löblichen Ausnahmen.

Nun zu den Forderungen. In der Schweiz möchten wir erreichen, daß Ausländerinnen, die als Tänzerinnen hier arbeiten, in ihrer Gesundheit nicht gefährdet erden — kein Zwang zum Umsetzen von Alkohol! —, daß ihre arbeitsrechtliche Situation verbessert wird und daß sie nicht durch die Hintertür wieder um den Lohn ihrer Arbeit gebracht werden. Zum Teil existieren bereits brauchbare Gesetze und Bestimmungen, doch scheren sich Manager der Nachtlokale keinen Deut darum, die Polizei zuckt die Schultern, erklärt sich als überfordert oder läßt sich korrumpieren. Wie wir in dieser Macho-Kumpanei die Gesetze durchsetzen, wissen wir nicht. Eine Idee ist gezielte Bewußtseinsbildung innerhalb von Ausbildungs- und Fortbildungskursen der Polizei. Eine weitere Forderung geht an die Gerichte: Frauenhändler müssen schärfer bestraft, Lokalbesitzern muß das Patent entzogen und Heiratsvermittlungsinstitute sollen bewilligungspflichtig werden. Die rassistisch, gesetzlich nicht abgestützte Situation der Frauen, die nur als Tänzerinnen eine Arbeitsbewilligung bekommen, muß verschwinden. Dazu brauchen wir das Engagement der Parlamentarier.

Ausgebaut haben wir in letzter Zeit die Informationen der Frauen in ihren Heimatländern. Wir möchten die Frauen nicht ermutigen, nach Europa zu kommen. Die allermeisten haben keine Ahnung, welchen Widerlichkeiten sie hier ausgesetzt sind. Gerade deshalb ist es wichtig, daß sie so gut wie möglich informiert sind über unsere Arbeits- und Lebensbedingungen und daß sie wissen, wohin sie sich wenden können, wenn sie Schwierigkeiten bekommen. Diese Informationen laufen über dortige Frauen- und Solidaritätsgruppen. Leider kommt die Zusammenarbeit nur langsam in Gang, und in vielen Ländern gibt es keine Gruppen oder wir kennen sie nicht.

Für uns ist die Arbeit der Go-go-girls oder der Masseusen nicht eine Arbeit wie jede andere. Warum die Frauen zu uns kommen, ist jedem klar, der ihre Verhältnisse zu Hause kennt. Es darf nicht unsere Aufgabe sein, den betroffenen Frauen zu sagen, was sie sollen und was nicht. Wir können ihnen aber helfen, daß sie selbst ihre Entscheidung in größerer Unabhängigkeit fällen, indem wir ihnen Informationsmaterial zur Verfügung stellen und versuchen, sie vor Gefahren für Leib und Leben zu schützen. Es ist wenig genug.

Regula Renschler

Beratungsstelle „agisra" — eine Selbstdarstellung

Die agisra (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung e.V.) ist ein bundesweiter Verein gegen Sextourismus und Frauenhandel. Mitglieder sind Einzelpersonen und Gruppen, die zu den Problemen arbeiten.

Den Verein gibt es zwar schon seit 1983, aber erst im Nov. 86 konnten wir in Frankfurt ein Büro einrichten. Finanzielle Starthilfe bekamen wir vom ABP (Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik der Ev. Kirche), von terre des hommes, von der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt und vom Öko-Fond der Grünen.

Agisra versteht sich als Koordinationsstelle für die Arbeit verschiedener Gruppen im Bundesgebiet, als Informationsstelle für Probleme und als Beratungsstelle für die betroffenen ausländischen Frauen. Ziemlich schnell sind wir mit einer Fülle von Anfragen nach Informationen zu den Problemen und nach Beratung für betroffene ausländische Frauen konfrontiert worden. Inzwischen hatten wir mit etwa 200 „Beratungsfällen" zu tun. Manchmal bedeutet Beratung nur ein längeres Telefongespräch, häufig aber ist ein großer Zeitaufwand erforderlich für persönliche Gespräche, Briefe und unzählige Telefonate. Bisher hatten wir im Büro für alle anfallenden Tätigkeiten nur eine hauptamtliche Stelle. Das reicht natürlich bei weitem nicht aus, daher sind wir auf ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen. Seit 1. März arbeitet Tippawan Duscha, eine thailändische Sozialarbeiterin, hauptamtlich im Büro mit.
50 % der Anfragen kamen aus dem Bundesgebiet und weitere 50 % aus Frankfurt und Umgebung. Die Frauen, um die es dabei geht, kamen zu etwa 50 % von den Philippinen, zu 40 % aus Thailand und zu 10 % aus anderen Ländern (Korea, Kolumbien, Brasilien, Chile, Ghana, Kenia).

Wer wendet sich an uns?

Nur selten sind es die betroffenen Frauen selbst, sondern meist Leute aus dem sozialen Umfeld der Frauen wie Nachbarn oder Verwandte. Z.B. meldete sich eine Frau bei uns, deren Bruder sich aus dem Thailand-Urlaub eine Ehefrau mitgebracht hat; und die beiden konnten sich noch nicht einmal sprachlich verständigen. Manchmal melden sich phil-deutsche Ehepaare, die beim Einkaufen eine verzweifelte Filipina kennengelernt haben, die sie bei sich aufgenommen haben. Thailändische und philippinische Frauen, die sich um Frauen aus demselben Land kümmern, rufen an, um Maßnahmen zur Unterstützung der Frauen mit uns zu besprechen. Es melden sich Leute aus sozialen, kirchlichen und pflegerischen Berufen, die um Rat fragen, wenn z.B. eine blaugeschlagene Asiatin im Frauenhaus oder Krankenhaus erscheint.

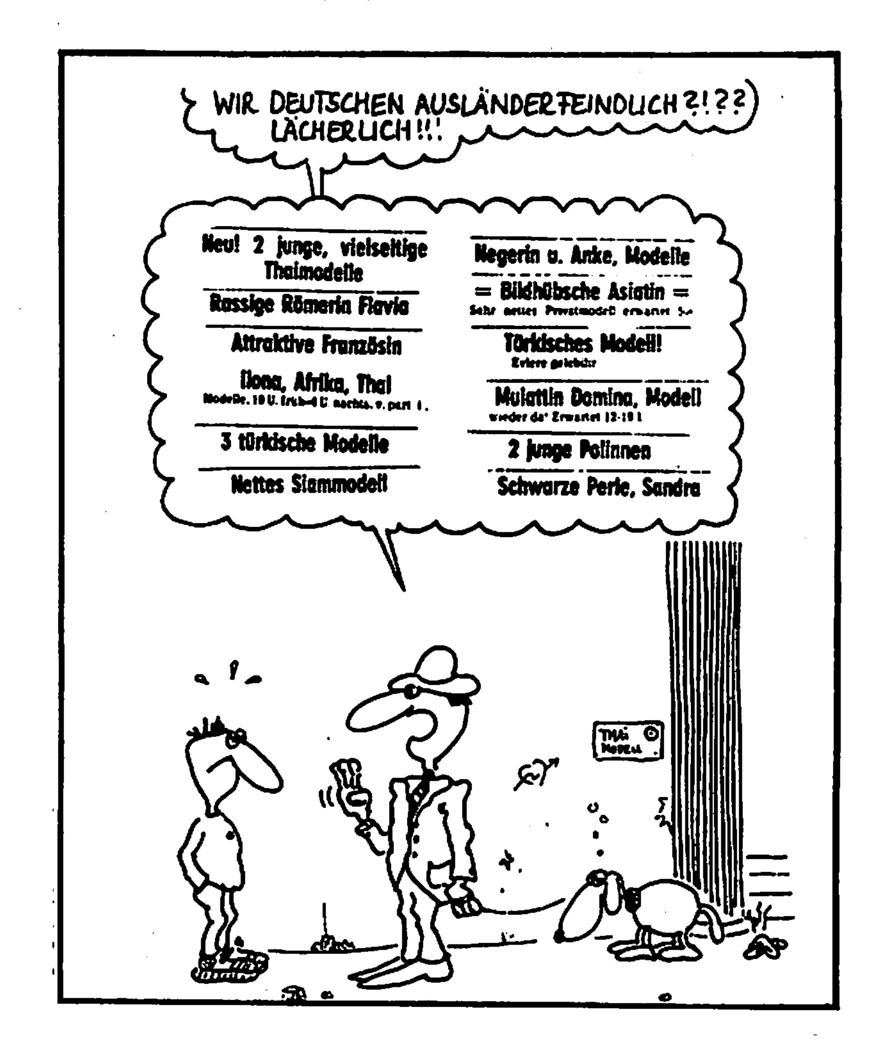
Um welche Probleme geht es?

Immer wieder stoßen wir auf die gleichen Probleme: Eingewöhnungsschwierigkeiten, Sprachprobleme, Isolation, fehlendes Verständnis und mangelnde Unterstützung seitens des Ehemanns, wenn sich z.B. die Frau verpflichtet fühlt, Geld an ihre Familie in der Heimat zu schicken oder wenn die Frau ihr/e Kind/er aus der Heimat in die BRD holen möchte. Häufige Probleme sind körperliche und psychische Gewalt durch Ehemänner, Heiratsvermittler, Zuhälter, Bar- und Bordellbesitzer, von denen die Frauen teilweise bereits weggelaufen sind und nun nicht wissen, wohin sie gehen können. Oft werden wir mit dem Problem des illegalen Aufenthaltes konfrontiert, wenn z.B. einer Frau immer wieder die Ehe versprochen wird und der Mann sie dann letztlich aber doch nicht heiratet. Andere Frauen haben Angst sich scheiden zu lassen, weil nach der Ehescheidung die Ausweisung droht. Bei Scheidung ist es für ausländische Frauen viel schwieriger, das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder zu bekommen, als für deutsche Frauen. Wir haben bisher vor allem mit Ehefrauen, illegal anwesenden Verlobten, Babysittern und Hausmädchen zu tun gehabt und nur selten mit Prostituierten (ca. 10 % der auftretenden Fälle). Letztere sind stärker isoliert, und nur selten gibt es Leute im sozialen Umfeld der Prostituierten, die die Frauen mit uns in Kontakt bringen. Ein aktiveres Zugehen wäre erforderlich, aber bisher konnten wir das aufgrund der allgemeinen Arbeitsüberlastung nicht leisten.

Was können wir tun?

Kommen die Anrufe von weit her, vermitteln wir nach Möglichkeit an andere Beratungsstellen. Da es bisher bundesweit sehr wenige gibt, bemühen wir uns, möglichst eine Frau aus demselben Herkunftsland zu finden, die in der Nähe wohnt, zu der betreffenden Frau Kontakt aufnehmen kann und sich bemüht, die Frau zu unterstützen. Wenn die Anrufe aus der näheren Umgebung kommen, laden wir zu einem Beratungsgespräch ein. Tippawan hat meist direkt mit den betroffenen ausländischen Frauen zu tun. Wir deutschen Mitarbeiterinnen haben dagegen eher über Telefon mit den Leuten zu tun, die sich vor Ort um die Frauen kümmern. Die Angst der betroffenen Frauen vor offiziellen Einrichtungen ist aufgrund ihrer Situation oft sehr groß. Wir werden häufig gefragt, ob wir Anonymität zusichern können, bevor sich Frauen oder Kontaktpersonen auf ein Beratungsgespräch einlassen. Gemeinsam suchen wir mit den Frauen oder mit den Kontaktpersonen nach Lösungsmöglichkeiten. Manchmal geht es darum, einer Frau aus ihrer Isolation herauszuhelfen; wir konnten teilweise Kontakte vermitteln zu Frauen aus demselben Land, die in einer ähnlichen Situation sind. Wir bemühen uns, geeignete Sprachkurse herauszufinden und vermitteln Adressen von Anwälten, die auf diese rechtlichen Probleme spezialisiert sind. Wenn eine Unterkunft gesucht wurde, haben wir uns bemüht, Plätze im Frauenhaus zu vermitteln.

Wenn die Frauen direkt von der Ausweisung bedroht sind, wenden wir uns auch an Sozialarbeiter. Einige sind sehr engagiert und aufgeschlossen, viele arbeitsüberlastet und können sich daher nur begrenzt für die Frauen einsetzen. Für Behördengänge suchen wir in der Regel eine Begleitperson aus dem sozialen Umfeld der Frauen. Manchmal rufen wir auch bei Ämtern an und besprechen mit dem zuständigen Beamten den Fall, was sich oft positiv auswirkt. In Ausnahmefällen haben wir auch die Frauen selbst begleitet z.B. zur Ausländerbehörde und zu Anwälten, denn Mißverständnisse können hier schwerwiegende Folgen haben. Gerade in diesem Bereich ist es wichtig, den genauen Sachverhalt zu kennen. Wenn die Frauen in ihre Heimat



zurück wollen oder müssen, können wir philippinischen und thailändischen Frauen Kontaktadressen von Gruppen mit auf den Weg geben, an die sie sich dann wenden können. Gegebenenfalls schalten wir auch die Polizei ein, wenn Hinweise über konkrete Fälle von Frauenhandel bei uns eingehen.

Grenzen der Arbeit

Immer wieder stoßen wir an die Grenzen unserer Arbeit durch die rechtliche Lage der Frauen, die sich strafbar machen, weil sie illegal im Land sind. Sie geraten dann in die Zange zwischen Heiratsvermittlern, sonstigen Vermittlern, Barbesitzern und anderen Leuten, die sie ausbeuten, und der Polizei und der Ausländerbehörde. Die Kriminalisierung der Frauen erschwert das Vorgehen gegen Menschenhändler, denn die Frauen können nicht Anzeige erstatten, ohne von ihrer eigenen strafrechtlichen Verfolgung und von Ausweisung bedroht zu sein. Viele Frauen würden sich eher umbringen, als nach Hause zurückzukehren. Kehren sie zurück, haben sie versagt. Denn schließlich sind doch so viele andere Frauen auch ins Ausland gegangen, um ihre Familien zu unterstützen. Und viele haben es doch scheinbar geschafft, zumindest schicken sie regelmäßig Geld nach Hause. Die Alternative zur Rückkehr bedeutet häufig illegaler Aufenthalt, illegale Arbeit meist als Prostituierte oder sich schnell mit dem nächstbesten deutschen Mann zu verheiraten. Immer wieder wird von uns erwartet, daß wir als Ehevermittler aktiv werden, doch das wollen wir nicht. Manchmal müssen wir mitansehen, wie Frauen, die gerade eine schlimme Ehe hinter sich haben, in eine neue flüchten, wobei abzusehen ist, daß der Mann die Ehe nicht ernst nimmt. Wir können der Frau nur unsere Bedenken mitteilen, ihre Entscheidung müssen wir respektieren. Es fällt nicht immer leicht, die Frauen und ihre Lösungsstrategien zu verstehen.

Männer wenden sich an uns

Einige Männer, die sich an uns wenden, überlegen, eventuell eine Asiatin zu heiraten; sie sind unsicher und wollen darüber sprechen. Manche haben schon Brieffreundschaften oder Ferienfreundschaften. Wieder andere sind schockiert über die Vermittlungspraxis von Heiratsvermittlern und wollen sogar aktiv dagegen vorgehen. Andere wollen über uns eine Asiatin kennenlernen, um so die Vermittlungsgebühr der Heiratsvermittler zu sparen. Im Interesse der Frauen und zur Vorbeugung von Frauenhandel sind die Gespräche mit den Männern wichtig. Wir informieren über Methoden und Praktiken der Heiratsagenturen, über Hintergründe in den Ländern der Dritten Welt und versuchen, die Männer zu bewegen, sich mit ihren eigenen Motiven auseinanderzusetzen.

Ziele der Beratungsarbeit

Wir können die Probleme der Frauen nur lindern, abschaffen können wir den Frauenhandel nicht. Neben der Beratungsarbeit, die etwa ein Drittel unserer Arbeit umfaßt, tragen wir die Probleme an die Öffentlichkeit mit dem Ziel, ein entsprechendes Bewußtsein zu schaffen und somit der Diskriminierung und Ausbeutung von Frauen aus der Dritten Welt entgegenzuwirken. Ein bis zweimal im Jahr organisieren wir bundesweit Vernetzungstreffen der Einzelpersonen und Gruppen, die zum Thema Sextourismus und Frauenhandel arbeiten. Die Erfahrungen aus der Beratungsarbeit der verschiedenen Gruppen fließen in die Forderungen ein, mit denen wir an die Öffentlichkeit und insbesondere an die Politiker herantreten. Neben der Öffentlichkeitsarbeit betrachten wir uns auch als Sprachrohr der betroffenen Frauen, die aufgrund ihrer rechtlichen Situation nicht die Möglichkeit haben, sich zu organisieren.

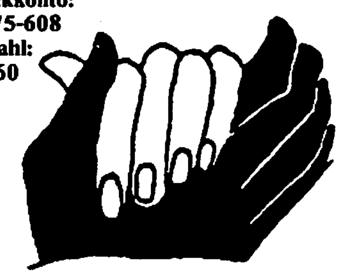
Unsere Planung für die Zukunft

Vieles müßte dringend getan werden, aber die schlechte finanzielle Lage engt die Möglichkeiten beträchtlich ein. Finanzielle Unterstützung von verschiedenen Geldgebern sind unregelmäßig, das erschwert die konkrete Palnung. Es sei daran erinnert, daß wir bisher nur eine hauptamtliche Stelle haben und der größte Teil der Arbeit ehrenamtlich geleistet wird. Wir können nur die notwendigste Arbeit leisten, d.h. wir reagieren auf Anfragen, können aber nur selten selbst die Initiative ergreifen. Bei entsprechender Entwicklung der finanziellen Möglichkeiten wollen wir in diesem Jahr die Arbeit ausbauen und Selbsthilfegruppen für betroffene ausländische Frauen einrichten. Das ist nicht imer leicht, weil manche Frauen sich von anderen, denen es ähnlich geht, abgrenzen, um nicht Gefahr zu laufen, als eine der „Katalogfrauen" oder der verfügbaren Prostituierten" betrachtet zu werden. Die vom Frauenhandel betroffenen Frauen stehen häufig unter Druck diskrimminierender Klischees und Verhaltensweisen, die aus dem deutschen Umfeld gegen sie gerichtet werden. Neben den Selbsthilfegruppen möchten wir einen Sprachkurs speziell für thailändische Frauen einrichten. Denn gerade für thailändische Frauen, die nur selten mehr als vier Jahre eine Schule besucht haben, ist es oft äußerst schwer, bei den üblichen Sprachkursen für Ausländer mitzuhalten.

Susanne Lipka


Adresse und Spendenkonto:
agisra e.V.
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt 1

Postscheckkonto:
Nr.: 173 75-608
Bankleitzahl:
500 100 60



Interview mit Maria Friedmann, Sozialpädagogin im Fraueninformationszentrum (FIZ)

Das FIZ existiert nun einige Monate. Wie kam es zur Gründung im Oktober letzten Jahres?

Angefangen hatte es damals auf dem Weltgebetstag 1980, als thailändische Christen in der von ihnen vorbereiteten Liturgie fragten: Was ist mit euren Männern los, daß sie ihre sexuellen Bedürfnisse bei uns in Thailand ausleben müssen.

Das war wohl das erstemal, daß dies thematisiert wurde und es hat dementsprechend viel Staub aufgewirbelt. Obwohl schnell klar war, daß man hier Öffentlichkeitsarbeit betreiben müßte, um ein Problembewußtsein zu schaffen, was Prostitutionstouristen in jenen Ländern eigentlich anrichten, dauerte es lange Zeit bis konkrete Schnitte unternommen wurden. Erst 1986 hat dann darüber eine Studientagung hier in Stuttgart stattgefunden, an der ganz unterschiedliche Gruppen teilgenommen haben, hauptsächlich jedoch kirchliche Verbände. Sie hatten Experten eingeladen, um sich ein Bild über das Ausmaß des Prostitutionstourismus und des Frauenhandels machen zu können. Hinter dieser Tagung stand wohl die Einsicht, mehr als Öffentlichkeitsarbeit betreiben zu müssen, nämlich eine Beratungsstelle einzurichten. Die verschiedenen Verbände bildeten einen losen Arbeitskreis, mit dem Ziel als ersten Schritt eine Anlaufstelle für betroffene Frauen aufzubauen. Dieser Zusammenschluß ist später in das Kuratorium umgewandelt worden, das das FIZ beraten und begleiten soll.

Wer gehört dem Kuratorium an, von dem Du vorhin gesprochen hast?

Zu diesem Kuratorium gehören der Verein für internationale Jugendarbeit im Christlichen Weltbund junger Frauen, Frauenhilfe der Evang. Landeskirche in Württemberg, Männerwerk der Evang. Landeskirche, Evang. Gesellschaft Stuttgart, Mitternachtsmission und Telefonseelsorge, Frauenarbeit der Evang. Landeskirche in Württemberg, Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung — Dienst in Übersee, Kath. Frauenarbeit der Diözese Rottenburg, Beratungsstelle für Frauen und Mädchen in Heilbronn, Evang. Oberkirchenrat und die Leitstelle für Frauenfragen im Sozialministerium.

Welche Aufgaben hat dieses Kuratorium?

Die Mitglieder des Kuratorium setzten sich engagiert ein, um für das FIZ Landes- und Bundesmittel zu bekommen. Das Kuratorium hat beratende und begleitende Funktionen und trifft sowohl konzeptionelle als auch personelle Entscheidungen.

Das Kuratorium hat später dem Verein für Internationale Jugendarbeit die Trägerschaft für das FIZ übertragen.

Welches sind nun die Aufgaben und Ziele des FIZ?

Also zunächst ist das FIZ erst einmal Beratungs- und Informationsstelle. Von der Konzeption her kann diese Beratungs- und Informationsarbeit auch Sozialbetreuung umfassen, abhängig ob es regional noch erreichbar ist. Im FIZ arbeiten auch stundenweise Thailänderinnen und Filipinas als Dolmetscherinnen. Sie nehmen an der Sozialbetreuung teil und besuchen auch Frauen zu Hause. Wir haben nun auch einen Frauennachmittag für philipinische und thailändische Frauen, als eine Möglichkeit der Frauen sich zu begegnen, initiiert. Wir richten gerade eine speziellen Sprach- und Alphabetisierungskurs für thailändische Frauen ein. In der Konzeption ist vorgesehen, ein Netz von ehrenamtlichen Helferinnen, oder sogenannten Kontaktfrauen aufzubauen, da das FIZ nicht den gesamten Bezirk von Baden-Württemberg abdecken kann. Gedacht ist an Frauen, die zeitweise im Ausland waren, die die Sprachen können oder überhaupt Frauen, die Lust haben, zu den betroffenen Frauen aus Thailand oder anderen Ländern Kontakt aufzunehmen, sie zu besuchen, mit ihnen einkaufen zu gehen, sie aus ihrer Isolation heraus zu holen. Charakteristisch für diese Frauen ist ja eine extreme Abhängigkeit und eine große Isolation von der Außenwelt.

In der Konzeption ist die Beratung und Information ein Punkt und ein anderer ist die Öffentlichkeitsarbeit. Zur Zeit machen wir vorrangig Beratungs- und Infoarbeit. Die Öffentlichkeitsarbeit dagegen ist etwa für die Zukunft. Nicht weil sie weniger wichtig für mich ist, sondern weil ich es arbeitsmäßig einfach nicht bewältigen kann. Ich war ja bisher allein als Mitarbeiterin mit den Dolmetscherinnen und bin kaum mit der Beratungs- und Aufbauarbeit zu Rande gekommen. Jetzt ist zum ersten Februar eine Bürokraft eingestellt worden und im März übernimmt eine Rechtsanwältin die Leitung im FIZ. Darüber bin ich sehr froh.

Mit welchem Anliegen kommen die Frauen zu Euch?

Der überwiegende Teil der Frauen, die hierher kommen um sich beraten zu lassen sind verheiratete Frauen, die extremer Gewalt durch ihre Ehemänner ausgesetzt sind. Diese Frauen möchten sich von ihren Männern trennen, möchten das Kind behalten, wollen wissen wie sie weitermachen können; sie wollen sich eine neue Perspektive aufbauen. Wir klären ab, wo sie wohnen und arbeiten können, wobei wir auf andere bestehende Institutionen zurückgreifen. Oder wenn Frauen bei ihren Männern bleiben wollen und sich durch eine Eheberatung etwas erhoffen, vermitteln wir sie an eine Eheberatungsstelle weiter. Aber dies kommt relativ selten vor. Mein Eindruck ist, daß oftmals wenn Frauen uns aufsuchen, sie jahrelang geschlagen und gedemütigt wurden und sie auf keinen Fall zu ihren Männern zurückwollen. Aber ich beschäftige mich noch nicht lange damit. Einen Teil machen rechtliche Anliegen aus. Es gibt viele Anfragen von deutschen Frauen, die eine Ausländerin kennen, deren Touristenvisum abgelaufen ist. Sie interessiert, welche Möglichkeiten es gibt, wenn die Betroffene hier bleiben möchte. Auch von Müttern, deren Söhne sich in eine Filipina verliebt haben, die nun zurück muß, weil das Visum abgelaufen ist, bekommen wir Anrufe. In letzter Zeit wollen amerikanische Familien, die von einer kürzlich aufgeflogenen Agentur eine Filipina als Hausangestellte vermittelt bekommen haben, wissen, was sie machen sollen. Aber auch Prostituierte, die aus dem Prostitutionsgewerbe ausgestiegen sind, wenden sich an uns. Für sie gibt es hier kaum Perspektiven. Wir veröffentlichen keine konkreten Fälle, weil sehr schnell daraus geschlossen werden kann, welche Frau gemeint ist.

Wenden sich die betroffenen Frauen direkt an Euch mit ihren Anliegen?

Zu Anfang haben immer Nachbarn, Freunde, Bekannte oder auch ein paarmal Sozialarbeiter und Pfarrer angerufen und sich für die Frauen erkundigt. Doch seit Filipinas und Thailänderinnen dolmetschen, Telefondienst machen, seither melden sich die Frauen auch persönlich.

Die Frauen aus den Bars kommen bisher selten zu Euch. Wie bekommst Du Kontakt zu den Prostituierten? Gehst Du selbst in die Bars?

Bisher nicht. Es ging zeitlich einfach nicht. Aber für die Zukunft haben wir es uns vorgenommen. Es gibt viele geschlossene Häuser, wo die Frauen ständig unter Kontrolle sind. Ich stelle mir vor, diesen Frauen in den Bars einfach eine Adresse in die Hand zu drücken, bei der sie anrufen können, wenn es ihnen schlecht geht. Hier in Stuttgart gibt es 150 Bars, wo Ausländerinnen arbeiten. Ich selbst kenne bisher nur eine. Ich glaube, eine Art Straßensozialarbeit wäre gut, aber ob wir sie bewältigen können, weiß ich nicht. Wichtig ist, wenn die Frauen unsere Adresse haben und wissen, daß es uns gibt, daß man hier ihre Heimatsprache versteht.

Wieviele Anfragen bekommt das FIZ?

Genaue Zahlen kann ich Dir nicht nennen, aber es gibt täglich Anfragen. Von Oktober bis Januar habe ich 120 Anfragen gezählt. Oftmals sind es kleinere telefonische Anfragen. Wir haben auch Fälle, die 10 bis 40 Arbeitsstunden in Anspruch nehmen. Dazu gehören z.B. auch Anfragen von der Presse, Ämtern, kirchliche Einrichtungen und Frauengruppen.

Arbeitet ihr auch mit staatlichen Einrichtungen wie z.B mit dem Sozialamt oder der Polizei zusammen?

Ich halte es immer für gut, wenn man staatliche Stellen in Anspruch nimmt, z.B. wenn es um Sozialhilfe geht. Aber wir müssen aufpassen, wenn eine Frau von ihrem Mann getrennt lebt, wenn sie sich von ihrem Mann scheiden lassen will. Da sie in der Regel keinen eigenen Aufenhaltsstatus besitzt, verliert sie ihre Aufenthaltsgenehmigung. Sie kann auch nur eine vom Mann unabhängige Aufenthaltsgenehmigung bekommen, wenn sie z.B. ein Kind hat

und das Sorgerecht zugesprochen bekommt, wenn sie lange Zeit hier gearbeitet hat, wenn sie weiterhin arbeitet und dem Staat nicht auf der Tasche liegt, wenn sich die Frau in einer Ausbildung befindet. Aber es wird immer schwieriger für die Frauen einen eigenständigen Aufenthaltsstatus zu erreichen. Trennen sich Frauen von ihren Männern und wir schalten das Sozialamt ein, kann es im Einzelfall von sich aus die Auländerbehörde benachrichtigen, die daraufhin wiederum die Aufenthaltsgenehmigung nur noch für wenige Monate erteilt.

Wenn Möglichkeiten bestehen, daß die Frauen Sozialhilfe bekommen, ohne daß dadurch ihr Aufenthalt gefährdet wird, finde ich es richtig, mit diesen Stellen zusammen zu arbeiten. Aber wenn die Gefahr sehr groß ist, daß Informationen weitergegeben werden, dann eben nicht. Dies ist z.B. bei Frauen der Fall die erst ein bis drei Jahre hier sind, oder kein Kind haben. So kommt es, daß viele Frauen bei Freundinnen, bei Bekannten unterkommen, wenn sie vor ihren Männern flüchten.

Von einer Frau, die als Prostituierte arbeitet, haben wir erfahren, wie sie nach Deutschland gekommen ist. Die Art und Weise läßt darauf schließen, daß dahinter ein Frauenhändlerring steckt. Natürlich wollen wir, daß diese Händlerringe auffliegen, aber mit den bisherigen Methoden fliegen sie eigentlich doch nicht auf: Die Zuhälter kaufen sich aus der Haft frei mit dem Geld das die Frauen für sie erarbeiten mußten und die Frauen werden abgeschoben, und können deshalb nicht mehr als Zeugen in den Prozessen gegen die Zuhälter aussagen, so wie jetzt gerade in Niedersachsen geschehen. In Baden-Württemberg wird es nicht anders sein. Es ist zwiespältig für uns; wir sitzen zwischen den Stühlen, weil die Frauen indirekt für ihre Aussagen bestraft werden, indem dadurch z.B. ihr illegaler Aufenthaltsstatus aufgedeckt wird.

Wurden in Stuttgart auch solche Razzien durchgeführt?

Bisher nicht.

Obwohl Du Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsarbeit gleichbedeutend einstufst, bleibt nur Zeit für die Sozialarbeit!

Ich weiß nicht wie es in Zukunft aussehen wird. Aber längerfristig wird es notwendig sein, Problembewußtsein bei Männern zu schaffen, die sich Frauen aus diesen Ländern holen, die hingehen und ihre sexuellen Bedürfnisse befriedigen und sich überhaupt nicht überlegen, was sie da eigentlich anrichten. Es gibt Männer, die hier anrufen und unsere Frauen glücklich machen oder uns als Heiratsvermittlungsinstitut benützen wollen. Dies zeigt die Richtung, in die unsere Öffentlichkeitsarbeit gehen muß. Bei allen Berichten über diese Anlaufstellen und den Berichten über Sextourismus bleibt dieses Problem unangetastet. Die Frage, was motiviert deutsche Männer eine solche Frau zu kaufen über jene Heiratsvermittlungsinstitute, wird nicht angegeben. Eine andere Schwierigkeit für mich ist, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, bei der ich Entwicklungen und Praktiken vermitteln kann ohne das Schicksal einzelner Frauen auszuschlachten.

In Holland gehen die Frauen von den Beratungsstellen mit politischen Forderungen — z.B. für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für die Frauen — an die Öffentlichkeit. Könntest Du Dir dies für's FIZ vorstellen?

Zu unseren Forderungen gehört das eigenständige Aufenthaltsrecht für diese Frauen. Mit anderen Beratungsstellen im Bund und Land wollen wir Anregungen für gesetzgeberische Initiativen geben.In welchen Formen das sein wird, ist unklar, da es das FIZ erst seit wenigen Monaten gibt.

Konntet ihr für die Aufbauarbeit auf die Erfahrungen vom FIZ Zürich, den Beratungsstellen in Herne oder den Niederlanden zurückgreifen?

Im Gespräch mit dem FIZ Zürich und der agisra konnte ich wertvolle Informationen bekommen. So war auch das Vernetzungstreffen von agisra Ende letzten Jahres eine große Bereicherung für mich, weil ich mit vielen Frauen der verschiedenen Info- und Beratungsstellen ins Gespräch kam und Erfahrungen austauschen konnte.

Ist das FIZ Mitglied der AGISRA?

Nein. Wir müssen nun erstmal unser Selbstverständnis der Arbeit zusammen mit dem Kuratorium diskutieren. Es ist offen, ob das FIZ Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Abolitionistischen Gesellschaft wird. (Die Internationale Abolitionistische Föderation setzt sich für die Abschaffung staatlich kontrollierte und organisierte Prostitution und für die Wiedereingliederung der Opfer im das soziale Leben ein. Sie befürworten auch eine Bundesarbeitsgemeinschaft zum Schutze der Menschen vor Ausbeutung durch Prostitution-Anmerkung der Verfasserin).

Gab es eine Vorlaufphase des Projektes, in der man sich mit den Erfahrungen solcher Projekte auseinandergesetzt hat?

Eine Delegation des Kuratorium hat sich das FIZ in Zürich angeschaut um Anregungen zu bekommen. Außerdem konnten viele Erfahrungen des Vereins für internationale Jugendarbeit und auf dessen jahrelanger Arbeit mit Frauen und Mädchen zurückgegriffen werden.

Wie und in welcher Höhe werdet ihr finanziert?

Die genaue Summe kann ich nicht nennen. Gelder bekommen wir von verschiedenen Seiten. Die Kirchen zahlen einen Teil, ein Teil kommt vom Land Baden-Württemberg und die größte Summe stellt wohl der Bund zur Verfügung. Kosten für die vorhin genannten Sprachkurse oder Übergangsgelder für Frauen fallen nicht bei uns an, sondern werden direkt vom Trägerverein über Mittel des Weltgebetstag, finanziert. Bisher ist es nicht klar, wieviel wir vom Bund bekommen, da unser Finanzierungskonzept zunächst abgelehnt wurde. Wegen des versprochenen Bundeszuschuß gab es Ärger bei den Frauengruppen, z.B. bei der AGISRA. Die haben sich natürlich gefragt, warum bekommen nicht sie, sondern ausgerechnet wir ein Projekt, das noch garnicht existiert, Bundesgelder, auf die sie schon lange warten. Vom Bund wurde dies damit begründet, daß es ein Modellprojekt werden soll. Der Zuschuß für fünf Jahre ist an eine wissenschaftliche Begleitung gekoppelt. Nach fünf Jahren soll dieses Pilotprojekt das Land übernehmen. Das FIZ wurde ausgewählt, weil in der Wissenschaftliche Begleitung speziell die Aufbauarbeit einer Anlaufstelle untersucht werden soll.

Ist dieses nicht identisch mit den Forschungsvorhaben, die das Ministerium im Anschluß an die Anfrage der SPD zum Frauenhandel im Bundestag ausgeschrieben hat?

Nein, die sind schon vor einiger Zeit ausgeschrieben worden. Ein Teil der Vorhaben ging an Lea Ackermann und ein anderer an die AGISRA.

Ist Euch die Wissenschaftliche Begleitung schon jetzt eine Hilfe gewesen?

Nein. Die Ausschreibung ist noch nicht erfolgt. Das Projekt soll meines Wissens erst zum Ende des Jahres beginnen.

Habt Ihr Einfluß auf die Ausschreibung oder Vergabe dieses Begleit-Projektes?

Nein.

mm

Regula Renschler u. a.: Ware Liebe. Sextourismus, Prostitution, Frauenhandel. — Peter Hammer Verlag 1987,

Das Thema Frauenhandel mit der Dritten Welt hat gegenwärtig Konjunktur. In Zeitungen und Zeitschriften finden sich zahlreiche Artikel, die sich mit den Methoden der Heiratsagenturen, den grenzüberschreitenden Beziehungen von Zuhälterringen und dem Schicksal der Frauen beschäftigen.

Regula Renscher, Lea Ackermann, Jo Gabriel-Luzon, Georg Friedrich Pfäfflin und Annemarie Schmitz liegen mit ihrem Buch „Ware Liebe" im Trend. Die Autorengruppe wertet Forschungsmaterial aus, das sie nach längeren Aufenthalten in Thailand, der Dominikanischen Republik und in Kenia gesammelt haben. Prostitution und Frauenhandel siedeln sie in ihrem historisch-ökonomischen Kontext an, sie informieren über gesetzliche Bestimmungen und geben der Diskussion neue Impulse, wenn sie z. B. kritisch bemerken, daß sich zwar viele Menschen mit diesem Thema beschäftigen, das „eigene Verhältnis zur Sexualität und zur Liebe" aber nicht hinterfragen.

Im einführenden Kapitel „Frauenhandel und Dritte Welt" arbeitet Regula Renschler Merkmale heraus, die für Dritte Welt Länder gelten, in denen sich Prostitution entwickelt hat. Sie zeigt, daß die Tricks der Händler, die Motive der Frauen, die Arbeitsbedingungen im Sexgewerbe, die stille Komplizenschaft der Eltern und die (indirekte) Förderung durch den Staat sich in all diesen Ländern ähneln: Händler nützen traditionelle Strukturen aus, wenn sie Mädchen zum Beispiel eine Heirat versprechen, sie dann aber zur Prostitution zwingen. Frauen verkaufen ihren Körper, weil bittere Armut sie dazu zwingt. Behörden und Regierungsbeamten unterstützen passiv (indem sie beide Augen zudrücken) oder aktiv (als Freier oder Zuhälter) das Sexgewerbe. Überall wird der Sextourismus als ertragreiche Deviseneinnahmequelle hoch geschätzt, gepflegt und gefördert. Überzeugte Singles, Fremdarbeiter. Militärs, unglücklich Verheiratete gehören ebenso zu den Freiern wie Behinderte, sexuell Perverse, Gelegenheitskunden, Geschäftsleute, ausländische Funktionsträger, Entwicklungshelfer und Touristen. Die Autorin vermutet, „daß viele westliche Männer verunsichert sind durch die Emanzipationsbestrebungen ihrer Frauen, daß sie sich nicht mehr stark fühlen und ihre Männlichkeit als bedroht empfinden" (S 48). Wenn sie den Ursachen der Prostitution und des Frauenhandels nachgeht, entdeckt sie weitere Gemeinsamkeiten: Patriarchalische Strukturen und der ökonomische Druck, der auf einer verarmten Landbevölkerung lastet, bereiten einen günstigen Nährboden. Besonders fördernd wirkten sich in Asien amerikanische Militärbasen aus. Denn nach den Soldaten kamen die Touristen, und mit den Touristen begann der Frauenhandel.

Wie die Regierungen in der Bundesrepublik und in der Schweiz gegen den organisierten Frauenhandel vorgehen, zeigen Georg Friedrich Pfäfflin vom Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB) in Stuttgart und Annemarie Schmitz vom Frauen-Informationszentrum (FIZ) in Zürich. Sie informieren über gesetzliche Aufenthaltsbestimmungen und berichten von folgenlosen parlamentarischen Initiativen: Anfragen im Bundestag und Nationalrat beeinträchtigten den Frauenhandel in keinster Weise. Die Bundesregierung sehe keinen „Handlungsbedarf", weil Beweismaterial fehle, der Nationalrat verschärfte die Einreisebestimmungen für ledige Ausländerinnen. Stattdessen gaben beide Regierungen ein Forschungsvorhaben über Prostitutionstourismus, Heiratsvermittlung und Zwangsprostitution in Auftrag.

Es folgen drei Länderbeispiele: Thailand, Dominikanische Republik und Kenia. Was das einführende Kapitel an Gemeinsamkeiten herausgestellt hat, bestätigt jetzt die Länderanalyse. Darüber hinaus arbeiten die Autorinnen länderspezifische Merkmale heraus. So verfolgt Regula Renschler einzelne Stationen der thailändischen Geschichte, um das weitverbreitete Vorurteil, in Thailand habe es schon immer Prostitution gegeben, zu relativieren. Im feudalistischen Siam leisteten Männer sechs Monate Fronarbeit („Corvee"); sie mußten ihre Frauen verlassen, aber dennoch blieb die Zahl der Prostituierten gering, zumal in der Oberschicht die Polygamie die Prostitution ersetzte. Zur ersten nennenswerten Ausbreitung des Sexgewerbes kam es, als chinesische Mädchen für chinesische Fremdarbeiter nach Thailand geholt wurden. „Bis zum Zweiten Weltkrieg war die Mehrheit aller Bordelle in Bangkok chinesisch, d. h. dort arbeiteten chinesische Prostituierte für chinesische Kunden" (S. 102). Erst mit der Stationierung amerikanischer Truppen und dem „Rest & Recreation"-Programm entstand die Infrastruktur für den nachfolgenden Sextourismus. Die Geschichte Thailands zeigt, daß Prostitution immer dann entstand, wenn viele Männer auf längere Zeit von ihren Frauen getrennt waren.

In der Dominikanischen Republik ist es „etwas Alltägliches", wenn Männer nach fünf Ehejahren ihre Familien verlassen, mit anderen Frauen zusammenwohnen und vielleicht nach weiteren fünf Jahren zur ersten Frau zurückkehren. Diese „männliche Mobilität", die Frauen in unerwartete Notsituationen geraten läßt, erklärt Annemarie Schmitz aus der Geschichte. Die spanischen Kolonialherren versklavten die Einwohner und zerstörten das Familiengefüge; die Männer verloren dadurch ihre traditionelle Rolle, Stamm und Familie zu beschützen. Lockere Familienstrukturen finden sich bis heute in der Dominikanischen Republik, in der Unter- wie in der Mittelschicht des Landes. Sie fördern die Prostitution. Frauen aus der Unterschicht gelingt so das Überleben, während sich Frauen aus der Mittelschicht häufig dafür verkaufen, um sich ein luxuriöses Leben leisten zu



können. Sie arbeiten meist in Luxusferienzentren. Frauen aus der Unterschicht verdienen ihren Lebensunterhalt dagegen an Badestränden, in riesigen Touristenhotels oder als Straßenprostituierte. Daraus folgert die Autorin: „Ohne die Nachfrage der Männer würde es keine Prostitution geben, wie arm auch immer eine Gesellschaft ist" (S.133). Sie hat recht, wenn man bedenkt, daß dominikanische Frauen in die amerikanischen und europäischen Sexzentren verschleppt werden, weil dort die Nachfrage besonders hoch ist.

Am Beispiel Kenia hebt Lea Ackermann die gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen der Prostituierten und das sexistisch-rassistische Verhalten der Sextouristen hervor. Obwohl die polygamische Lebensweise der Afrikaner die Prostitution überflüssig macht, entstand in Kenia das Sexgewerbe. Hauptverantwortlich sind dafür Massentourismus und die Soldaten riesiger Kriegsschiffe, die regelmäßig Mombasa anlaufen. In der Hafenstadt Mombasa - das Zentrum für Sextourismus - strömen während der Hochsaison Tausende von Touristen durch die einschlägigen Straßen. Als devisenbringende Urlauber erwarten sie nicht nur die Befriedigung sexueller Wünsche, sondern auch die Bestärkung eines angeknacksten Selbstwertgefühls. Sie nutzen die wirtschaftliche Benachteiligung eines Landes aus, um sich im Gefühl der Macht suhlen zu können. Frauen werden in allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt, konstatiert die Autorin. Sie erhalten z. B. Geldbußen, wenn sie beim „Bummeln zum Zweck der Prostitution" erwischt werden. Sie haben keine Chance auf eine Schul- und Berufsausbildung, weil die männlichen Familienmitglieder bevorzugt werden. Hier setzt das Projekt SOLWODI (Solidarity with woman in distress) an, das von der Autorin ins Leben gerufen wurde. Dieses Projekt bietet Prostituierten Einkommens- und Ausbildungsmöglichkeiten. Aber leider lernen sie Berufe bzw. Fertigkeiten, die zum klassischen Aufgabenbereich der Frau gehören (Nähen, Backen, Töpfern etc.).

Das Buch endet mit einem eindrucksvollen Erlebnisbericht einer philippinischen Lehrerin, die seit fünf Jahren in der Schweiz lebt. Sie beschreibt das entwürdigende Leben von Filipinas, die mit einem Schweizer verheiratet sind, sie begründet den innigen Wunsch vieler Filipinas, mit einem Europäer verheiratet zu sein und sie zeigt, wie westliche Industrienationen aus Profitinteresse die Wirtschaft und Kultur eines Dritte Welt Landes zerstören.

„Ware Liebe" ist sehr informativ und ergänzt die Studie von Heinz G. Schmidt über den „neuen Sklavenmarkt". Während Schmidt beschreibt, wie Zuhälter und Heiratsagenturen in den Industrienationen arbeiten und wie es den eingekauften Prostituierten und Bräuten in der Schweiz und in der Bundesrepublik ergeht, analysiert die Autorengruppe von „Ware Liebe" die Hintergründe des Frauenhandels aus dem Blickwinkel der Dritten Welt. Sie verfolgen die Entwicklung der Prostitution anhand ausgewählter Länderbeispiele und machen dabei immer wieder deutlich, daß der Sextourismus im wesentlichen für Entstehung und Ausbreitung der Prostitution verantwortlich ist: Das Geschäft mit den Frauen hängt von der männlichen Nachfrage ab. Trotz zahlreicher Beispiele, wichtiger Informationen und überzeugender Erklärungsansätze liefert das Buch jedoch keine theoretisch fundierte Analyse. Der Nachweis dafür, daß sich der Frauenhandel „als Phänomen des Kolonialismus, des Kapitalismus, des Rassismus, des Sexismus, der Macht der Männer über die Frauen, der Reichen über die Armen" (S. 10) erweise, wird in dieser Totalität nicht erbracht. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Dies der Autorengruppe anzulasten, wäre jedoch unfair. Es geht vielmehr darum, die Diskussion in dieser Richtung weiterzuführen.

ck

Sri Lanka

Der Vulkan steht kurz vor seiner Eruption

An den innenpolitischen Problemen, die Sri Lanka zunehmend ins Chaos treiben, hat bisher auch der am 29. Juli 1987 unterzeichnete indisch-srilankische 'Friedensvertrag' nichts ändern können. Trotz anfänglicher Hoffnungen sind die mittlerweile auf 70.000 Mann angewachsenen indischen 'Friedenstruppen' bisher nicht in der Lage gewesen, die Situation in den nördlichen und östlichen Landesteilen unter Kontrolle zu bekommen. Während es dort weiterhin zu Auseinandersetzungen zwischen Rebellen der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) und den indischen Soldaten kommt, wird für Präsident Jayawardene der überwiegend singhalesische Süden immer mehr zu einem Pulverfaß, das jederzeit explodieren kann.

„Wir werden diese Bestie töten", hatte Präsident Jayawardene noch vor kurzem verkündet, der „Terrorismus wird binnen eines Monats ausgemerzt sein". Schon wenige Tage später hatte die Bevölkerung allen Grund, an seinen markigen Worten zu zweifeln, mit denen er diesmal nicht tamilische Separatisten meinte. Bei Tag und auf offener Straße war Harsha Abeywardene, Vorsitzender der regierenden 'United National Party' (UNP), in Colombo erschossen worden. Wahrscheinlich die promte Antwort der vom Präsidenten als „Bestie" bezeichneten singhalesisch-chauvinistischen 'Volksbefreiungsfront' (JVP), die seit dem 'Friedensvertrag' vom Sommer letzten Jahres wieder von sich Reden macht. Abeywardene war das hundertfünfzigste, zweihundertste oder dreihundertste Opfer — keiner weiß es genau — eine Serie von politisch-motivierten Morden, mit denen die JVP seit Monaten den bisher relativ friedlichen Süden Sri Lankas zunehmend in ein Pulverfaß verwandelt. Während indische Soldaten im Norden und Osten die Befriedung der tamilischen und ethnisch gemischten Landesteile mit aller Härte durchzusetzen versuchen, morden im Süden Sri Lankas Singhalesen Angehörige ihrer eigenen Volksgruppe. Ihre Kader machen Jagd auf Regierungspolitiker, Funktionsträger der Regierung oder Personen, die das Abkommen mit Indien unterstützen oder sich positiv dazu geäußert haben. Letztes prominentes Opfer war Ende Februar der ehemalige Schauspieler und Führer der srilankanischen 'Volkspartei' (SLMP), Vijaya Kumaranatunge. Der bei vielen Srilankanern beliebte Politiker war maßgeblich am Entstehen der erst vor wenigen Wochen gegründeten 'United Socialist Alliance' beteiligt, einem Bündnis der während der letzten Jahre zersplitterten, überwiegend von Singhalesen getragenen Links- und linksliberalen Parteien. Diese hatten sich für einen Ausgleich mit den Tamilen eingesetzt und deshalb — trotz zahlreicher Vorbehalte — das Abkommen mit Indien befürwortet.

So kommt seit Mitte des letzten Jahres der in den 60-er Jahren gegründeten JVP eine immer größere Bedeutung zu. Sie ist Sammelbecken für die Singhalesen, die gewalttätig gegen Zugeständnisse an Tamilen, die Anwesenheit der indischen Truppen und das vermeintliche „Ende der Souveränität Sri Lankas" protestieren. Die zunehmende Popularität der JVP innerhalb der singhalesischen Bevölkerung ist aber auch Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Regierungspartei, der die Lösung der vielschichtigen politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht mehr zugetraut wird.

Seit fast 11 Jahren hat es durch Aussetzung keine Parlamentswahlen mehr in einem Land gegeben, dessen Bevölkerung bisher regelmäßig alle vier oder fünf Jahre die jeweilige Oppositionspartei an die Macht brachte. Viele, die heute zwischen 20 und 30 Jahre alt sind, haben noch nie an einer Wahl teilnehmen können. Das 1977 noch demokratisch gewählte Parlament ist mit seiner momentanen 7/8 Mehrheit zugunsten der UNP schon lange nicht mehr repräsentativ.

Von der Revolution zum Chauvinismus — die JVP

Seit ihrer Gründung hat die JVP zahlreiche ideologische Wandlungen durchgemacht. Besonders auffallend sind die vielen programmatischen Änderungen der Partei in Bezug auf die tamilische Minderheit. Von 1972 bis 1981 war ihre Politik diesbezüglich von einer liberalen Haltung gekennzeichnet. Noch auf dem Parteitag der JVP im April 1980 wurde eine Resolution verabschiedet, die der Minderheit das Recht auf Selbstbestimmung und Sezession einräumte. Diese unterschied sich fundamental von der anti-tamilischen und anti-indischen Position, die während der Anfangszeit der Partei vorherrschte.

Noch 1971 versuchte die JVP die damalige Regierung von Frau Bandaranaike durch einen gewalttätigen Aufstand, der von Teilen der ländlichen Jugend getragen wurde, zu stürzen. Innerhalb eines Monats war dieser mit massiver internationaler Unterstützung brutal niedergeschlagen worden. Preis für die dilettantisch geplante Aktion, die der Beginn für ein sozialistisches Sri Lanka sein sollte, waren über 10.000 Tote und Tausende von Verletzten. Viele der damals verhafteten Teilnehmer der Jugendrevolte wurden erst mit der Machtübernahme der UNP 1977 begnadigt. Zum gleichen Zeitpunkt hob die neue Regierung auch das Verbot der Partei auf, das seit dem Aufstand inkraft war.

1983 wurde die JVP erneut wegen angeblicher — bisher jedoch nicht bewiesener — Beteiligung an den anti-tamilischen Ausschreitungen im Juli und August desselben Jahres verboten und in den Untergrund abgedrängt. Erneut kam es zu einem Rückzieher auf alte singhalesisch-chauvinistische Positionen. Die der tamilischen Minderheit gegenüber vorgebrachte liberale Haltung wurde aufgegeben, alle ehemals verbreiteten Parolen vom „Aufbau des Sozialismus" verstummten jetzt vollends.

Trotzdem haftet der Partei — nicht zuletzt wegen des Jugendaufstandes 1971 — immer noch das Etikett 'marxistisch' an. Für Peter Keuneman, Sekretär der 'Kommunistischen Partei Sri Lankas' (CPSL) ist die heutige JVP „nichts anderes als eine neo-faschistische Partei, die den totalen Rassismus predigt und einer (singhalesisch) nationalen, chauvinistischen Idee nacheifert".

Abspaltungen

Der zunehmende Rassismus führte ab 1983 zur Abspaltung zweier Fraktionen aus der JVP und zur Gründung der 'JVP-Nava Pravanthavaya' ('Neue JVP') und der 'Vikalpa Kandayama' ('Alternative Gruppe'). Beide Gruppen erkannten weiterhin das Recht der Tamilen auf Selbstbestimmung an und begannen, mit militanten tamilischen Gruppierungen zusammenzuarbeiten: Die 'Neue JVP' suchte Kontakt zur 'Peoples Liberation Organisation of Tamileelam' (PLOT); die 'Alternative Gruppe' zur 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF). Während Polizei und Armee sich in ihren Aktionen deshalb auf die beiden Splittergruppen konzentrierten

und sie 1986 und 1987 weitgehend zerschlagen konnten, gelang der JVP nicht nur eine Unterwanderung der Streitkräfte und damit der Zugang zu Waffen und Munition. Mit ihren anti-tamilischen, anti-indischen und pro singhalesisch-buddhistischen Parolen konnten auch radikale, meist junge buddhistische Mönche angesprochen werden; an den Universtitäten des Landes wuchs ihr Einfluß; 1986 war die JVP maßgeblich an den Aktivitäten der von chauvinistischen Singhalesen gegründeten 'Organisation zur Rettung des Vaterlandes' beteiligt, die Zugeständnisse an die tamilische Minderheit nicht zulassen wollte.

„Grüne Tiger" — Parteimilizen

Die Regierung hat sich für ein härteres Vorgehen gegen die JVP entschieden. Die skrilankanische Armee und Spezialpolizeieinheiten, die in den Krisengebieten im Norden und Osten zum Teil durch die indischen Truppen ersetzt wurden, stehen nun zur Bekämpfung der JVP in den südlichen Landesteilen zur Verfügung. Ein militärisches Vorgehen und die Terrorisierung der Zivilbevölkerung könnte hier zur Wiederholung dessen führen, was während der letzten Jahre in den tamilischen Gebieten passierte: Ein weiteres Abrücken der Bevölkerung von der Regierung und die zunehmende Unterstützung der JVP. Diese könnte im Süden eine ähnliche Rolle einnehmen, wie sie den „Liberation Tigers of Tamileelam" während der letzten Jahre durch das brutale Vorgehen der Streitkräfte in den tamilischen Gebieten zugekommen war. Einige Beobachter glauben jedoch, daß es im Süden nicht zu einem ähnlich harten Durchgreifen kommen wird: „Die zu 100 % aus Singhalesen bestehenden Streitkräfte werden in den mehrheitlich singhalesischen Gebieten nicht mit gleicher Härte vorgehen", ist ihr Argument.



Deshalb und wegen der anzunehmenden Unterwanderung der Streitkräfte durch die JVP hat die Regierung zum Schutz von UNP-Politikern, Funktionsträgern und Sympathisanten Parteimilizionäre ernannt, die im Volksmund in Anlehnung an die grüne Parteifarbe der UNP und die tamilischen 'Befreiungstiger' als 'green Tigers' bezeichnet werden. Vollends chaotisch werden die Verhältnisse, wenn sich Meldungen über eine angeblich bestehende Allianz der singhalesisch-nationalistischen JVP mit den tamilisch-nationalistischen 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' bestätigen sollten. Nach dem Motto 'der Feind meines Feindes ist mein Freund' haben die beiden Gruppen durchaus Gemeinsamkeiten: Für sie sind Indien und die Regierung in Colombo die Hauptgegner.

Spannungen unkontrollierbar

Viele sehen die einzige Möglichkeit zur Lösung der Probleme in Neuwahlen. Spekulationen darüber kamen erneut im März dieses Jahres auf. „Wenn es nicht bald dazu kommt, werden die wachsenden Spannungen im singhalesischen Süden unkontrollierbarer als ein ausbrechender Vulkan", warnte ein skrilankanischer Journalist kürzlich. Ob sich Jayawardene auf Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die eigentlich Ende diesen bzw. Mitte nächsten Jahres stattfinden müßten, einläßt, ist äußerst fraglich. Beobachter geben bei fairen Wahlen der 'Freiheitspartei' (SLFP) von Sirimavo Bandaranaike, die den mit Indien geschlossenen 'Friedensvertrag' in seiner ursprünglichen Form nicht akzeptiert und ihn deshalb in Teilen revidieren will, alle Chancen auf den Sieg. Gleichzeitig wird jedoch bezweifelt, daß die derzeit größte Oppositionspartei die Probleme des Landes lösen kann.

Walter Keller

BMZ streicht Unterstützung von entwicklungspolitischer Bildungsarbeit
Eine entwicklungspolitische Einrichtung wird mundtot gemacht.

Aus „haushaltsrechtlichen" Gründen hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) die Gelder für die „Kontakt- und Informationsstelle für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste" (KIS), in Bensheim, zum 1.1.1988 gestrichen.

Die verschiedenen Entwicklungsdienste (Weltfriedensdienst, Deutscher Entwicklungsdienst, Dienste in Übersee, Eirene, Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe) hatten fünf Jahre lang von 1975 bis 1979 auf Anregung von ehem. Entwicklungshelfer/innen an der Entwicklung dieser KIS gearbeitet, die eine von allen gewünschte zentrale Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für die inzwischen ca. 10.000 ehem. Entwicklungshelfer/innen (Rückkehrer/innen) aller Dienste wurde.

Die Aufgaben dieser „Kontakt- und Informationsstelle"

Die KIS informierte, beriet und vermittelte Kontakte. Die Unterstützung der Reflexion und die Aufarbeitung der während des Entwicklungsdienstes gemachten Erfahrungen sowie die Förderung der Umsetzung dieser Erfahrungen in der Bundesrepublik, waren ihre wesentlichen Arbeitsschwerpunkte. Sie gab Anregungen und Anstöße zu einem entwicklungspolitischen Engagement und förderte die persönliche Weiterbildung. Kurz: die KIS war eine Anlaufstelle für Fragen der entwicklungspolitischen Arbeit.

In den acht Jahren ihres Bestehens gab sie die Zeitschrift „Rückkehrer-Rundbrief" heraus und erstellte mehrere Reader („Materialien-Sammlungen") zu entwicklungspolitischen Themen (wie z.B. „Gesundheit" oder „Wohnen in der Dritten Welt"). Während die „Materialien-Sammlungen" einen Überblick über den aktuellen Stand zu einem entwicklungspolitischen Thema geben wollten, war der „Rückkehrer-Rundbrief" als Plattform des Erfahrungsaustausches und als Diskussionsforum konzipiert.

Sowohl die Publikationen als auch die entwicklungspolitischen Seminare der KIS waren für alle diejenigen, für die entwicklungspolitische Arbeit nicht nur aus dem praktischen Einsatz in einem Land Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas, sondern gerade auch aus der Weitergabe der gewonnenen Erfahrungen in Form von Solidaritäts- und Bildungsarbeit in der Bundesrepublik bestand, eine wichtige Informations- und Bildungsquelle, dem BMZ dagegen jedoch, schon lange ein Dorn im Auge.

Zu aufmüpfig

Der Vorwand „haushaltsrechtlicher Bedenken" (der sachlich nicht zutrifft, wie der SPD-Abgeordnete Toetemeyer auf einer Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit — AwZ — des Bundestages im Dezember feststellte, denn von 1981 bis 1987 wurde die KIS vollständig vom BMZ finanziert, was auch vom Bundesrechnungshof hingenommen wurde), dieser Vorwand, Ausdruck einer internen politischen Entscheidung des BMZ, diente dazu, die finanzielle Förderung der KIS mit Ende 1987 zu beenden.

Für Uwe Holtz (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, stellen sich die haushaltstechnischen Gründe, die in letzter Zeit vorgeschoben wurden, als nicht ausschlaggebend dar. In seinen Augen ließe sich das Problem haushaltsrechtlich lösen, es sei denn, es sei in der Tat beabsichtigt, ein unliebsames Kind zu beseitigen. Die Weiterexistenz der KIS war eine Frage des politischen Willens.

Die KIS hatte sich im Laufe der Zeit, seit ihrer Existenz im Oktober 1979, zu einer kritischen, hinterfragenden, entwicklungspolitischen Stelle für ehem. Entwicklungshelfer/innen entwickelt. Und dies stieß in BMZ-Kreisen auf Unwillen. Denn dieses Ministerium will keine reflektierende, aufklärende entwicklungspolitische Öffnentlichkeitsarbeit (dies läßt sich an vielen Beispielen belegen), sondern die lobende, untertänige Beipflichtung der eigenen Politik; getreu dem Motto: Wessen Brot ich eß, dessen Lied ich sing!

Im Rahmen der „Entideologisierung der Entwicklungspolitik" (Minister Warnke) stand die KIS schon länger auf der Streichliste. So wurde, nach einem mißglückten Versuch im Jahre 1986, im letzten Jahr in Zusammenarbeit mit den Carl Duisburg Centren (CDC) in Köln, (eine an den Interessen der bundesdeutschen Marktwirtschaft ausgerichtete, deren Auslandsengagement fördernde Organisation), die KIS in den Schwitzkasten genommen, und zum Schweigen gebracht.

Alle Proteste von ehem. Entwicklungshelfer/innen sowie der im „Bensheimer Kreis" zusammengeschlossenen Nichtregierungsorganisationen halfen nicht. Die Entwicklungsdienste selbst hielten sich weitgehend zurück, (Lobbyarbeit z.B. bei den Parteien wurde unterlassen), bzw. ihre Stellungnahmen zeigten beim BMZ keine Wirkung. Zwar beschäftigte sich der AwZ auf Grund von Initiativen DER GRÜNEN (Entschließungsantrag im Bundestag, der die Bundesregierung auffordert, den Fortbestand der KIS zu gewährleisten und ihre bisherige Arbeit in vollem Umfang sicherzustellen) und ehem. Entwicklungshelfer/innen mit diesem neuen in aller Stille vollzogenen Husarenstück, aber dem BMZ ist es schon gelungen vorab endgültige Tatsachen zu schaffen.

Was bleibt

Das BMZ fährt in dem Versuch, möglichst alle entwicklungspolitischen Themen aus der Rückkehrerarbeit herauszufiltern fort. Alle über die reine berufliche Reintegration hinausgehenden, aktivierenden und motivierenden Informations- und Bildungsarbeit wird vom BMZ mißbilligt.

Das BMZ wünscht keine reflektierende, die eigene Tätigkeit hinterfragende Öffentlichkeitsarbeit. Der Beitrag der Rückkehrer/innen zur aktuellen entwicklungspolitischen Diskussion, „die draußen gewonnenen Erfahrungen im Inland in richtungsgebende Diskussionen einzubringen" (Bundespräsident Weizäcker, 1986 in der ARD), für eine Verbesserung des Verständnisses in der bundesrepublikanischen Bevölkerung von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Dritten Welt, ist unerwünscht. Als Bündnispartner für diese Strategie hat das BMZ die Carl Duisberg Centren als neuen juristischen Träger des „Förderungswerkes für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste" gewonnen.

Perspektiven

Da die Entwicklungshelfer/innen ausgewählt und entsandt werden nicht nur (oder doch?) aufgrund ihres fachlichen Könnens, sondern auch aufgrund ihres sozialen Engagements, darf die „Rückgliederungshilfe" nicht auf eine berufliche Förderung reduziert werden, welche die gesellschaftspolitischen Erfahrungen außer acht läßt. Genau hier setzte die Arbeit der KIS an, die sich stets darum bemühte, den ehem. Entwicklungshelfer/innen bei der Aufarbeitung ihrer Erfahrungen aus der Dritten Welt und bei dem gezielten Einbringen ihrer entwicklungsdienst-spezifischen Erfahrungen in unsere Gesellschaft zu unterstützen.

Personelle Entwicklungshilfe legitimiert sich nicht nur durch die Tätigkeit in der Dritten Welt, sondern wesentlich (auch) durch die Inlandsarbeit.

Oder war die Liquidierung der KIS, diese Trennung von fachlicher und entwicklungspolitischer Rückkehrerarbeit nur ein weiterer Trendbote für die zukünftige technokratische Jobvermittlung nach Übersee, die sich auch dann immer noch „personeller Entwicklungsdienst" nennt?

Ehem. Entwicklungshelfer/innen gründen einen Verein

Am 14. Februar d. J. wurde von ehem. Entwicklungshelfer/innen der anerkannten Entwicklungsdienste (AGEH, DÜ, DED, EIRENE, WFD) in Bad Oeynhausen der Verein „Vehement — Verein ehemaliger Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer" gegründet. Von staatlicher Sei-

te in Stich gelassen, wollen die Rückkehrer/innen in unabhängiger Trägerschaft die wichtige Arbeit der KIS in eigener Regie weiterführen. Sie wollen ihre Lobbyarbeit, ihre aktive Interessenvertretung für die Dritte Welt in der Bundesrepublik nicht sterben lassen. Die aktive Mitgliedschaft steht allen ehem. Entwicklungshelfer/innen offen. Fördernde Mitgliedschaft ist erwünscht. In den achtköpfigen Vorstand wurden vier Frauen und vier Männer gewählt. Diese paritätische Besetzung ist auch satzungsmäßig verankert. Anschrift ist: Vehement, Horstweg 11, 4973 Vlotho.

ff

USAID - „Die große Hilfe"

Projektkriterien einer Entwicklungshilfeorganisation

Die Vergabe von Entwicklungshilfe richtet sich ja bekanntlich nach vielerlei Kriterien, die oft mehr von außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Geberstaaten bestimmt sind als von entwicklungspolitischen Notwendigkeiten in den Empfängerländern. In der Praxis sind bei der Entscheidung über ein Projekt dann so viele Einzelvorschriften zu beachten, daß man sich durchaus fragen kann, wer oder was mit den geplanten Maßnahmen eigentlich „entwickelt" werden soll. Als Beispiel seien hier die Vergabekriterien der staatlichen amerikanischen Entwicklungshilfeinstitution mit dem werbewirksamen Kürzel USAID, „US-Hilfe", näher betrachtet (USAID = United States Agency for International Development).

Die z. Zt. gültige „Project Checklist" und die „Standard Item Checklist" enthalten 54 (teils noch weiter untergliederte) Kriterien, die bei der Gewährung von Hilfsgeldern zu beachten sind. Natürlich dürfen dabei in dem Kriterienkatalog die üblichen Standardformulierungen nicht fehlen, so sollen die Maßnahmen u. a.: möglichst den Armen zugute kommen, arbeitsintensive Produktion und den Gebrauch angepaßter Technologie beinhalten, Kooperativen fördern, ländliche und städtische Armutsgruppen dabei unterstützen, sich selbst zu einem besseren Leben zu verhelfen, die Selbsthilfeanstrengungen von Entwicklungsländern stärken, den Status der Frauen und ihre Partizipation an der wirtschaftlichen Entwicklung verbessern und die regionale Kooperation von Entwicklungsländern ermutigen (Project Checklist (PC) Teil B, Nr. 1a-e).

Im Gegensatz zu solch ziemlich vagen Kriterien, die überdies im Gesamtkatalog nur einen geringen Stellenwert haben, sind die meisten Bestimmungen deutlich durch die Interessen des Geberlandes, also der USA, geprägt. So soll etwa sichergestellt werden, daß „die US-Auslandshilfe nicht in einer Weise genutzt wird, die - im Widerspruch zu den besten Interessen der Vereinigten Staaten - die Hilfsprojekte oder -maßnahmen der Länder des kommunistischen Blocks fördert oder unterstützt" (Standard Item Checklist (SIC) Teil C, Nr. 3). Der Wettstreit der politischen Systeme wird selbstverständlich auch auf dem Boden (und dem Rücken) der Etwicklungsländer ausgetragen. Falls die Hilfe gar für Nicaragua bestimmt sein sollte, muß der Fonds „im höchstmöglichen Maße für den privaten Sektor verwendet werden" (PC Teil B, Nr. 2c).

Das wirtschaftspolitische Credo des Gebers kommt in einem weiteren Kriterium zum Ausdruck, nach dem u. a. geprüft werden soll, „ob das Projekt Anstrengungen des Landes ermutigt, die internationalen Handelsströme zu erhöhen (sowie) Privatinitiative und Wettbewerb zu fördern" (PC Teil A, Nr. 7). Gleich im Anschluß daran wird Antwort auf die Frage gefordert, „wie das Projekt den US-amerikanischen privaten Handel und Investitionen (der USA) im Ausland ermutigt und private US-Beteiligung in Auslandshilfsprogrammen fördert" (PC Teil A, Nr. 8).

Förderung und Schutz der amerikanischen Wirtschaft wird auch in den folgenden Bestimmungen zu einem wichtigen Entscheidungskriterium erhoben. Falls etwa die Hilfe für die Produktion eines Exportgutes in einem Entwicklungland gewährt wird, muß erst geprüft werden, ob dies evtl. „eine substantielle Schädigung für US-Produzenten der gleichen, ähnlichen oder konkurrierenden Ware" bedeutet (PC Teil A, Nr. 12). Besteht die Gefahr, daß ein gefördertes Unternehmen mit US-Unternehmen in Konkurrenz tritt, soll sich das Empfängerland verpflichten, „Exporte in die USA zu verhindern, die mehr als 20% der jährlichen Produktion der Firma während der Laufzeit des Kredits betragen" (PC Teil B, Nr. 2b). Es lebe der Protektionismus!

Weiterhin ist noch zu berücksichtigen, daß alle Beschaffungen von Waren für das Projekt aus den USA stammen sollen, sofern nicht von der Regierung Ausnahmen genehmigt wurden (SIC Teil A, Nr. 2), daß bei Warenlieferungen auf dem Seeweg nach dem Handelsmarinegesetz von 1936 mindestens 50% der finanzierten Waren auf US-Schiffen in Privatbesitz transportiert werden müssen (SIC Teil A, Nr. 6) und daß bei Lufttransporten gemäß dem International Air Transport Act von 1974 der Gebrauch von US-Flugzeugen soweit wie möglich vorgesehen sein muß (SIC Teil A, Nr. 8). Bei Baumaßnahmen sollen (natürlich) die Dienste von US-Ingenieurbüros in Anspruch genommen werden (SIC Teil B, Nr. 1). Schließlich dürfen die gewährten Finanzmittel auch „nicht für den Kauf, Verkauf, Leasing oder Tausch von Fahrzeugen aufgewendet werden, die außerhalb der USA gebaut wurden (SIC Teil C, Nr. 4e).

Um den Kriterienkatalog abzurunden sind noch eine Reihe so verschiedener Bestimmungen aufgenommen, wie etwa das Verbot der Finanzierung von CIA-Aktivitäten (!) und von Programmen zur Propagierung oder Ausführung von Abtreibungen (SIC Teil C, Nr. 4a und e). Es wurde eben an alles gedacht.

Worum ging es doch gleich bei der ganzen Sache? Ach ja, es sollte eigentlich ein Hilfsprojekt in einem Entwicklungsland finanziert werden, oder?!

Roland Weiss

Leserbriefe

Stellungnahme zum Artikel „Entwicklungspolitische Schnapsideen", iz3w Nr. 147

Der Artikel basiert auf falschen Informationen und enthält Unterstellungen, die nachfolgend klargestellt werden sollen:

1. Die Investitionssumme (Devisenanteil) für die vorgeschlagene Obstbrennerei beträgt 3.4 Mill. Tshs d. s. ca. 42.000 US-Dollar und nicht 9 Mill. US-Dollar, also nur 0,5 % der Angaben des Artikels.
2. Die „Schnapsidee wurde nicht gegen den Widerstand tansanischer Stellen durchgesetzt. Die Studie wurde auf Antrag des Regional Development Director und in Absprache mit dem Lushoto distrikt Executive Director der tansanischen Förderorganisation für Kleinbetriebe (SIDO) durchgeführt. — Terms of Reference und Korrespondenz mit den entsprechenden Institutionen beweisen das.
3. Der Artikel spielt auf Lieferbindungen bei KfW Krediten an. KfW hat der NBC eine Kreditlinie von DM 5 Mill. zur Förderung von Kleinunternehmen zur Verfügung gestellt. Eine Lieferbindung für deutsche Produkte ist ausdrücklich ausgenommen.
4. Der Artikel behauptet: „es sei schwierig und langwierig, tansanische Unternehmer für die Schnapsidee zu finden". — Tatsache ist, daß nach Abschluß der Studie ein Komitee zur Auswahl von Kandidaten gegründet werden mußte, da mehr Bewerber als Beteiligungsmöglichkeiten vorlagen. — Siehe: Korrespondenz zwischen Unternehmern und SIDO beginnend aus dem Jahre 1983, bzw. Sitzungsprotokolle des Auswahl-Komitees.
5. Der Artikel schlägt vor, das überschüssige Obst doch einfach zu verarbeiten oder zu exportieren. Solche Möglichkeiten gibt es nicht, siehe Punkt 4, 7 und 8 der Faktensammlung zu diesem Thema.
6. Ferner wird behauptet, daß Tansania keineswegs einen Mangel an hochprozentigen Alkoholika hat, und bereits Überkapazitäten bestehen. — Tatsache ist, daß beliebte Spirituosen wie Konyagi oft nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich sind, und jährlich mehr als 100 Container = 1.500.000 Flaschen Alkoholika nach Tansania

importiert werden. Große Mengen wertvoller Devisen werden so für Alkoholika-Importe ausgegeben.
7. Der Artikel behauptet, daß aus Preisgründen ein Export des Birnendestillates nicht möglich ist. – Tatsache ist, daß bei einem Produktionskostenpreis von ca. 100/= Tshs (ca. 2,- DM) pro Flasche, ein Export, zumindest in Nachbarländer, durchaus wirtschaftlich ist. – Die geplante jährliche Produktion von 72.000 Flaschen reicht jedoch nicht einmal zur Deckung des regionalen Bedarfes.
8. Der Artikel unterstellt mehrmals, die Herstellung von Alkoholika sei das einzige und vorrangige Ziel des Vorhabens. – Sicher gibt es ein unternehmerisches Produktionsziel. Die Förderung der Investition durch Studie und Kredit der NBC zielt jedoch darauf ab, daß:
a) die Bauern des Distrikts jährlich Zusatzeinnahmen von 1.000.000/= Tshs. erzielen,
b) der Staat 22.000.000/= Tshs. an Alkohol-Steuer einnimmt,
c) ca. 1,5 Mill. Obstbäume von der Rodung bewahrt werden, was ein unschätzbarer Beitrag zur Erosionskontrolle ist,
d) ca. 35 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden,
e) Importe substituiert und daher Devisen gespart werden.
9. Der Artikel unterstellt den tansanischen Stellen Unmündigkeit, indem er behauptet, daß sie nur wenig gegen „Schnapsideen entwicklungspolitischer Experten entgegenzusetzen hätten". – Tatsache ist, daß in der Tanga Region durchaus selbstbewußte, kompetente tansanische Entscheidungsträger arbeiten.
10. In seinem nicht veröffentlichten Leserbrief an die Daily News, schlägt der Verfasser des Artikels vor, anstatt Devisen für die Obstverwertung mittels Destillation, doch einfach den Betrag an die betroffenen Bauern zu verteilen. – 3,4 Mill. Tshs. ergäben bei den 60.000 Bewohnern des Gebietes eine Zuteilung von 57/= Tshs. pro Kopf, was den Gegenwert von knapp 1 kg Zucker darstellt.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Rezensionen

Somos Ambulantes

Der ambulante Straßenhandel ist in den Großstädten Lateinamerikas zu einer Überlebensstrategie der Armen geworden und Ausdruck der schweren Wirtschaftskrise, die zu immer mehr Arbeitslosigkeit führt. In den Straßen der Hauptstadt Perus kämpfen jeden Tag hunderttausende ambulante Händler unter harten Bedingungen ums Überleben. Obwohl sie eine wichtige Rolle in der Wirtschaft spielen, werden sie immer wieder Opfer polizeilicher Vertreibungen. 1979 gründeten sie einen Gewerkschaftsverband, die FEDEVAL (Federación Departamental de Vendedores Ambulantes de Lima y Callao).

Der Videofilm „Somos Ambulantes" entstand im Rahmen eines ASA-Projektes in der Zeit von Dezember '86 bis April '87. Gewerschaftsmitglieder und Studenten erarbeiteten gemeinsam das Drehbuch und die Bilder werden von den Straßenhändlern selbst kommentiert, die ihre Situaton schildern.

Am Anfang des Films stehen Bilder, die die große Bandbreite des ambulanten Handels dokumentieren: Nahrungsmittel- und Zeitungsverkäufer, Automechaniker am Straßenrand, Kinder, die Autos putzen oder an Straßenecken tanzen, um Brot zu verkaufen ...

Dionisia, eine Straßenhändlerin aus einer Stadtrandsiedlung, erzählt über ihre Arbeit und ihr Leben. „... und jeden Morgen der gleiche Kampf", so resümiert sie ihren Tagesablauf, der morgens um 4 Uhr beginnt und abends mit den typischen Hausfrauentätigkeiten endet. Die Bilder spiegeln nicht nur die Anstrengungen wider, sondern auch die Suche nach Anerkennung in der städtischen Gesellschaft und das Bemühen, den Kindern alles zu ermöglichen, „damit sie nicht so werden wie wir".

Gewerkschaftsführer nehmen politisch Stellung und Basisführung kommentieren Erfolge ihrer Organisation bei der Erkämpfung fundamentaler Rechte: In San Martin de Porres entstand das erste Gesundheitszentrum für Sraßenhändler in Lateinamerika und um dezentral in ganz Lima feste Märkte errichten zu können, wurden Gelände enteignet.

Doch auch Widersprüche innerhalb der Gewerkschaft werden deutlich: Die Schwierigkeit, sich zu organisieren und den Kontakt zur Basis zu halten, oder die Tatsache, daß Frauen in der FEDEVAL unterrepräsentiert sind, obwohl es sich bei den meisten ambulantes um Frauen handelt.

Die FEDEVAL setzt den Videofilm in ihrer Basis- und Propagandaarbeit ein und für die Gewerkschaft ist er auch gemacht worden. Entsprechend einfach ist die Sprache, wodurch jedoch die Distanz zu den Betroffenen verringert wird.

Der Film macht betroffen, nicht zuletzt durch die Bilder brutaler Zusammenstöße mit der Polizei. Doch es macht Mut, wie die Straßenhändler sich gegen ihre Situation wehren, mit ihrem Straßentheater, ihren Festen, ihrer Entschloseenheit...

Uli Stelzner und Marie-Agnes Heine

Nach der Erstaufführung in Lima:

Santiago Pedraglio (Parlamentarier der Vereinigten Linken):
„... ich glaube, daß der Video zeigt, daß ihr Straßenhändler nicht nur Protagonisten der Volksbewegung und in der Erkämpfung eurer Rechte seid, sondern auch bei der Wiedererlangung eurer Kultur und Identität und das ist ein unersetzlicher Bestandteil bei der Befreiung unserer Völker ..."

René Weber (Filmgruppe CHASKI):
„... die Zeit ist vorbei, wo die Straßenhändler sich schämten, Straßenhändler zu sein. Als der Titel erschien, gab es hier Begeisterung. Das war das deutliche Zeichen, daß unser Volk bewußter geworden ist und ich glaube, wir gehen einer besseren Zukunft entgegen ..."

Verleih und Verkauf bei:

Medienwerkstatt
franken e.V.
Rosenaustr 7
8500 Nürnberg 80
Tel. 0911/288013

spanische und deutsche Fassung, jeweils 36 min, U-matic
Verleihgebühr: DM 40,-- plus Porto (VHS)
Verkaufspreis: DM 200,-- (VHS)
Ein Teil des Geldes ist für die Arbeit der FEDEVAL bestimmt.

Pepetela: Der Hund und die Leute von Luanda, Bonn (edition südliches afrika/ISSA) 1987)

Ein afrikanisches Land, Angola, versucht, den Sozialismus aufzubauen — ausgehend von kolonialen Strukturen, die es nicht ohne weiteres los wird, bei einem Rassismus, der die Vorzeichen der Hautfarbe umdreht, bei Machismo, bei Stammestraditionen und -fehden, an denen auch die offizielle Identifikation des Staates mit der Nation nichts ändert. Mit Kadern, deren Qualifikation in der Beherrschung der marxistisch-leninistischen Liturgie besteht und schließlich mit einer von außen importierten Ideologie, die keinem dieser Faktoren Rechnung trägt, weil sie nicht auf dem Boden Afrikas, sondern auf dem der Industrieländer gewachsen ist.

In einer Gesellschaft, die nicht funktioniert und so auch nicht funktionieren kann, ist der Kampf gegen die Kolonialisten abgelöst worden durch den Überlebenskampf eines jeden gegen alle. Das einzige, was wächst und gedeiht, ist die Bürokratie, die sich an ihren eigenen Verfahrens- und Sprachritualen befriedigt, ein korrupter Bastard aus verknöcherter portugiesischer Verwaltungstradition und sozialistischem Zentralismus.

Das ist der Hintergrund des Romans, eines Streifzuges durch das soziale Leben der nach kolonialen Hauptstadt Luanda. Er besteht aus einzelnen Episoden, die durch das Auftreten eines Deutschen Schäferhundes verbunden werden, der in der Stadt herumstreunt. Er bildet jeweils eine Art Kristallisationspunkt des Geschehens, Episoden, aus denen sich nach und nach das Mosaik einer Gesellschaft zusammensetzt, die ihr Modell noch lange nicht verwirklicht hat.

Das gutwillige und hilfsbereite Tier, das offensichtlich mehr als nur sein Auskommen und etwas menschliche Zuneigung sucht, versetzt die Schieber, korrupten Verwalter, disziplinlosen Arbeiter und phrasendreschenden Parteibonzen in Unruhe und wird denn auch als Rassist (deutsch) und als Kolonialist (Polizeihund) verdächtigt. Er ist das Symbol des forschenden, aufdeckenden Erzählers/Schriftstellers, dessen Fragen Nervosität erzeugt.

Der Ausgangspunkt der Wanderung des Hundes ist das kleine Landgut eines Weißen in der Nähe der Stadt, der als einziger etwas Funktionierendes auf die Beine stellt. Er produziert mit der Arbeit von Schwarzen Lebensmittel, die seine Frau in der Stadt verkauft. — Droht die erneute Machtübernahme durch geschäftstüchtige Ausbeuter, wenn es nicht gelingt, die alten und neuen Übel auszurotten?

Der Hund verläßt das Haus, von seinem Schlafplatz vertrieben durch eine wuchernde Bougainvillea, die Lieblingspflanze seines Herrn. Nachdem er die verschiedenen Existenzweisen der Menschen in der Stadt erkundet hat, lernt er auch noch das traditionelle Leben bei einem schwarzen Fischer kennen und kehrt — auch dort nicht zufrieden — auf das Landgut zurück, um die Bougainvillea mit ihren Wurzeln auszureißen.

Wenn die Wirklichkeit so ist, wie sie ist, genügt ihre bloße Beschreibung schon als Kritik.

Pepetela moralisiert nicht, er ironisiert. Er bietet auch keine platten Perspektiven an. Er läßt dem Leser Raum zu denken und zum phantasieren: Vor der Küste schwimmt ein Delphin, der eine Insel sucht. Erzähler und Hund sind gleichermaßen von ihm beunruhigt und fasziniert.

Horst Hüncker

Chile

Karawane für den Frieden

Im April/Mai dieses Jahres findet in ganz Südamerika eine „Karawane für den Frieden, die politischen Gefangenen, die Menschenrechte in Amerika und gegen die Todesstrafe in Chile" statt. Organisiert wird diese internationale Aktion vom lateinamerikanischen Juristenzusammenschluß CLAJADEP. Im Folgenden wollen wir einige Informationen zur Organisation CLAJADEP und zu der geplanten Karawane geben.

Wir bitten um breiteste Unterstützung - sowohl finanziell als auch durch Verbreiterung der öffentlichen Diskussion über die Menschenrechtssituation in Amerika.

Was ist CLAJADEP?

CLAJADEP ist eine Vereinigung lateinamerikanischer Jurist/innen fortschrittlich-demokratischer Orientierung, die vom gemeinsamen Interesse getragen wird, die Rechtssysteme diktatorischer und autoritärer Ausprägung auf dem amerikanischen Kontinent anzuklagen und die juristischen Bedingungen wissenschaftlich aufzuarbeiten, unter denen eine wahre Demokratie unter den lateinamerikanischen Völkern verwirklicht werden kann.

Gleichzeitig beteiligt sich CLAJADEP am Protest gegen den nordamerikanischen Imperialismus, gegen die Intervention in Nicaragua, gegen Praktiken des Internationalen Währungsfonds (IWF) und versucht, den Kampf für eine volksdemokratische, gerechte Selbstbestimmung Südamerikas aus der juristischen Perspektive zu unterstützen.

Die Ziele der Kampagne

Die „Karawane soll dazu dienen, die Menschenrechtssituation in Amerika, d. h. jeweils in den Ländern, in denen sich die Karawane gerade aufhält, international bekanntzumachen. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der Situation der politischen Gefangenen liegen; insbesondere soll gegen die Todesstrafe in Chile protestiert werden. Auf der anderen Seite richtet sich die Karawane gegen die Beherrschung Lateinamerikas durch den nordamerikanischen Imperialismus und gegen dessen Instrumente, wie die „Doktrin der nationalen Sicherheit".

Das Konzept der fortgeschrittenen Demokratie mit breitester Beteiligung der Bevölkerung soll der in vielen amerikanischen Ländern herrschenden restriktiven Gesetzgebung entgegengestellt werden. Insgesamt ist das Ziel, eine möglichst breite gesamtamerikanische, antiimperialistische Einheit zu erreichen, um den Kampf für die Menschenrechte voranzutreiben.

Zum Ablauf der „Karawane"

Am 30. April 88 bricht die Karawane von zwei Punkten auf: Der eine Buskonvoi fährt von Bogotá, Kolumbien über Ecuador und Peru bis nach Santiago de Chile. Der andere Konvoi startet in Brasilien, um über Uruguay, Paraguay und Argentinien ebenfalls nach Santiago zu gelangen, wo sich die beiden Gruppen zu einer Abschlußkundgebung treffen werden. Sollten Paraguay oder Chile die Einreise verweigern, sind Protestaktionen vor der Grenze vorgesehen.

An der Karawane werden Juristen, Parlamentarier, Mitglieder der sozialen Organisationen sowie interessierte Menschen aus den jeweils durchreisten Ländern teilnehmen. Eingeladen sind auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, der UNO, der Organisation Amerikanischer Staaten, der Menschenrechtskommission sowie Journalisten.

In jedem Land, durch das die Karawane kommt, werden Kundgebungen und Veranstaltungen durchgeführt. Die Organisations- und vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit wird von bereits gegründeten „Nationalen Komitees" in den jeweiligen Ländern übernommen.

In Zusammenhang mit der Karawane werden in jedem Land Unterschriften für die politischen Gefangenen und gegen die Todesstrafe in Chile gesammelt, die nach Abschluß der Karawane (Sie soll ca. zwei Wochen unterwegs sein) den Generalsekretären von UNO und OAS sowie der chilenischen Regierung vorgelegt werden.

Unterstützungsmöglichkeiten

Angesichts der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in den meisten Ländern Amerikas erscheint uns die Idee dieser „Karawane für den Frieden" als wichtig und sehr unterstützenswert, schafft sie doch das, was menschenrechtsverletzende Regierungen am meisten fürchten: Aufsehen und Öffentlichkeit. Hier in Europa geht es zum einen darum, daß möglichst viele Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen (gerade aus dem juristischen Bereich) die Kampagne unterstützen. Dies könnte z. B. in Form von Solidaritätsadressen und Unterschriftenlisten geschehen. Auch die Verbreitung der Ziele der Kampagne hierzulande ist sehr wichtig. Wer die Kampagne unterstützen will, sollte auch einen finanziellen Betrag leisten, da die Kosten für die Reise sehr hoch sein werden.

Das Chile-Komitee Freiburg steht in Verbindung mit dem europäischen Vorbereitungskomitee für die Karawane, das seinen Sitz in Spanien hat. Wir würden es übernehmen, Solidaritätsadressen und Spenden dorthin weiterzuleiten.

Kto.-Nr. 187136-750
PSchA Karlsruhe
Sonderkonto Chilehilfe
Stichwort: „Karawane"

Wir sind gerne bereit, Fragen zu beantworten. Außerdem verfügen wir über Material (in spanischer Sprache) zu CLAJADEP und zu der „Karawane", das wir auf Wunsch zusenden.

Bitte teilt uns möglichst schnell mit, wenn Ihr daran interessiert seid, die „Karawane" in irgend einer Form zu unterstützen!

Chile-Komitee Freiburg

Die Lage der 15 „Todeskandidaten" in Chile hat sich nicht verbessert. In Briefen an Freunde in der BRD betonen sie, wie wichtig für sie Solidarität aus dem Ausland ist.

Einer der Inhaftierten, Carlos Arameda, befindet sich bereits seit vier Jahren in Haft, ebenso seine Lebensgefährtin, die zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung schwanger war. Das Kind ist jetzt 3 1/2 Jahre alt und es hat während der gesamten Haftzeit noch keine einzige Möglichkeit für die drei gegeben, sich zu treffen oder auch nur miteinander zu sprechen.

Carlos Arameda ist einer von drei Gefangenen, die bereits in erster Instanz zum Tode verurteilt wurden, ein Prozeß auf Begnadigung wird im März entschieden. Im schlechtesten Fall wird das erstinstanzliche Urteil bestätigt, bis zur Vollstreckung der Todesstrafe wird es dann nicht mehr lange dauern.

Im „besten" Fall wird Carlos zu lebenslanger Haft verurteilt werden.

Schreibt Protestbriefe an das Innenministerium in Chile und in der BRD, und schreibt den Gefangenen!

Die Adressen:
Dr. Friedrich Zimmermann,
Bundesministerium des Innern
Graurheindorfer Str. 198, 5300 Bonn

Senor Sergio Fernándes
Miisterio del Intereor
Santiago, Chile

Die Namen der Häftlinge:
Predo Burgos
Abraham Muñoz,
Valparaíso,
Cárcel Pública, Chile

Roland Cartagena
Raúl Castro
Juan Garjado
F. Montes
Rudolfo Rodriguez
Carlos García
Carlos Arameda
Jorge Palmas
Hugo Marchant,
Cárcel Pública,
Santiago, Chile



Aus dem Film: DHARAMTALLA KA MELA, Indien 1983

Indische Filme auf der Berlinale

Bei der Berlinale - im Rahmen des internationalen Forums war eine umfangreiche Reihe neuerer Produktionen des indischen Autorenfilms zu sehen. In keinem anderen Land der Welt übt das Kino (noch) eine derartige Anziehungskraft auf das Publikum aus wie in Indien. Täglich gehen annähernd 12,5 Millionen Inder in die 12.000 festen und mobilen Kinos des Landes. Im Jahre 1987 wurden 840 lange Spielfilme und über 2.000 kürzere Dokumentar- und Bildungsfilme produziert. Damit ist die indische Filmproduktion schon seit Jahren die größte der Welt. Darüber hinaus ist das indische Kino auch in stilistischer und thematischer Hinsicht außerordentlich differenziert. Trotz dieser Vielfalt ist Indien auf internationalen Filmfestivals recht wenig präsent. Das mag ein Grund dafür sein, daß das europäische Publikum dazu neigt, Fehlurteile über das indische Kino zu fällen. Neben den Mammutproduktionen nach westlichem Vorbild gibt es das Autoren-Kino, das viele Talente hat, genannt seien hier nur einige: Shynam Benegal, Mani Kaul, Ketan Mehta, Ritwik Ghatak und Satyajit Ray. Zur Selbstdarstellung Indiens sind diese Regisseure willens und auch fähig. Genau dies konnte mit der Reihe des indischen Autorenkinos im Forum im Rahmen der Berlinale sehr eindrucksvoll unterstrichen werden. Stellvertretend für die durchweg sehenswerten Spiel- und Dokumentarfilme soll hier eine Dokumentarproduktion vorgestellt werden.

Der Film „KYA HUA ISS SHAHAR KO?" (Was geschah mit dieser Stadt?) ist vom 'Yugantar Filmkollektiv' produziert worden. Der Film untersucht die Gegensätze zwischen der islamischen und der hinduistischen Bevölkerung in der Stadt Hyderabad, der Hauptstadt des Bundesstaates Andra Pradesh. Dort kam es 1984 zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Glaubensgemeinschaften Indiens. Im Verlauf der Unruhen, die sich an der Absetzung der Regierung von N.T. Rama Rar entzündet hatten, wurden 41 Menschen getötet und 230 verletzt. Der Film liefert eine Analyse der politischen Mechanismen, die zur Explosion der Gewalt führten und deren Opfer vor allem den ärmsten Schichten entstammten. Der Film dokumentiert hautnah den Alltag einer indischen Großstadt, in der seit 800 Jahren Moslems und Hindus zusammenleben und in der es seit 1978 immer wieder zu lokalen Aufständen und Unruhen gekommen ist. In dem Dokumentarfilm werden zwei Ebenen ineinander verwoben. Einerseits die Interviews mit den jeweiligen politischen Führern der Hindus und der Moslems. Die ein Jahr von den Unruhen entstandenen Interviews lassen deutlich werden, daß die Taktik der beiden Demagogen letztlich die gleiche ist. Vordergründig wird auf dem religiösen Nährboden die Mobilisierung der beiden Glaubensgemeinschaften bewerkstelligt, um damit dem eigentlich unterliegenden Ziel näherzukommen, das die Machterhaltung der politischen Führungselite der Hindus ist. Der Film gewinnt damit auch eine historische Dimension, indem er am zeitgenössischen Beispiel zeigt, warum es zwischen den beiden Glaubensgemeinschaften in den Jahrzehnten vor der indischen Unabhängigkeit 1947 zu keiner politischen Einigung kam. Denn erst auf dem Hintergrund des politischen Konfliktes kam es zum Zerfall des britischen Kolonialreiches in die beiden Staaten Pakistan und Indien, der eine mit hinduistischer und der andere mit moslemischer Bevölkerungsmehrheit.

In der zweiten Handlungsebene dokumentiert der Film die Folgen jener religiös orientierten Demagogie. Es werden die Opfer interviewt, die aufgrund des Ausgangsverbotes, wodurch die Unruhen abgewürgt wurden, in ihren zerstörtem Wohnviertel festgenagelt wurden. Viele hatten dadurch keinerlei Möglichkeit mehr zum Gelderwerb, oftmals verloren sie sogar ihre Arbeit. Aber für die machtpolitischen Interessen der Eliten spielen die Bedürfnisse des Menschen von der Straße keine wirkliche Rolle. Die vermeintlich religiösen Glaubensinteressen werden als das vorgeführt, was sie eigentlich sind — Machterhaltungsinteressen. Die Stadt Hyderabad, die zum 'Gefängnis' geworden war, wird in den Bildern des Filmes lebendig. Sie war zu einer Arena geworden, in der politische Kämpfe ausgetragen wurden und werden, und deren Bewohner den grausamen Preis für die Ambitionen der politischen Rivalen bezahlen mußten. Am Ende der Unruhen hatte sich N.T. Ramo durchgesetzt und konnte die Macht wieder in dem Bundesstaat übernehmen.

Der 1984 entstandene Film wurde von der indischen Zensurbehörde abgelehnt und darf bis heute lediglich bei Pressevorführungen gezeigt werden. Die vorgegebene Begründung war, daß der Film erst vom Sichtungskomitee der Zensurbehörde geprüft werden müsse. So konnte der Film bisher nur von einem kleinen Kreis von Personen gesehen werden. Trotzdem hat die Filmkooperative bis heute nicht aufgegeben und für eine Weiterverarbeitung des Filmes, wenn auch in enggesetzten Grenzen, gesorgt. Darüber hinaus konnte die politische Diskussion über die Filmzensur am Leben erhalten werden. Für die 'Dritte Welt'-Bewegung kann der Film sehr wichtig sein, da er die Möglichkeit bietet, die gewaltsamen Eruptionen Indiens in einen politischen Kontext zu setzen, durch den gesellschaftliche Realität dieses Landes nachvollziehbarer wird.

Detlev Kanotscher

Weiterführende Literatur: Kino in Indien II, Hrsg.: Freunde der deutschen Kinemathek, Welserstr. 25, 1 Berlin 30.

Gupta, Das/Kobe, Werner: Kino in Indien, Verlag Wolf Mersch, Freiburg 1986

Anschrift des Verleihs, über den die weiteren Filme aus Indien, die im Rahmen des Forums gezeigt wurden, zu beziehen sind: Freunde der deutschen Kinemathek, Welserstr. 21, 1 Berlin 30.

heute 50.000 Menschenleben gefordert. Im wirtschaftlichen Bereich wurde seit Beginn des Krieges 1981 ein materieller Schaden von insgesamt 3,6 Milliarden US-Dollar angerichtet.

Der Contra-Krieg der USA ist die wahre Bedrohung, der Nicaragua ausgesetzt ist. Ohne den Verteidigungsaufwand, der etwa 50 % des nationalen Haushaltes aufzehrt, könnte eine Dürreperiode nicht in dieser Weise zur Existenzbedrohung des Landes werden. Dazu kommt, daß die Contra ihren Terror besonders gegen Landwirtschaftskooperativen, welche die Grundnahrungsmittel anbauen, richtet, daß sie Produktionsanlagen und Infrastruktur zerstört und gezielt qualifizierte Fachkräfte ermordet. Der einzige Ausweg aus der ökonomischen Krise ist die Herstellung eines dauerhaften Friedens in Mittelamerika.

Damit der akute Nahrungsmittelnotstand überwunden werden kann, fordern wir auf:

- Spenden Sie für die Kampagne „Nicaragua muß überleben"!
- Üben Sie Druck aus auf die Bundesregierung, damit diese die gesperrte Entwicklungshilfe für die sandinistische Regierung wieder aufnimmt und die Kriegspolitik der US-Regierung gegen Nicaragua verurteilt.

Kampagne „Nicaragua muß überleben" — Stichwort „Soforthilfe" Konto Informationsbüro Nicaragua e.V. Nr. 976738, BLZ 33050000. Spendenquittung möglich.

Alternativer Nobel-Preis für Frances Moore-Lappe

Der von Jacob von Üxkuell gestiftete „Right Livelihood"-Preis 1987, der die Arbeit für Abrüstung, Sicherheit und Frieden würdigen soll, wurde im Oktober 1987 an vier Gruppen bzw. Einzelpersonen verliehen, unter anderem an Francis Moore-Lappe (USA), die zu Ernährungs- und Menschenrechtsfragen arbeitet sowie Mitbegründerin des Instituts für Ernährungs- und Entwicklungspolitik in San Franzisko ist. Sie erhält den Preis für „die Aufdeckung der politischen und ökonomischen Ursachen des Welthungers und für das Aufzeigen von Möglichkeiten, wie Normalbürger effektiv dazu beitragen können, dem abzuhelfen". Nun ist diese Meldung nicht die Neueste, wir möchten aber trotzdem darauf hinweisen, daß Ihr bei uns exclusiv die Broschüre „Zehn Legenden um den Hunger in der Welt — Food First Comic" von Frances Moore-Lappe käuflich erwerben könnt. In ihr setzt sich die Autorin auf 84 Seiten im Din A 5-Format zum schülerfreundlichen Preis von nur DM 3,50 mit Argumenten zu Weltmarkt, Bevölkerungsentwicklung und Hunger auseinander. Außerdem im Heft: Comics zum Thema: Hunger ist kein Schicksal — Hunger wird gemacht.

Italienische Kampagne gegen Schuldenskandal

Auch in Italien formiert sich eine Kampagne gegen die Politik von Internationalem Währungsfond und Weltbank. Auf einem Internationalen Seminar am 26. und 27. März in Ariccia (Rom) sollen Inhalte und Forderungen der Kampagne diskutiert und präzisiert werden. Die Kampagne scheint von einem breiten links-grünen Spektrum in Italien unterstützt zu werden und soll auf das in Berlin stattfindende Gipfeltreffen im September '88 konzentriert sein. Inhaltliche Schwerpunkte werden offenbar ökologische Probleme und ihr Zusammenhang mit dem Internationalen Schuldenskandal sein.

Kooperative Oro Verde in Nicaragua zum dritten Mal überfallen

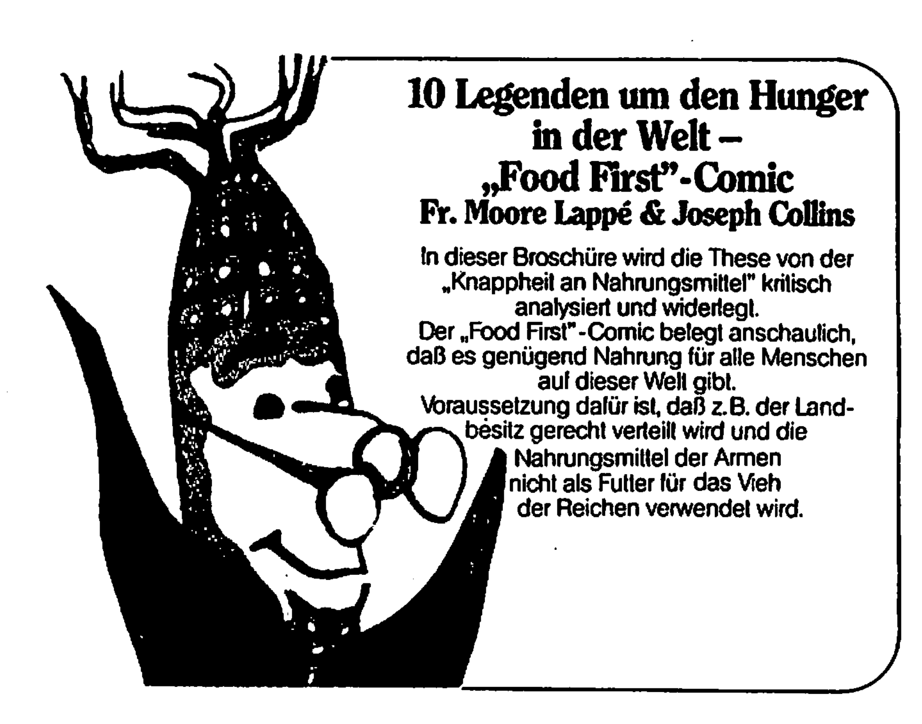
Am 2.12.1987 hat die Contra in Nicaragua die Kooperative Oro Verde in der Gemeinde Sontule zum dritten Mal innerhalb von vier Jahren überfallen und teilweise zerstört. Die US-Söldner beschossen mit Mörsern aus größerer Entfernung die Produktionsanlagen. Ein 14-jähriges Mitglied der Miliz der Gemeinde wurde dabei getötet, wichtige Kaffeeproduktionsmittel, die in letzter Zeit mit im Rahmen der Agrarreform bewilligten Krediten angeschafft, aber noch nicht abbezahlt worden waren, u.a. die Kaffeeschälmaschine, der Pritschenwagen und Gebäude wurden funktionsunfähig gemacht. Die Zerstörung der Produktionsmittel fällt genau und gezielt in die Zeit der Ernte, die die einzige Einkommensquelle und die Lebensgrundlage der 500 Menschen der Gemeinde ist.

Oro Verde war im Winter 1983/84 Einsatzort für einen Teil der Arbeitsbrigade aus der BRD und Holland. In den darauffolgenden Jahren wurde die Kooperative zwei Mal von den Contrabanden angegriffen und zerstört und jedesmal unter großen Mühen mit internationaler *Hilfe* wieder-aufgebaut.

Trotz der permanenten Bedrohung hat sich die Zahl der Kooperativenmitglieder in den letzten beiden Jahren verdoppelt. Trotz der erneuten Zerstörung wollen sie die Mühen des Wiederaufbaus auf sich nehmen. Eine Schule für die 60 Kinder der Gemeinde befindert sich in fortgeschrittenem Planungsstadium, ein Grundstück ist vorhanden, aber an allen Ecken und Enden fehlt das Geld. Politische und vor allem finanzielle Unterstützung sind überlebensnotwendig.

Spenden für den Wiederaufbau von Oro Verde können eingezahlt werden auf das Sonderkonto „Oro Verde", Blanke/Haas, PSCHA Ffm (BLZ 500 100 60), Kto.-Nr. 450 558-600
Kontaktadresse:
Nicaragua/Elsalvador Komitee
c/o Buchladen Roter Stern
Am Grün 28, 3550 Marburg





Kurz belichtet

Kein Pharmamüll für niemand!

Vom 2.–14. Mai finden bundesweite Aktionswochen unter diesem Motto statt. Die BUKO-Pharmakampagne will mit Seminaren, Materialien und Referenten die Aktionen vor Ort unterstützen und ruft alle Gruppen zur Beteiligung auf. Forderungen sollen sein: Weg mit den überflüssigen, unwirksamen oder gefährlichen Medikamenten! Stop für Exporte dieser Medikamente in die Dritte Welt! Keine Trennung zwischen öffentlichem und privatem Gesundheitswesen! Für eine durchschaubare Pharmapolitik! Weitere Informationen bei: Pharmakampagne, Dritte Welt-Haus, A.-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld.

Offener Brief Menschenrechtsverletzungen und Folter in der Republik Korea dauern an.

Am 29. Juni 1987 versprach der heutige Präsident der Republik Korea, Roh Tae Woo, in seiner damals vielbeachteten Acht-Punkte-Erklärung unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Abschaffung von Folter. Dieses Versprechen löste sowohl in Südkorea als auch im Ausland große Freude aus. Es schien, als hätten die massiven Proteste und Demonstrationen im Sommer 1987 erste Erfolge gehabt.

Während und nach der Präsidentschaftswahl am 16. Dezember 1987 erneuerte Roh Tae Woo seine Versprechen, in seinem Land endgültig demokratische Verhältnisse herzustellen. Um die Ernsthaftigkeit seiner Zusagen zu unterstreichen, verfügte er im Anschluß an seine Acht-Punkte-Erklärung und nach seiner Wahl zum Präsidenten die Freilassung von Gefangenen. Dies aber betraf nur einen Teil der aus politischen Grünen Inhaftierten. Tatsächlich aber, so haben mittlerweile Bürger- und Menschenrechtsorganisationen im Lande, darunter der Koreanische Nationale Kirchenrat (NCCK), nachgewiesen, erhöhte sich seit dem Sommer vergangenen Jahres durch neuerliche Festnahmen die Zahl der politischen Häftlinge und dauert Folter an. Dabei wurden wie schon in der Vergangenheit immer wieder der Vorwurf der Spionagetätigkeit für Nordkorea und Verstöße gegen die „nationale Sicherheit" erhoben.

In Zwei uns bekannten Fällen schließen diese Vorwürfe Verbindungen zur Bundesrepublik Deutschland ein.

Der „Fall" Adrian Kim

Adrian Kim, der seit zehn Jahren mit Frau und Kind in Hamuburg lebt, ist deutscher Staatsbürger koreanischer Herkunft. Er wurde im September letzten Jahres bei einem Besuch in Taegu, Südkorea, unter Anklage der Spionage für Nordkorea inhaftiert. Ein wesentlicher Anklagepunkt ist der Vorwurf, Kim habe Nordkorea besucht und Verbindungen zum südkoreanischen Oppositionsbündnis Mintongryon (Vereinigte Minjung-Bewegung für Demokratie und Wiedervereinigung) aufgenommen. Jeder Kontakt zum Norden steht nach dem „Nationalen Sicherheitsgesetz" in Südkorea unter Strafe.

Die deutsche Botschaft in Seoul betreut Herrn Kim konsularisch. Das Auswärtige Amt argumentiert allerdings, für eine eventuelle Nordkorea-Reise könne der deutsche Staatsbürger Kim nach südkoreanischem Recht verurteilt werden, da sie vor seiner Einbürgerung stattgefunden haben soll, auch wenn keine Spionagetätigkeit im eigentlichen Sinn nachgewiesen werden könne.

Der „Fall" Choi Hyok Bea

Choi Hyok Bae wurde am 1. November 1987 ohne Haftbefehl festgenommen. Er war unter anderem Mitarbeiter des Koranischen Nationalen Kirchenrates (NCCK) und des Kinderhilfswerkes terre des hommes Deutschland e.V. Von 1983 bis 1985 hatte Herr Choi in Frankfurt/Main studiert. Er wird beschuldigt, in der Zeit seines Studienaufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland „Kontakt zu Spionen aus Nordkorea" aufgenommen zu haben und nach Pjöngjang, der Hauptstadt Nordkoreas, gereist zu sein. Zur Erzwingung eines Geständnisses wurde er an Kopf und Füßen schwer gefoltert. Seine Familie und sein Rechtsanwalt, die ihn erst fünf Wochen nach seiner Festnahme besuchen konnten, bestätigten, daß ihm die Fußknöchel zertrümmert wurden. In ihrer Gegenwart ihnen bestritt Choi Hyok Bae, jemals das „Nationale Sicherheitsgesetz" verstoßen zu haben.

Allein diese beiden Fälle zeigen, daß trotz der Erklärungen Roh Tae Woos in der Republik Korea weiterhin gefoltert wird und Menschen in eindeutiger Verletzung der Menschenrechtsnormen inhaftiert werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, gegen die Verletzung der Menschenrechte und seine Folterung schärfstens zu protestieren.

Wir fordern die Regierung der Republik Korea auf:

- ihre Zusagen bezüglich der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und der Abschaffung von Folter einzulösen;
- im Falle von Herrn Kim seiner deutschen Staatsbürgerschaft Rechnung zu tragen und die Anklage unverzüglich fallenzulassen;
- im Falle von Herrn Choi die Folterer zur Verantwortung zu ziehen und ebenfalls die Anklage des Verstoßes geen das „Nationale Sicherheitsgesetz" fallenzulassen;
- dafür zu sorgen, daß gerade im Vorfeld der Olympischen Spiele, die sich ja dem Ideal der friedlichen Völkerverständigung verpflichtet fühlen, die langjährige Unterdrückung Andersdenkender endgültig beendet wird.

Wir fordern die Öffentlichkeit auf:

- sich für die Freilassung der beiden Inhaftierten, Adrian Kim und Choi Hyok Bae, durch Protestschreiben an die Botschaft der Republik Korea (Adenauer Allee, 5300 Bonn 1) und an den Präsidenten der Republik Korea (Blue House, Seoul, ROK) einzusetzen, dadurch allen Kräften in Südkorea in ihrem Verlangen nach Demokratie beizustehen und mitzuhelfen, daß die Olympischen Spiele nicht in seinem Klima von Unterdrückung und Gewalt durchgeführt werden.

Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88,
Osnabrück, den 1. März 1988

Nahrungsmittelnotstand ausgerufen – NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN!

Durch eine lange Dürreperiode im vergangenen Jahr droht in Nicaragua ein Großteil der erwarteten Ernte an Grundnahrungsmitteln für die Bevölkerung nicht zur Verfügung zu stehen. Der Verlust beläuft sich auf: **75 % des Bohnenertrags – 45 % der Hirse – 25 % des Mais – 10 % Reis.** Auch die Ernte der wichtigsten Exportprodukte, Baumwolle, Kaffee und Zuckerrohr, ist erheblich geringer ausgefallen als erwartet.

Da unter diesen Umständen die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln gefährdet ist, hat die Regierung Nicaraguas den Nationalen Nahrungsmittelnotstand ausgerufen und einen Hilfsappell an die Weltöffentlichkeit gerichtet.

Der Nahrungsmittelnotstand trifft ein Land, das durch jahrhundertelange Abhängigkeit von seinen Kolonialherren ausgebeutet wurde, ohne Rücksicht auf die auch ökologischen Konsequenzen des betriebenen Raubbaus; und trifft zusätzlich ein Land, das seit acht Jahren systematisch von der US-Regierung angegriffen wird, um es wirtschaftlich und militärisch zu zerstören.

Dieser von den USA finanzierte und geleitete und von der Contra geführte Vernichtungskrieg gegen Nicaragua, hat bis

Zeitschriftenschau

Peripherie Nr. 29
Konfrontationen
R. Kößler: Entwicklungs-Optionen zwischen Weltmarktzusammenhang und Selbstbestimmung. Aspekte eines multifokalen Entwicklungsbegriffs / E. San Juan, Jr.: Die Befriedigung der „boondocks“: US-Kulturimperialismus auf den Philippinen / M. Massarat: Der Gottesstaat auf dem Kriegsschauplatz.
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

---

epd-Entwicklungspolitik 2/88:
Analysen: Agroscene: Ins Gen- und Ersatzteilzeitalter; Zum 200. „Geburtstag“ Australiens; Botswana: ökologische Zerstörung durch EG/Weltbank-Rinderzuchtprojekte; Das Geschäft mit den chilenischen Auslandsschulden; Ohne Lerneffekt: der „Tag für Afrika“;
Dokumentation: Weltbank-Vizepräsident zur Verschuldung; Aufruf der Mosambique-Kampagne; Äthiopien-Erklärung des Bundestages.
Bezug: epd, Vertrieb, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M. 1, Einzelpreis DM 3,80, Doppelheft DM 5,50.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 123 Januar 1988
Schwerpunkt: Zwischen Frust und Fortschritt — Zehn Jahre Forum, Streifzug durch zehn Jahre Forum; Zehn Jahre BUKO — was hat's gebracht?; BUKO-Kampagnen — exemplarisch gegen Unrecht und Unterdrückung; Materialien.
Außerdem: Rote Zora — Hausdurchsuchungen und Verhaftungen: Zur Aktion des Bundeskriminalamtes Ende 1987, Erklärung des BUKO zu den Verhaftungen; Kommentar: Wüstensohn im Eishockey — Ghaddafi und der ECD Iserlohn; Europaratskampagne — Pro und Contra; Weniger Medikamente, bessere Therapie — Kongress der BUKO-Pharmakampagne; Stirbt der Wald, stirbt der Mensch — zur Zerstörung der tropischen Regenwälder; KA-Protokoll; IWF-Kampagne: Gegen Hunger, Elend und Unterdrückung — Vortrag von Marlies Fröse auf der ersten Aktionskonferenz; Auswahlbibliographie Weltwirtschaft und Verschuldung; Presseerklärungen; Termine; Zeitschriftenschau.
Bezug: FORUM, c/o ISW, Lingener Str. 9, 4400 Münster, 3,- DM

Lateinamerika Nachrichten 167, Februar 1988
Peru: Mütter von Verschwundenen aus Ayacucho klagen Menschenrechtsverletzungen in Lima an. **Argentinien:** Von Revolte zu Revolte siegt Alfonsin Argentiniens Demokratie zu Tode. **Chile:** Politiker der Rechts- und Mitte-Opposition machen sich die Illusion, daß man die von der Diktatur 1980 erlassene Verfassung reformieren könne, um so den Weg zur Demokratie auszuhandeln. Eine Analyse der Verfassung zeigt die Untauglichkeit dieses Versuchs. **Kolumbien:** Verfolgung und Ermordung treffen nicht mehr nur die Guerilla, sondern Menschen, „deren einzige Sünde es ist, die Bürgerrechte des Mittel- und Unterschichtkolumbianers schützen zu wollen“. **Costa Rica:** Produktion für den nationalen Bedarf oder für den Export: Die Landwirtschaftspolitik und die Krise der Kleinbauern. **El Salvador:** Bewaffneter Kampf und Wahlen **Brasilien:** Auf dem Weg zur neuen Verfassung.
Bezug: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Solidarische Welt Nr. 120, Dez. 1987
Schwerpunkt: Die Schuldenkrise
Mit den Schuldenbergen wächst die Armut / Anpassungspolitik und die Bedürfnisse der Armen (Auszug aus dem Dokument eines UN-NGO-Seminars 87) / Weltwirtschaftskrise und US-Wirtschaft / Ziele und Folgen der Auflagenpolitik des IWF / Ghanas Weg in die Krise / Brasilien: Ausverkauf einer Region / Wege aus der Schuldenkrise? Ein Überblick über verschiedene Lösungsvorschläge / Regenwaldprojekt, Peru.
Bezug: ASW, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61, 3,- DM.

AIB 3/1988
Schwerpunkt: **Palästina:** Rebellion in den besetzten Gebieten / Überblick über die Besatzerpolitik / Rolle der moslemischen Kräfte / Dokumente des Widerstands / Komitees gegen den Landraub / Der Fall Vanunu / **Südafrika:** Perspektiven des Widerstands / Erklärung von Oliver Tambo (ANC) / ANC zur Frage der Verhandlungen / C. Ramaphoso zu den Lehren aus den Streiks '87 / Interview mit J. Naidoo (COSATU) / Inkatha und andere / **Simbabwe:** Vereinigung ZANU-ZAPU / **Lateinamerika:** Die Verschuldungskrise nach Acapulco / **Nicaragua:** Dämpfer für Reagan / **Kuba:** Rectificación / **Ökologie:** Die Vernichtung des Regenwaldes aufhalten / **Ausländerpolitik:** Verschärfung des Ausländerrechtes geplant / Kultur / Infos zur Solidarität / Kurzinformationen.
Preis: 3,- DM **Abo:** 33,- DM
Bezug: AIB-LeserInnen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51

INPREKORR, Nr. 199
Börsenkrach: Ernest Mandel erklärt aus marxistischer Sicht die Hintergründe für den „Schwarzen Montag“, den Zusammenhang mit dem Niedergang der US-Wirtschaft und der zunehmenden Verschuldung der kapitalistischen Welt. Warum eine neue Rezession auf uns zukommt. Arbeiterkämpfe in Westeuropa: Interview mit Theo Steegmann von Krupp-Rheinhausen; Berichte über die Stärkung oppositioneller Strömungen in der Gewerkschaft in Spanien und Schweden; sowie über den Generalstreik in Italien im Novemer 1987 unter der Führung der betrieblichen Basiskomitees.
Bezug: INPREKORR, Zülpicher Str. 39, 5000 Köln 1

Südasien 1-2/1988
Sri Lanka: Bericht und Dokumente zur derzeitigen politischen Lage im Land / Beitrag zur Situation der Plantagenarbeiter / Beitrag zur Presse in Sri Lanka.
Indien: Die Zusammenfassung des Berichts der Internationalen Kommission „Gerechtigkeit für Bhopal“, über die Versuche des Konzerns „Union Carbide“, die Schadensersatzleistungen an die Opfer des Giftgasunglücks zu verzögern oder völlig zu verweigern / Beitrag über die Bewegung „Wissenschaft im Dienste der Menschen“ zu „Ökologie und die Politik des Wissens“ / Berichte, Kurzmeldungen und Buchbesprechungen zu Indien, Sri Lanka, Nepal.
Insgesamt 60 Seiten zum Preis von 6,- DM.
Bezug: Südasienbüro, Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal 2

Informationsdienst südliches Afrika Nr. 8/87, Dezember
Schwerpunkt: Frauen / EKD und Sanktionen
Frauen stehen in der Apartheidsgesellschaft an der untersten Stufe, denn Apartheid trennt nicht nur nach rassischen Gesichtspunkten, sondern auch nach geschlechtlichen. Die Auswirkungen dieser Unterdrückung auf Frauen und die Anstrengungen, die die SWAPO in Namibia zur sozialen Gleichstellung der Frau unternimmt, werden beleuchtet.
Das Winden der Ev. Kirche um die Sanktionsfrage hat durch eine von ihr selbst veranlaßte Studie neue Impulse erhalten. Zwei Aufsätze widmen sich dieser Thematik. Außerdem: Zur Verfassungsänderung in Zimbabwe, Konferenzberichte, aktuelle Informationen, Rezensionen u.v.m.
Preis: DM 5,- **Abo:** DM 40,-
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Tagungshinweise

„Abholzung im Himalaya. Waldsterben in den Alpen" Ein Aktivseminar der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, im Allgäu vom 5. bis 18.6.88. Info und Anm.: ASW, Hedemannstr. 14, 1 Berlin 61

„Ruft Sanktionen aus". Ein Seminar zum Thema Sanktionen gegenüber Südafrika vom 22.4. bis 24.4. in Mainz. Info und Anm.: AG Südl. Afrika, c/o Vera Bourtscheidt, Gartenfeldplatz 8, 65 Mainz

„Schuldenkrise und Unterentwicklung am Beispiel Afrikas", 15. bis 17.4.88 in Bad Zwischenahn, veranstaltet vom Informationszentrum Afrika (iza) und der Angestelltenkammer Bremen. Information: Robert Kappel, Bremen, 70 19 97 oder Peter Oesterdiekhoff, 785 86

„Die Umweltverträglichkeitsprüfung für Vorhaben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" Eine Tagung des Deutschen Naturschutzringes e.V., am 29./30.4 bei Hannover. Info und Anm.: Institut für ökolog. Zukunftsperspektiven, Wennigser Str. 1, 3013 Barsinghausen/Egestorf

„Dritte Welt: Entwicklung(en) gegen die Umwelt?!" 4. Bundesjugendkongreß der BUND-Jugend. 30.3. bis 4.4. in Darmstadt. Info und Anm.: BUND-Jugend, Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3, 0228/46 98 10

„Kein Pharmamüll für niemand! Für eine rationale Arzneimittelpolitik" Zwei Seminare der BUKO-Pharmakampagne zu den Aktionswochen im Mai. 8. bis 10.4.88 in Bielefeld und Ulm. Info und Anm.: BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 48 Bielefeld 1

„Geld und Macht. Hat Partnerschaft eine Chance?" Eine Tagung der ökumenischen Genossenschaft und der ev. Akademie Bad Boll, vom 22. bis 24.4. Info und Anm.: Ev. Akademie Bad Boll, 7325 Bad Boll, Tel. 07164/792 38

„Kein Frieden um Palästina – Was ist los im Nahen Osten?" Ein Seminar des DGB vom 9. bis 10.4. in Wernau. Info und Anm.: DGB-Bildungswerk, Willi-Bleicher-Str. 20, 7000 Stuttgart 1, 0711/202 83 13

Konzertreise der baskischen Rockgruppe Jotakie zugunsten der Befreiungsfront FMLN El Salvador. Termine: 11.4. Fulda; 13.4. Gießen; 15.4. Marburg; 16.4. Köln; 17.4. Aachen.

Bundesweiten Treffen der Anti-AKW-Bewegung zur Vorbereitung der Aktionen gegen IWF/Weltbanktagung in Berlin, Sept. 88; 6.–8. Mai in Berlin. Kontakt: TUWAT-Laden, Mittenwalder Str. 6, 1000 Berlin 61

„Sowjetunion und Dritte Welt" 8. bis 10.4. in Mainz. Info und Anm.: BUKO, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50, 040/39 31 56

Milch für die Welt? – Hintergründe und Auswirkungen der EG-Milchmarktpolitik vom 22.-24.3.88 in Bad Godesberg, Anmeldung und Infos: BUKO-Agrokoordination, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Schuldenkrise im südlichen Afrika. Seminar vom 29.4.–1.5. in Frankfurt.
Anmeldung: Jungdemokraten, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1



Neuerscheinungen

Beate Neuhaus, Gabi Bartsch, **Erzähl mir von Esteli,** Managua 1987 Video, Verleih über: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg

Ludmilla Tüting und Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (Hrsg.), **Menschen – Bäume – Erosionen,** Wege aus der Zerstörung, 132 S., DM 13,-

Peter Nobel, **Refugees and Development in Africa,** Uppsala 1987, 121 S., SEK 110,- bei: The Scandinavian Institute of African Studies, P.O. Box 1703, Uppsala, Sweden

Palästina-Der Aufstand, M.C. Machul's Bericht aus Gaza über den Widerstand, 28 S. DM 2,- bei: Nahost-AG, c/o Buchladen Rote Str. 10, 3400 Göttingen

Reimer Gronemeyer, **„Hirten und Helfer",** Von der Massenflucht aus dem Nomadenleben im Sudan, 94 S., DM 12,80 Focus-Verlag, Postfach 110328, 6300 Gießen

FIAN – **Dossier 3: Was wird aus den Bauern und Fischern von Baliapal, Indien?**
Heidelberg, 1988, 20 Seiten.
Bezug: FIAN Sektion der Bundesrepublik, Postfach 102 243, 6900 Heidelberg

Johan Galtung, **Der Weg ist das Ziel,** Peter Hammer Verlag 1987, 214 S.

Peter Kensok (Hrsg.), **Fitter-Entwicklung aus der Werkzeugkiste,** ASA-Studien 12, Verlag Breitenbach 1987

Thomas-Morus-Akademie (Hrsg.), **Verschuldung und kein Ausweg?** – Die Last der Auslandsschulden in Bolivien und Peru – Bensberger Protokolle 52, Bensberg 1987, DM 10,-

Hans-Joachim Spanger, Lothar Brock, **Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt,** die Entwicklungspolitik der DDR – Eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland? Westdeutscher Verlag 1987, 428 S.

Der Senator für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.), **Arbeitsfeld Dritte Welt – Handbuch für Berliner Fachkräfte,** 1987, 148 S., kostenlos erhältl. beim Senator für Wirtschaft und Arbeit – BF3W –, Martin-Luther-Str. 105, 1000 Berlin 62

Lesbenstrich – **Das Lesbenmagazin für den aufrechten Gang,** Nr. 4/87, Schwerpunkt Südamerika/Südafrika, DM 4,-. Bezug: LS, Postfach 360549, 1000 Berlin 36

Trickster, **Afrikanische Ernte,** Bd. 15, Okt. 1987, DM 15,-, Bezug: Trickster, Postfach 340 258, 8000 München 34

BUND-Jugend (Hrsg.), **Futtermittelimporte und Dritte Welt,** DM 5,-, erhältl. beim BUND-Umweltzentrum, Rotebühlstr. 86/1, 7000 Stuttgart

Jürgen Horlemann, **Ein Tag für Afrika oder wie Hunger verkauft wird** – Zur Fernsehberichterstattung über die Hungerkatastrophe in der Dritten Welt am Beispiel Afrika, 160 S., DM 19,80, Express-Edition, Berlin 1987

Joachim Dabisch, **Mit Schülern lernen** – Pädagogik Paulo Freires im Schulsystem, Saarbrücken 1987, 237 S., DM 25,-, Bestellung bei: J. Dabisch, Postfach 12 42, 2960 Aurich 1

Arbeitskreis Afrika Münster, Umweltzentrum Münster (Hrsg.), **Strahlende Geschäfte** – Über den Welturanmarkt und Welturanhandel, Schmetterling Verlag 1988, (April), ca. 130 S., ca. DM 10,-

Walter Michler, **Weißbuch Afrika,** über Komplexität von Hunger und Unterentwicklung, 432 S., DM 29,80, Express-Verlag.

Pedimos Paz, **Musik aus dem Flüchtlingslager Mesa Grande El Salvador,** DM 15,-, erhältl. bei: Dritte Welt Haus e.V., August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1

Materialsammlung zum Thema: **Der Regenwald am Amazonas und seine Bewohner,** 50 S., Spendenbeitrag DM 5,-, Bezug: ASW e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733